

A

0
0
0
6
8
1
1
3
7
6

US SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

I

Fritz Schotthöfer

SOWJET- RUSSLAND IM UMBAU

*Frankfurt am Main
Frankfurter Societäts-Druckerei G.m.b.H.
Abteilung Buchverlag*



LIBRARY

UNIVERSITY OF
CALIFORNIA
SAN DIEGO

Fritz Schotthöfer

Sowjet-Rußland im Umbau

Frankfurt am Main
Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Abteilung Buchverlag.

Copyright by
Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Abteilung Buchverlag Frankfurt am Main.

Vorwort.

Die in diesem Bande gesammelten Aufsätze sind mit einigen Ausnahmen in der „Frankfurter Zeitung“ erschienen. Sie wurden während eines Studienaufenthaltes in Rußland geschrieben und umfassen den Zeitabschnitt von September 1921 bis Januar 1922. Sowjet-Rußland befand sich in einem Stadium rascher innerer Entwicklung. Es hatte darum keinen Sinn, jeden einzelnen Schritt der Regierung zu beschreiben. Es mußte vielmehr darauf ankommen, die große Richtung der Entwicklung zu erkennen und in einer Art Längsschnitt festzuhalten. Das beste Mittel zu diesem Zweck schien mir, die wichtigsten Probleme zu schildern, vor denen die Sowjets und das ganze russische Volk stehen. Die Sammlung der Aufsätze erhebt also nicht den Anspruch, ein vollkommenes Bild zu geben. Aber sie stellt vielleicht einen Abschnitt aus der Entwicklungskurve dar, der bereits die Formel für den weiteren Verlauf der Kurve enthält.

Es ist nicht leicht, dem russischen Problem gegenüberzutreten. Objektivität der Beobachtung ist etwas Selbstverständliches. Aber was heißt hier Objektivität? Man kann Sozialist sein und den größten historischen Versuch zur Errichtung einer idealen Gesellschaftsverfassung sachlich mißbilligen. Darum geht in der Tat der heftigste Streit zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt. Auch ein überzeugter Kommunist mag an der Politik der Sowjets noch harte Kritik üben. Man kann den Kommunismus theoretisch

für einen Irrtum halten und sich dennoch bemühen, sachlich zu bleiben. Das war mein Standpunkt. Die Aufgabe des Beobachters verschiebt sich dann in eine andere Ebene. Es gilt nicht, Beweise für oder gegen die Möglichkeit der Verwirklichung des kommunistischen Ideals zu suchen, sondern Rußland zu sehen, das ganze Rußland und nicht bloß das Sowjet-Regime, das dort errichtet wurde. Politik ist stete Bewegung. Auch die gewaltsamste Revolution ist nur eine Phase im Leben der Völker. Die Neugestaltung kann von Dauer sein, sich festigen und auswachsen. Sie kann früher oder später eine Rückbildung erfahren. Auf jeden Fall wird das revolutionäre Erlebnis nicht mehr aus dem Bewußtsein des gesamten Volkes auszulöschen sein und ein Element des weiteren geschichtlichen Werdens bilden.

So legte ich mir meine Aufgabe in folgendem Sinne zu: recht: Das heutige Rußland ist eine Tatsache. Was das Sowjet-Regime an Gutem oder Schlechtem geschaffen haben mag, ist ein Bestandteil dieses Rußlands, ist jedenfalls auch eine Tatsache und beim Wiederaufbau des durch den Krieg, zwei Revolutionen und einen zweijährigen Bürgerkrieg zerrütteten Landes nicht einfach auszuschalten.

Der Verfasser.

I.

Bilder der Wirklichkeit.

Petersburg.

In der Eremitage, der alten kaiserlichen Gemäldegalerie, die in ihrem Bestande unversehrt dasteht, hängt unter den vierzig Rembrandts auch die große „Danae“. Ein wundervolles Gemälde, dessen Weichheit in Farbe und Licht keine Nachbildung wiederzugeben vermag. Es wurde mir zum Sinnbilde: Aus dem Helldunkel, sagen wir schon Dunkel der Gegenwart, leuchtet noch immer Rußland, das alte und das neue in eins verschmolzen. Was kann eine Revolution umstürzen? Das staatliche System, die wirtschaftliche Verfassung, niemals die Eigenart eines Volkes. Ein Krieg kann ein Land verarmen, bis an den Rand des Hungertodes bringen, umso näher, je weniger die aufbauenden Energien sich frei entfalten können. Aber es wird immer etwas bleiben: der Grundcharakter des Volkes. Und dem Russentum begegnet man hier auf Schritt und Tritt.

Petersburg erscheint in Lumpen gehüllt. Es fehlt ihm das Brio, das die Welt des Zaren, der Großfürsten, des Adels und des großen bürgerlichen Reichtums darüber ausstrahlte. Es ist eine Stadt der Proletarier. Man sieht hin und wieder elegante weibliche Gestalten auf den Straßen. Man wird bald vielleicht noch mehr sehen. Denn in den Läden, die nach zweijährigem Geschäftsschluß sich nach und nach wieder öffnen, mit anderen Besitzern freilich, nehmen die Artikel der Damenmoden einen ersten Platz ein. Aber die große Masse ist im ganzen bescheiden gekleidet, nicht schlecht,

auch warm genug, das Schuhzeug namentlich ist gut. In langen Wanderungen durch die Straßen sah ich wohl viel Zerlumppte, viele Bettler, aber nirgends so elend aussehende Kinder, wie man sie in den ärmeren Vierteln unserer Großstädte als Opfer der Unterernährung im Kriege noch immer sieht. Vielleicht liegt es daran, daß die russische Lebenshaltung niedriger ist als bei uns und daß die Entbehrung dann nicht so verheerend wirkt. Freilich, das eigentliche Elend sieht man nicht. Es ist genau wie bei uns, wo die Fremden von den Schaufenstern hypnotisiert wurden und nicht in die Wohnungen schauten. Hier in Petersburg wird man indessen deutlich genug darauf gestoßen. Denn die Auslagen der Läden sind noch kümmerlich. Der Newski Prospekt mit seinen leeren oberen Stockwerken, an denen noch die verwitterten goldenen Buchstaben der alten Geschäftsfirmen hängen, macht einen erschütternden Eindruck.

Man ahnt die Herrlichkeit, die hier verschwunden ist, und man sieht auch, daß hier das Herz zu schlagen aufgehört hat, das neben dem Hof dieser großen Stadt das Leben gab, die Banken und der Großhandel. Sie sind weg und die Staatsmaschine hat sie bis jetzt nicht ersetzt, weil sie sie nicht brauchen will. Der Sitz der Regierung ist Moskau. Alle Zentralbehörden sind dort. Und es ist leider richtig, daß Petersburg einen namhaften Bruchteil seiner Bevölkerung verloren hat. Was die Stadt gelitten hat, erzählen ein paar statistische Zahlen: vor dem Krieg war die Sterblichkeit in Petersburg 23.2 auf tausend Einwohner. Sie betrug 43.7 im Jahre 1918, und im Jahre 1919 stieg sie auf 72.6 Aber trotz allem kommt man von dem Eindruck nicht los: nicht alles Leben ist erstorben. In dem Elendsgewande bewegt sich noch ein Volk, in dem unter der Verzweiflung der Lebensmut leise flackert. Rußland ist die Danae, eine arme Danae, die den Goldregen erwartet, und das ganze Geheimnis ist vielleicht, ob die

Alte, die auf Rembrandts wundervollem Bilde das beglückende Licht hereinströmen läßt, die Vorhänge noch weiter öffnet oder sie wieder zufallen läßt.

Nur wenige Läden sind geöffnet, mit einer Einrichtung, die aus allen Ecken zusammengesucht scheint. Einige haben sich schon etwas schicker aufgemacht, Blumengeschäfte mit zarten Chrysanthemen, Pelzgeschäfte, in denen wohl nur das verkaufte Eigentum der Bourgeois etwas renoviert ans Tageslicht kommt. Viele Fenster zeigen Uhren oder Artikel für den Bedarf der elektrischen Beleuchtung. Die große Mehrzahl ist den Lebensmitteln eingeräumt, die neben der mageren amtlichen Verteilung zum Handelsvertrieb zugelassen sind. Man findet alles, Butter, Kaffee, Fleisch, Wurst, in allen Abarten, Lachs, Fische, Obst, Backwaren, die übrigens auch wie die Zigaretten von zahllosen Kleinhändlern auf der Straße feilgeboten werden. Merkwürdiger Weise kommen in einzelnen Läden auch Champagner und feine Weine zum Vorschein, offenbar die Restbestände aus der Vorkriegszeit. Wer kauft diese Waren? Der Markt scheint noch nicht sehr ausgedehnt zu sein. Die Kartoffeln, die die Bauern in Säcken auf dem Rücken hereinbringen, dürften den größten Absatz finden. Es war mir nicht möglich, alle Preise zu erfahren. In einem Café gab man mir für 15 000 Rubel eine Tasse Kakao und zwei Stücke Gebäck. Diese Riesensumme beträgt in deutschem Gelde — einen wirklichen Geldhandel mit geregelter Wechselkurs gibt es nicht — viel weniger natürlich. Für eine Mark konnte ich im September vorigen Jahres 440 Rubel eintauschen. Daran läßt sich die Phantastik der Preise ermessen. Die Geschäftsleute haben übrigens sich auf die neuen Verhältnisse eingestellt. Wo Preise angegeben sind, sieht man nur die Zahlen für die Tausende; die Ziffer 2 bedeutet also 2 Tausend. Der Milreis ist ja aus ähnlichen wirtschaftlichen Störungen entstanden. Die Regierung gibt in der Tat keine kleineren Scheine mehr aus.

Der Verkehr auf den Hauptstraßen ist lebhaft genug. Die amtlichen Autos, ziemlich abgerackert, rasen auf und ab, dazwischen humpeln Droschken und etwas sporadisch rappeln die elektrischen Tramwagen daher. Die Trams sehen aus, wie sie aussehen müssen, wenn sie seit acht Jahren keine reparierende Hand mehr an sich fühlen. Von einer bewundernswerten Disziplin sind die Fahrgäste. Sie stehen an den Haltestellen, jedenfalls an den Kopfstationen in langen, geduldigen Reihen und warten auf ihren Platz. Die Wagen selbst werden dann freilich bis aufs Trittbrett besetzt. Im Baedeker ist zu lesen, daß das Straßenpflaster Petersburgs und aller russischen Städte immer zu wünschen übrig ließ. Die Holzpflasterung auf dem Newski hat heute die üblichen Täler und Berge, die die Autos hervorbringen. In den Seitenstraßen sieht man hin und wieder die Beweise, daß etwas Holzpflaster als Heizung in die Öfen gewandert ist. Auch sollen in den äußeren Stadtteilen hölzerne Häuser diesen Weg gegangen sein. Dafür sind aber alle Bäume der öffentlichen Anlagen vollzählig auf ihrem Platz. Im Alexandergarten an der Admiralität, an der eine ausgebrannte Ecke von den Revolutionskämpfen berichtet, weiden einige halbverhungerte Pferde auf den Rasenflächen. Eines liegt in den letzten Zügen am Boden. Die Anlagen sind vernachlässigt, aber nirgends zerstört worden. Vor allem stehen noch die Denkmäler der großen Zaren. Nur den Alexander III., den Fürsten Trubetzkoy am Nikolaibahnhof, hat man in eine Bretterumhüllung gesetzt, augenscheinlich aber bloß zu dem Zweck, Estraden oder Rednerbühnen zu schaffen. Sonst sind die Embleme des Zarismus verschwunden, und an Stelle der Krone und des Doppeladlers sieht man das „R. S. F. S. R.“ der „Russischen, sozialistischen, föderalistischen Sowjet-Republik“. Drüben über der Newa steht auch noch die Peter-Pauls-Festung, ohne die keine Regierung in Rußland auszukommen vermag.

Was man mit dem Auge sieht, ist Oberfläche. Aber es ist ein Element zur Beurteilung. Das Volksleben ist unter der materiellen Not todmüde geworden, aber es ist nicht erloschen. In den Kirchen herrscht die ganze alte gottesdienstliche Pracht. In der Isaakskirche, die vor hundert Jahren als eine Art orthodoxer Peterskirche gegen Rom gebaut wurde, hörte ich die alten wundervollen a capella-Chöre des russischen Kirchengesangs, und die Gläubigen küßten die goldenen Ikonen, machten ihre majestätischen Kreuzeszeichen, wie sie nicht einmal die Romanen zustande bringen. Hier ist noch ein Strom, der einfließt in das Gesamtleben des Volkes, dem ein Krieg und eine Revolution die gewaltigsten Schicksale bereitet haben.



Moskau.

„Wie — Sie wollen nach Rußland?“ Vor meiner Abreise wußte ich kaum mehr, wie ich die besorgten Fragen meiner Bekannten beantworten sollte, ohne die Pose eines Ritters ohne Furcht und Tadel anzunehmen. Der eine empfahl mir, ja den Revolver nicht zu vergessen, der andere, verschiedene Butterbrote einzupacken. Ein ganz Nachdenklicher riet: „Nehmen Sie Salz und Nägel mit, soviel Sie schleppen können, daran herrscht ein entsetzlicher Mangel und dafür können Sie Lebensmittel eintauschen.“ Man mag mir sagen, meine Freunde seien zu ängstliche Gemüter gewesen. Aber in ihren Köpfen malte sich die russische Welt doch wie so ziemlich in allen westeuropäischen Köpfen. Ihre Vorstellungen waren sogar noch sehr maßvoll, wenn man sie mit den Märchen der amerikanischen Presse vergleicht, die Edgar Allen Poe Ehre gemacht hätten, wenn sie nicht in dem jede Nüancierung ausschließenden Telegrammstil geschrieben wären. Nun bin ich lange Monate hier und urteile nicht nach den flüchtigen Eindrücken der ersten Stunde. Aber ich sehe, daß ich recht gehabt habe mit meiner Auffassung; die Wirklichkeit ist etwas für sich, und die aus zwei oder drei groben Tatsachen gefolgerten Verallgemeinerungen sind etwas für sich. Und vor allem: die Dinge bleiben nie und nirgends auf einem Flecke stehen. Im Oktober 1917 hat es hier Kämpfe gegeben. Die Kremlmauer, die Nikitskaja, vielleicht andere Plätze, die ich nicht besucht habe, tragen die Spuren davon. Aber seitdem ist es still, und wenn nicht alles täuscht,

so gibt es wenig Großstädte, in denen man nachts mit größerer Sicherheit durch einsame Straßen wandelt als hier in Moskau. Und zu essen gibt es auch, sogar frischen Kaviar, wenn man die zwei- bis dreihunderttausend Rubel fürs russische Pfund ausgeben will. Dieser Kaviar bleibt freilich Kaviar fürs Volk, das an den offiziellen Verteilungsstellen in Reihen steht, um das staatliche Schwarzbrot zu erhalten, weil es sich das teure Weißbrot nicht kaufen kann.

Ein Deutscher, der vor dem Kriege hier gelebt hat, sagt mir: „Im Auslande hatte man falsche Vorstellungen vom Leben im zaristischen Rußland; wenn man einmal die strenge Kontrolle an der Grenze hinter sich hätte, dann könnte man tun, was man wollte.“ Ist es jetzt anders? Verstehen wir uns recht! Ganz so wie früher ist es gewiß nicht, bei weitem nicht. Der Krieg oder die Revolution sind nirgends in Europa gekommen, um alles zu lassen, wie es war, besonders die Revolution nicht, die nun einmal ihre Hauptaufgabe darin erblickt, Verschiedenes umzustürzen. Und mit der Revolution läßt sich im allgemeinen so wenig rechnen wie mit einem Erdbeben. Sie stürzt in der Regel auch das Alte, ohne sofort mit einem fix und fertigen Neubau aufwarten zu können. Das ist naturgesetzlich so. Auch wenn man das russische „Nitschewo“ nicht für den letzten Schluß der Lebensweisheit hält, muß man sich mit solchen einfachsten historischen Grundwahrheiten abfinden. Unter diesen Voraussetzungen ist aber in der Tat nicht viel verändert. Ich laufe seit Wochen ohne meinen Paß herum, der auf irgendeiner Behörde liegt. Ich gehe ins Restaurant, ins Theater, zu Bekannten, fahre im Auto aufs Land, wenn ich Gelegenheit dazu habe, und niemand stört mich bei diesen notwendigen und wünschenswerten Beschäftigungen.

Freilich, ich benehme mich auch so, wie es die Landesgesetze verlangen. Ich treibe keine Politik, also auch keine subversive, ich kaufe keine Diamanten, um sie ins Aus-

land zu verschieben, und den Revolver, den mir freundschaftlicher Rat aufdrängen wollte und den ich auch in Deutschland nicht tragen dürfte, habe ich mir überhaupt nicht gekauft. Mit der Polizei hatte ich nur einmal zu tun. Wir saßen eines Abends in einem neu eröffneten Café, in dem plötzlich eine Razzia veranstaltet wurde. Eine russische Spezialität sind Razzien gewiß nicht. Die jungen Polizisten, die unsere deutschen Papiere nicht für ausreichend hielten, um selbst zu entscheiden, behandelten uns höflich. Wir mußten allerdings bis morgens drei Uhr warten, bis der zuständige Polizeibeamte kam und uns entließ — unter Entschuldigungen entließ. Die anwesenden Russen wurden ins Revier transportiert, aber wie ich nachträglich erfuhr, waren sie am folgenden Nachmittag alle auf freiem Fuß bis auf einen, den man gesucht hatte.

Also man lebt hier als Ausländer nicht wie ein Gefangener, dem nur ein kleiner Bewegungsraum gegönnt wird. Wären die Eisenbahnen in gutem Zustande, gäbe es Züge genug, gäbe es Hotels in den Provinzstädten, dann könnte man sogar ungeniert reisen. Gute Schnellzüge gibt es nur auf ein paar Linien, nach Petersburg, nach Riga, und für diese braucht man besondere Erlaubnis. Aber dann kann man bequem in einem Schlafwagen reisen. In den gewöhnlichen Zügen erlebt man jene Szenen der Ueberfüllung, an die wir in Deutschland in der Waffenstillstandszeit gewöhnt waren, in russischer Uebertragung ins Gigantische. An Hotels gibt es nur das, was offiziell dazu bestimmt ist. In Petersburg ist das frühere Hotel d'Angleterre für diese Zwecke in Betrieb, in Moskau Savoy und ein anderes Haus. Der Gast, der zugelassen wird, darf seine Berechnung ungefähr auf die Preise einstellen, die in den alten Baedekern verzeichnet sind. Nur versteht sich das alles in Goldrubel, nicht in Sowjetrubel, und bei der Umrechnung in die fremde Valuta wird man den Unterschied zwischen Papiergeld und Goldwerten recht empfindlich gewahr.

Vor ein paar Monaten war das Leben noch viel schlimmer. Es gab keine Läden, kein Restaurant, man war auf den „paiok“ angewiesen, die offizielle Lebensmittelration, die nicht verführerisch war. Schleichhandel blühte daneben, aber er war gefährlicher als bei uns. Jetzt, seit der Freigabe des Handels, ist diese Sorge behoben. Bescheidenheit der Ansprüche ist noch geboten. Wer erwartet, den Kusnetzkijs Most, die Petrowka, die Twerskaja bereits im alten Glanze ihrer eleganten Läden wiederzufinden, täuscht sich. Die „Handelsreihen“ stehen leer. Die neuen Geschäfte richten sich langsam und notdürftig ein. Aber man kann schon so ziemlich alles kaufen, was man braucht, wenn man nicht das Beste haben will, und wenn man sich mit dem begnügt, was die Bourgeoisie den Händlern von ihren Kostbarkeiten zum Verkauf in Kommission gibt, um das Leben zu fristen. Und auf dem Lebensmittelmarkt fehlt es an nichts mehr. Die Bäckereien sind voll von dem mannigfaltigen Weißmehlgebäck des Moskauer Vorkriegszeit. Es gibt Restaurants, in denen man für 120 000 bis 150 000 Rubel eine Mahlzeit von drei bis vier Gängen haben kann, etwas billiger sogar. Eines dieser Lokale hat sich im Speisesaal des früheren Hotels „Elite“ aufgetan, ganz im Vorkriegsstil, sogar mit den früheren Kellnern. Auf Silvesterabend gab es da einen Reveillon nach Pariser Art, bei dem die trockene Mahlzeit 1¼ Million und die Flasche Champagner 5 Millionen Rubel kostete. Selbstverständlich bleiben die alten Sehenswürdigkeiten des Moskauer Nachtlebens, wie Strelna, noch im tiefen Dunkel versunken. Soweit hat sich die Privatwirtschaft noch nicht aus dem Staatskommunismus herausgearbeitet, um die Märkte des Vergnügens wieder öffnen zu können. Sie würden auch nicht passen in den Geist dieser Zeit, der die Probleme des Lebens vielleicht noch schwerer nimmt, als sie sind. Die proletarische Staatsraison hat trotz allem etwas von der bürgerlichen Sittenstrenge eines Cromwell. Denn in der Käuflichkeit der Liebe findet der

Kapitalismus doch seinen deutlichst kapitalistischen Ausdruck. Allerdings in kleinbürgerlicher Aufmachung, in Form kleiner Cafés, dringt das Uebel doch leise ein.

Bitter empfindet man die Hemmungen im Verkehr. Die Elektrische ist im Betrieb, aber nicht auf allen Linien und nur mit einem geringen Bestande an Wagen, die zudem nicht einladend aussehen. Sie sind auch für zahlende Fahrgäste, zehntausend Rubel die kürzeste Strecke, bloß einige Stunden frei. Die übrigen sind reserviert für die Inhaber von Ausweisen, die nur den Arbeitern und Staatsangestellten ausgehändigt werden. Diese Glücklichen müssen freilich Geduld haben, um von ihren Rechten Gebrauch machen zu können. Kutschen, die alten „Iswochtschiks“, gibt es genug, aber ausschließlich für Leute, die Zehntausende für eine Fahrt ausgeben können. Die Kutscher haben übrigens das Rätsel des russischen Geldwesens recht praktisch gelöst: Wenn man nach dem Preise fragt, sagen sie in aller Gemütsruhe fünfzig, sechzig, siebzig „Kopeken“, ganz wie in alter Zeit. Nur bedeutet die Kopeke jetzt tausend Rubel in Sowjetpapier. Auch sonst haben diese Hüter der Tradition der neueren Zeit nichts geopfert. Sie vergessen vor keiner Kirche, vor der sie vorbeifahren, das majestätische orthodoxe Kreuzzeichen zu machen, und da es so unendlich viele große und kleine Kirchen gibt, fehlt es ihnen nicht an Gelegenheit.

Der Kreml ist geschlossen, aber es ist nicht unmöglich, eine Erlaubnis zum Besuche zu erlangen. Man muß dann die strenge Kontrolle der militärischen Posten passieren, und man bekommt auch nicht alles zu sehen, was im Baedeker steht. Von der Ferne präsentiert er seine ganze orientalische Herrlichkeit über der Tatarenmauer, die ihn umgrenzt. Aber es ist ein Märchen, daß die Häupter des Staates im Kreml sich selbst zur Gefangenschaft verurteilen. Lenin lebte den Sommer über auf seiner „Datsche“, seinem Landhaus, zu dem er jeden Tag hinausfuhr, und der Zug, den er zu benutzen pflegte, hieß der

Lenin - Zug. Trotzki, den Vielbeschäftigten, der seine Arbeit chronometriert, kann man im Auto durch die Straßen rasen sehen.

Moskau lebt und will noch intensiver leben. Man fühlt seinen Puls sich regen, man fühlt, wie alles, was die Jahre her sich nicht entfalten konnte, nun zum Lichte drängt. Aber ein Blühen ist es nicht. Nein, es liegt ein Druck darauf. Die Luft ist voll vom Groll der verarmten Bourgeoisie und den nicht erfüllten Hoffnungen des Proletariats, das hinter den vorhanglosen Fenstern in den zerfallenden Wohnungen der Reichen haust. Die Theater spielen alle. Die Große Oper gibt mit Vorliebe Balletts. Aber im Saale fehlt das Brio einer müßigen Gesellschaft, die nichts zu tun hat, als Luxus zu treiben. Seit kurzem finden Sonntags Wettrennen statt, aber das Publikum ist wie in den Theatern sachlich gestimmt, anstatt sich selber ein Schauspiel sein zu wollen. Mir selbst ist es in diesem Versuch, das Moskauer Leben in ein paar großen Strichen zu umreißen, ebenso ergangen: die Gegenständlichkeit wird zur Hauptsache. Man windet sich nur schwer heraus aus den unmittelbaren Eindrücken. Ueber der Betrachtung des zerbrochenen, erst mühsam geflickten Rahmens, in dem das Leben sich vollzieht, verliert man die Distanz, aus der das interessantere Bild der russischen Seele mit ihren Zuckungen, Aengsten, Hoffnungen und — Gelassenheit sich dem eindringenden Sinne voll offenbart.

Der Friedhof der Bourgeoisie.

Auch Moskau hat Dante gefeiert. Professoren haben einen Zyklus von Vorträgen gehalten. Die neuen Buchhandlungen, die jetzt aus alten Büchervorräten entstehen, haben dazu die Werke Dantes in die Schaufenster gelegt. Neben einem Jubiläumsschriftchen in Russisch sah ich eine italienische Ausgabe der „Vita nuova“ liegen. Ich habe sie gekauft, halb aus dem dunklen Gefühl, daß man vor dem apokalyptischen Fresko des heutigen Rußland Dante lesen müsse. Ich habe in dem Büchlein geblättert und nun werde ich diese Zeilen nicht mehr los:

Poi vidi cose dubitose molte
Nel vano imaginare, ov' io entrai.

Tritt man hier in Moskau nicht in eine Welt Dantescher Phantasie, die Wirklichkeit geworden ist und wiederum voll ist von Schöpfungen einer „vergeblichen Einbildung“? Das Rätsel erneuert sich mit jedem Tag vor den „zweifelhaften Dingen“, vor seltsamen Erlebnissen, die jeder Tag bringt. Dieses Land ist in die Ideologie eines einzigen Denkers gehüllt worden: Karl Marx! Lange vor dem Krieg erzählte man, die nicht sehr gelehrten Zensoren der Zarenpolizei hätten „Das Kapital“ von Marx gemütsruhig hereingelassen. Ein Buch mit diesem eminent konservativen Titel schien nicht gefährlich zu sein. Vielleicht haben sie später ihren Irrtum gemerkt. Aber das trojanische Pferd war in der Stadt. Seinem Bauch sind jene Lehren entstieg, die in der „russischen Seele“ mit ihrer märtyrerhaften

Hingabe an die Idee, an eine Idee zur ungeheuerlichsten sozialen Explosionskraft geworden sind. Man hat hier viele Büsten von Karl Marx aufgestellt, gute und schlechte, am meisten in Form einer Stele, überlebensgroß, die mächtige Stirn und den mächtigen Bart stark herausstilisiert. Und noch mehr sieht man das Losungswort des kommunistischen Manifests: „Proletarii wsech stran, soedinajites.“ Auf dem Papiergeld steht es außerdem auf deutsch, englisch, französisch, italienisch und noch in arabischen und chinesischen Lettern. Die Lehren vom Mehrwert und Klassenkampf sind die Dogmen der herrschenden Staatsreligion geworden. In ihrem Namen wurde der Spitzenbau der zaristischen, feudalen und bürgerlichen Gesellschaft abgebrochen und in eine weite proletarische Masse eingeebnet, in der es theoretisch keinen Klassenkampf mehr geben kann, weil es keine Klassen gibt. Aber dies ist das Tragische, das allem menschlichen Beginnen um so tiefer innewohnt, je gigantischer es ausholen möchte. Ich weiß nicht, ob Dostojewski seine Geschichte vom „Großinquisitor“ nicht heute schon zeitgemäß ummodellieren würde. Er könnte Karl Marx unter dem Volk erscheinen lassen, das Volk würde ihm huldigen, aber der Großinquisitor würde ihm sagen: „Gehe, ich kann dich auf den Scheiterhaufen stellen und das gleiche Volk wird jauchzen. Gehe und komme nicht wieder, das Volk braucht deine Lehren nur so, wie wir sie anwenden.“ Gestern wollte es der Zufall, daß ich gerade an einer öffentlich aufgestellten Büste von Marx eine Prozession vorübergehen sah, die ein herrliches altes Heiligenbild mit allen seinen Edelsteinen feierlich durch die Straßen trug, um es von einem Kranken wieder in seine Kirche zurückzubringen. Den wirtschaftlichen Klassenbau konnte man zerstören, aber geistig, religiös ist die Klassenbildung noch immer da und am Kampf der Gegensätze vielleicht schärfer geworden als je. Denn die orthodoxe Kirche, sonst an die Politik des Zaren gebunden, ist heute frei von staatlichen Banden, frei in

ihren Bewegungen. Auf den Kirchtürmen im Kreml glänzen noch die goldenen Adler, niemand hat sie heruntergeholt. Die Sowjets stecken heute tief in den wirtschaftlichen Aufgaben, in den Notstandsarbeiten des Wiederaufbaus. Aber die Stunde wird kommen, wo sie den geistig-politischen Problemen gegenüberstehen werden. Es muß sich dann zeigen, ob in der heutigen Staatsreligion nicht auch eine Scheidung zwischen Raskolniki und den anderen die Empfindungen unüberbrückbarer Gegensätzlichkeit verewigen wird. Die Stunde ist jedenfalls schon da, in der der Marxismus aus Staatsreligion zur Staatsraison geworden ist.

Die Welt aus den Begriffen aufbauen, die heutige Wirklichkeit in die Formen einer von wissenschaftlicher Phantasie ausgedachten Zukunft hineinpresse, war es das, was man hier versucht hat? War das der Sinn der bolschewistischen Revolution? Das Beginnen war nicht so kindisch, wenigstens nicht in den Köpfen der Führer. Die Bolschewiken, die sich rühmen, allein die wahre Erbschaft von Karl Marx zu besitzen, wissen, was ihr Prophet gepredigt hat. Sie wissen, daß er geschrieben hat: „Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren.“ Daneben steht freilich gleich der Satz: „Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.“ Und dieser Satz, der die Warnung des ersten in den Wind schlägt, scheint das Unheil gestiftet zu haben. Man hat die Geburtswehen, aus denen die neue Gesellschaft, mindestens die neue Produktionsverfassung hervorgehen sollte, abgekürzt: man hat die Mutter getötet. Eine Revolution ist keine planvoll auszuführende chirurgische Operation am Körper des Staates und der Gesellschaft. Sie hat etwas von einem Erdbeben. Ihre Stöße kommen unberechenbar, und ihre Wellen erschüttern wahllos alles, was der Boden trägt. Auch die Bolschewiken haben ihren Umsturz nicht geleitet, wie

man eine Lokomotive auf festem Geleise fährt. Ihre ersten Aktionen hatten Reaktionen bei ihren Gegnern zur Folge. Die Bewegung des Kampfes führte über die zuerst gesetzten Ziele hinaus, und es gab kein Zurück, solange der Kampf, der Bürgerkrieg, dauerte. Die Besinnung kam, als die Waffen niedergelegt worden waren und die Not gebot. Wir sind heute in der Periode der Korrekturen, aber die Irrtümer haben ihre Wirkung getan, die leider nicht überall abzubauen ist. Und wie dem auch immer sei, geirrt und gesündigt wurde doch im Namen der Ideologie, die auf dem Boden der Marxschen Lehren aufblühte. Die dreißigjährige theoretisch - kritische Arbeit der Sozialisten hat nicht vermocht, der am Kriegselend entzündeten revolutionären Leidenschaft die Blässe des Gedankens anzukränkeln. Die Harmonie des Marxschen Lehrgebäudes ging verloren. Die explosive Kraft des „Kommunistischen Manifests“ brach sich nicht an den schweren Quadern des „Kapitals“ oder an den Reflexionen des „Bürgerkriegs in Frankreich“, die alle die Fehler der Pariser Kommune bloßgelegt hatten. Die Russen sehen in allem weit mehr den Klassenkampf als die Forderung einer langsamen Entwicklung, die unterdrückte Klasse stürzte sich auf die herrschende Klasse und vernichtete sie, ehe diese noch ihre wirtschaftliche Aufgabe voll erfüllt hatte.

Nur langsam dringt man in das Elend der entthronten Bourgeoisie ein. Man erfährt von herzergreifenden Schicksalen. Sie erinnern in manchem daran, daß die gleiche Bourgeoisie vom alten Zarentum den schlimmsten politischen Verfolgungen ausgesetzt war, und daß ihre wirtschaftliche Wohlfahrt ganz auf dem Verzicht auf politische Freiheit beruhte. Auch in anderen Ländern hat das Bürgertum dafür zu büßen, daß es zu lange seine Geschicke den Händen unkontrollierter selbständiger Regierungsgewalten überließ. Die Folgen waren nicht ganz so schwer und hart wie hier. Aber es erscheint doch wie tragische Schuld, der man eine geschichtliche Naturgesetzlichkeit nicht

absprechen kann, wenn die russische Bourgeoisie durch die soziale Revolution völlig zerrieben worden ist. Das eine haben die Kommunisten besorgt: das Rentenkapital und das Unternehmertum mit unbeschränktem Gewinn ist beseitigt. Ob beides in irgendeiner Form wiedererstehen wird, ist eine andere Frage. Aber heute, und darauf muß es im Augenblick ankommen, existiert die Bourgeoisie nur, soweit sie sich vom Verkauf ihrer Wertsachen ernähren kann. In der Umschichtung der Gesellschaft, die in Rußland sich wie überall jetzt vollzieht, ist diese Klasse zerdrückt worden, durchaus nicht durch die planmäßige terroristische Vernichtung ihres persönlichen Lebens, sondern durch die Entziehung der früheren Existenzmöglichkeit. Das alte Bürgertum hat sich in den zahlreichsten Fällen in die neuen Umstände gefügt, indem es als unvermeidlich hinnahm, was der Staatskommunismus als proletarische Forderung verwirklichte. Die Umschichtung der Gesellschaft hat aber auch neue Schichten heraufgebracht. Es gibt hier „nouveaux riches“. Man nennt sie „Spekulanten“. Im ganzen und großen sind sie das, was wir „Schieber“ nennen. Solange das absolute Verbot des freien Handels bestand, trieben sie Schleichhandel. Heute, wo im Innern freier Geschäftsbetrieb unter besonderen Vorschriften möglich ist, haben sie sich auf die Spekulation geworfen, das heißt, sie kaufen Waren, um sie teurer zu verkaufen, wobei ihr Gewinn nicht durch Höchstpreise beengt wird. Das Strafrecht der Volksgerichte nimmt schon die Spekulation im Marxschen Sinne als etwas prinzipiell Unerlaubtes und damit als Wucher an. Aber es geht selbstverständlich auf die Dauer nicht, gesunde kaufmännische Prinzipien zu bekämpfen, wenn man den freien Handel zuläßt. Wie dem auch sei: zweifellos bilden sich hier bereits neue Vermögen, die vielleicht zudem meistens nicht in Papier des Sowjetrubels, sondern in Realwerten angelegt werden. Der Ausverkauf der hungernden

Bourgeoisie gibt Gelegenheit genug dazu, obwohl gerade das geeignetste Spekulationsobjekt, der private Grundbesitz, noch gesetzlich unzugänglich gemacht ist.

Es ist der Friedhof der alten Bourgeoisie, in dem man hier umherwandelt. Ein Erlebnis: vor kurzem kam ich in ein früheres Bürgerhaus, in dem eine russische Behörde eingerichtet ist. Die alten Möbel waren weg, aber an den Wänden sah man noch den goldstrotzenden Luxus dieser „Burschui“. In einem tadellos marmornen Badezimmer lagen und standen auf den Konsolen des Waschtisches die schwer versilberten Stücke einer Toilettegar nitur für weiblichen Gebrauch. Nebenan ging ein Wendeltreppchen in ein Kellergemach, in dem Mutter und Tochter wohnten und schliefen. Im besetzten rheinischen Gebiet kommt es auch vor, daß eine Villa von den Militärs requiriert und die alte Besitzerin in ein Dachstübchen relegiert wird. Hier war es der Keller. Einige Tage später lernte ich auf einer Abendgesellschaft, die bescheiden genug war, jene Mutter und Tochter kennen. Das Töchterchen trug ein weißes Abendkleid, vielleicht war der Brillantenschmuck gegen früher mäßiger geworden. Und als ein Herr sich ans Klavier setzte, da ging die junge Dame auf einen anderen Herrn zu, nahm ihn beim Arm e und das Tanzen wollte kein Ende nehmen. Verzweiflung, Stoizismus, „Nitschewo“, leichtfertige Lebenslust oder unbezwingbare Lebenskraft? Ich bin nicht klug daraus geworden.

Ich weiß von anderen, die ihr Unglück bis ins Innerste ergriffen, geschüttelt und umgewandelt hat. Sie sitzen jetzt in ihren Wohnungen ohne Vorhänge, mit verklebten Fensterscheiben, mit zerbrochenen hygienischen Einrichtungen bei einem Backsteinofen, den sie sich ins Zimmer gebaut haben. Der Verfall ist kein Trost dafür, daß sie keine Miete und keine Elektrizität zu bezahlen brauchen. Da ist aus der Verzweiflung

nur dumpfer Groll geworden, aber ein Groll, der wie die Lebenslust sich nicht zu Taten aufrafft. Aber es gibt noch andere dieser „Burschui“, die über Verzweiflung und Groll die Geduld nicht verloren haben. Sie arbeiten im Dienst der Regierung. Sie „kumulieren“, der Mann bekleidet zwei oder drei Posten und erhält dafür zwei oder drei Anteile an den Lebensmittelrationen, vielleicht noch mehr.

Ich hatte eine instinktive Abneigung gegen den „Smolenski Rinok“, von dem alle Welt dreimal im Tage lang und breit redet. Es ist der Markt, auf dem neben vielem Kleinkram die kostbare und armselige Habe der Bourgeoisie ausgebaut wird. Vielleicht ist das Beste schon weggekauft. Wer etwas Gutes finden will, muß Glück haben und, offen gestanden, wer da heute Stoff für eine sentimentale Reportage zu finden sucht, der kommt nicht auf seine Rechnung. Das mag möglich gewesen sein, als der Markt noch eine ungesetzlich-tolerierte Existenz gehabt hat. Man kann allerdings immer noch eine russische Bäuerin mit einer Dame, deren Leidensgeschichte auf ihrem Gesicht zu lesen ist, um eine ewige Lampe aus dem reichen Bürgerhaus feilschen sehen und darin auch ein Symbol für die Vermögensumschichtung in Rußland erblicken. Jetzt zahlt jeder Händler Steuern, und die kostbareren Stücke, Porzellan, Pelze, Bilder wandern in die offenen Geschäfte, die sie in Kommission zum Verkauf halten. Den selbst feilbietenden Bourgeois sieht man nicht mehr, dafür allerdings Aermere, die sich die Kommission selbst verdienen wollen. Aber es muß immer die Ausnahmen geben, die die Regel bestätigen. Am Arbat sehe ich seit Wochen einen alten Herrn sitzen, im feinen Pelzmantel, die hohe Pelzmütze bis an die goldene Brille über die Stirn gezogen, die Füße in pelzgefütterten Filzschuhen. Jede Geste atmet Vornehmheit. Er sitzt auf dem Eckstein eines Toreingangs, auf seinem Schoß liegen Zigaretten und Streichhölzer, die er stumm

den Vorübergehenden anbietet. Ob er mit diesem Kleinhandel so viel verdient, daß er seinen wertvollen Pelzmantel nicht zu opfern braucht?

Es gibt frühere Fabrikanten, die ihre Fabrik unter dem kommunistischen System zuerst als Staatsbeamte leiteten. Sie übernehmen sie jetzt, nachdem die neuen Gesetze erlassen sind, als Pächter. Sie können dazu Geldvorschüsse vom Staat bekommen. Ein wunderlicher Kreislauf vom Himmel durchs Inferno zur Erde und in eine Zukunft, die alles versprechen, erfüllen und nicht erfüllen kann.



Der Garten des Proletariats.

Der Garten des Proletariats: Wie soll man es sonst nennen? Ein Paradies war das kommunistische Rußland keinen Augenblick lang gewesen. Die schönen Palmen stießen ihre Wurzeln in ein steiniges Erdreich. Die Oktoberrevolution der Bolschewiken schoß aus einem vom Krieg zerrütteten Staat, aus einem von Friedenssehnsucht durchfieberten Volk hervor. Daß aus dieser Wüste, die zum Friedhof der Bourgeoisie geworden war, keine wunderbare Oase aufblühen konnte, sondern nur die Luftspiegelung eines fernern gelobten Landes, das wußten die Ueberlegenen von Anfang an. Aber es galt auch da, was die Franzosen sagen: Ich bin ihr Führer, also folge ich ihnen. Am Pretschistenkii Boulevard ist auf einer Mauer ein primitiv modelliertes Relief zu sehen. Es stammt offenbar aus den ersten Monaten der kommunistischen Wirtschaftsrevolution. Es stellt eine Arbeiterfamilie bei der Mahlzeit vor, bei einer sehr einfachen Mahlzeit. Auf dem oberen und unteren Rande trägt es die Inschrift: „Wer nicht arbeitet, soll nicht essen.“ Dieses allzu einfache Prinzip, das auch wörtlich in die Verfassung der Räterepublik übergegangen ist, das nur den von Renten lebenden Bourgeois treffen sollte, ist als meuchlerisches Geschöß zurückgeprallt auf den Arbeiter, oder wie man es hier lieber nennt, den „Arbeitenden“. Das Arbeitsbuch, das jeder haben mußte, wenn er in legaler Weise essen wollte, das sozusagen den Berechtigungsschein aufs Dasein darstellte, gab allein noch kein Brot. Wir wissen das von unseren deutschen Lebensmittelkarten, die man auch mit den erlesensten Kochrezepten

nicht schmackhaft zubereiten konnte, wenn sie nicht beliefert wurden. Das Sprüchlein galt nun umgekehrt. Die Zeiten kamen, wo nicht viel gearbeitet wurde, weil nicht viel gegessen wurde, weder auf den Feldern, noch in den Fabriken. Und man aß vielleicht nicht einmal im Verhältnis zu dem bißchen Arbeit. Darf man für die zurückgegangenen Ernten der Bauern und ihre damit sinkende Liebe zur Zwangsablieferung des Getreides die Staatsdoktrin des Marxismus allein verantwortlich machen? Die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, oder der bloße Patriotismus und der staatsbürgerliche Opfersinn, die sonstwo der menschlichen Gesellschaft den Atem geben sollten, haben auf dem Brachfelde der Kriegswirtschaft ebenfalls keine Wunder vollbracht. Das russische Arbeiterevangelium, das nur den Mühseligen des Leibes Nahrung versprach, gab in seiner Nüchternheit keinen täuschenden Hoffnungen Raum. Es leuchtete darin kein Strahl von tausendjährigem Reich, das unmittelbar vor den Toren läge. Wer nicht arbeitet, soll nicht essen. Nicht einmal vom inneren Glück der Arbeit ist da die Rede, von der Befreiung der Seele von ihren eigenen Lasten. Man sieht aus dem Chaos steuernd eine große Frage vor den Augen aufsteigen: Ist das das russische Volk? Wir stellten es uns vor, wie Tolstoi und Dostojewski es gezeichnet hatten, voll von einer Empfindsamkeit, die aus den einfachsten alltäglichen Dingen erschütternde Angelegenheiten eines sensitiven Gewissens machte. Der Russe erschien uns kinderhaft heiter und von ganzer Seele schwärmerisch zugleich. Und nun kommt dieses Symbol, das nur die derbe Mundart des Magens kennt und spricht. Haben die Riesen der russischen Literatur nicht gesehen, daß sie Zwerge von Menschlichkeit um sich hatten?

Wer nicht arbeitet, soll nicht essen. Der geschichtsphilosophische Materialismus war in diese Umlaufsmünze geprägt worden. Das war wohl das Unglück wie bei jeder Münze, die ohne eigenen Goldwert nur durch Zwangskurs Geltung erhält.

Diese Sozialisten und Kommunisten dachten viel mehr an die Verteilung der Güter als an die Erzeugung. Sie nahmen zunächst, was da war, die Wohnungen der Reichen, die ebenso nationalisiert wurden wie die Mietskasernen. Nun sitzen sie — nicht alle — in den Häusern mit der überladenen Pracht, mit den Marmorwänden und den Türverkleidungen aus kostbarer karelischer Birke. Aber auch da darf keine falsche Vorstellung entstehen. Ein Wohnungsamt mit diktatorischer Gewalt entschied, ach, und es gab auch da jene merkwürdigen Visionen von schemenhaften Zwangsmietern, die anscheinend nur als eine westeuropäische Spezies auf dem Boden der weltumspannenden Wohnungsnot gediehen. Vor kurzem war ich bei einem guten Bürger, der für drei Personen noch fünf Zimmer und Zubehör behalten hatte. Während wir bei Tisch saßen — bei einer ausgezeichneten Hammelskeule und einer Flasche Rüdesheimer — kam die Wohnungskommission in Gestalt von zwei jungen Burschen, die den Ernst ihres Auftrages durch die Formlosigkeit ihres Auftretens bekräftigten. Sie zogen schöne Vordrucke hervor, stellten die eingehendsten Fragen und trugen die Antworten umständlich in die zuständigen Rubriken ein. Dann schritt einer, die Zigarette im Munde wie beim Fragen und Schreiben, die Zimmer in Länge und Breite ab. Aber er rechnete dann die Flächeninhalte ohne die hier unvermeidliche Rechenmaschine aus. Das Resultat war Aberkennung von zwei Zimmern, und einer der neuen Zwangsmieter war schon während der amtlichen Prozedur erschienen, ein netter junger Mann, den die Bürgersleute mit Vergnügen nahmen, weil sie nicht wußten, ob nicht an seiner Stelle ein viel weniger netter verordnet würde. Und vielleicht kannten sie ihn vorher schon. Nichts Neues unter der Sonne, auch in Moskau nicht.

Es ging nicht immer so verhältnismäßig gemütlich zu. Längst nicht alle der üppigen, weitläufigen Adels- und Bürgerpaläste wurden Arbeiterwohnungen. In vielen Häusern,

besonders jenen der Geflohenen, wurden Behörden eingerichtet. Die Sowjet-Republik, die alle Regierungszentralen nach Moskau verlegte, brauchte unzählige Räume für sich und die noch weniger zählbaren lokalen Sowjets aller Art. Aber auch da, wo die Proletarier in die Paläste kamen, da war die Glückseligkeit nicht ekstatisch. Auch da wurde der Kubikraum nach der Personenzahl verrechnet, und es war kaum ein ausreichender Trost, daß der „Burschui“ im Keller hauste. Und dann kam die Not der Bürgerkriegsjahre, in denen alles wegrequiriert wurde, was die kämpfende „Rote Armee“ nicht entbehren konnte. Denn auch sie konnte den guten Willen der Soldaten nicht mit dem Orden des Sowjet-Sterns allein belohnen. Die Not trieb weiter auf der schiefen Bahn. Die Arbeiterfrau machte sich ein Kleid aus den schönen Vorhängen oder den seidenen Tapeten. Und da nichts mehr unterhalten wurde, fing das ganze Haus an, innerlich und äußerlich den Weg alles Irdischen einzuschlagen. Das war sehr schlimm, wenn es sich um die Kanalisationseinrichtungen handelte. Wenn die Wasserleitung nicht mehr richtig funktionierte, dann hatten die Messinghähne an den Badewannen auch keinen Zweck mehr und sie wanderten auf den Markt oder in den Schleichhandel. Mit allen diesen Nebenprodukten der Nationalisierung der Häuser wohnte der Proletarier freilich immer noch besser als früher. Aber jetzt, nachdem die Praxis alle Schattenseiten der Theorie hell beleuchtet hat, gewinnt die Ueberzeugung Raum, daß eine gute Arbeiterwohnung doch besser ist als ein nationalisierter Protzenpalast mit unbenutzbaren Unentbehrlichkeiten. Und das russische Volk, so reich an Sprüchen der Lebensweisheit, hat die neue Situation auch bereits recht plastisch charakterisiert: der Proletarier fühlt heute aus den schwellenden Polstern nur noch die harten Drahtfedern heraus. Der volkstümliche Ausdruck ist viel realistischer und malerischer als diese Abstraktion im Schriftdeutsch.

Die Entwicklung geht weiter. Bis jetzt hat kein Mensch Miete bezahlt, sie war wie jede Kapitalrente abgeschafft. Aber auch sie kommt wieder. Nur wer in Staatsdiensten steht oder Invalide ist, soll noch umsonst wohnen. Die übrigen müssen mit der Hausverwaltung, die sie wählen, die Kosten für die Instandhaltung aufbringen. Das macht für ein bescheidenes Zimmer in Moskau ungefähr hundertfünfzigtausend Rubel im Monat. Der Mut, ganze Häuser vom Staat in Pacht zu übernehmen, wächst angesichts der auferlegten Unterhaltungskosten nur langsam. Man will nicht nur wohnen, man will auch warm wohnen im Winter. Daß niemand vor Hitze schmolz, das sieht man den Backsteinöfen an, die in die Zimmer eingebaut wurden und zu denen man die Steine von einem verfallenden Haus in der Nachbarschaft holte.

Wer nicht arbeitet, soll nicht essen. Es war nicht leicht, zu essen, wenn man arbeitete. Man lernte mit russischer Geduld „Reihen stehen“ an den Lebensmittelstellen. Das war sogar nicht zu umgehen, wenn man den zahlreichen „Kooperativen“, den Konsumgenossenschaften angehörte. Aber das sind nun bald Dinge der Erinnerung an die heroische Vergangenheit. Die Freigabe des Kleinhandels und der Uebergang zum neuen Geldlohn, der sich unter der unheimlichen Gewalt eines ehernen sozialen und wirtschaftlichen Gesetzes vollzieht, haben den Kampf mit den angeborenen Gebrechen der reinen Naturalwirtschaft überflüssig gemacht. Nun muß auch dafür ein Preis gezahlt werden. Der Kampf um „ausreichende“ Löhne ist im Anzug.

Ein Teil des Proletariats hat ein restloses Glück gehabt, die Kinder. In Moskau sieht man auf Schritt und Tritt große Häuser mit Aufschriften, die anzeigen, daß da irgend eine Kinder-versorgungsanstalt untergebracht ist. „Kinderwelt“ heißt es am häufigsten, und man ist, da die Russen für Friede (mür) und Welt (mir) nur ein gleichlautendes Wort haben, seit der Einführung der neuen Orthographie im Zweifel, ob man nicht

Kinderfriede übersetzen soll. Das wäre auch noch ein schöner Name für eine schöne Sache. Ein solches Kinderheim kann ein Paradies für die Kleinen sein, wenn die Wärterinnen es wollen. Sie wollen es wohl in den meisten Fällen. Was ich davon gesehen habe — keineswegs Paradeanstalten, die offiziell dem Fremden gezeigt werden — waren rührende Beispiele der Aufopferung im Dienste. Den fetten runden Würmchen fehlt es an nichts, jedenfalls nichts von dem, was die Proletarierfamilie überhaupt nicht aufbringen könnte. Der einzige Mißton in diesem Glücke ist, daß es auch nur Wenigen von den unendlich Vielen zu teil wird. Draußen auf den Straßen sieht man hin und wieder die arme Frau mit dem Kinde an der Brust, während sie irgend etwas zum Verkaufe feilhält.

In einer verlassenen bürgerlichen Villa draußen in einem Park hat ein junger Arzt ein Heim für tuberkulöse Kinder eingerichtet. Der Staat bestreitet die Kosten, nicht allzu verschwenderisch in Anbetracht der allgemeinen Geldnot, die durch die Flut von Papier nicht gemildert wird. Da liegen die sieben-, zehnjährigen Arbeiterkinder, in schönen Lazarettbettchen, Schwestern sind um sie, der Arzt kennt jeden der vierzig Pflöglinge so genau, daß die individuellste Behandlung möglich ist. Die Armen leiden alle an Knochentuberkulose und, wie es scheint, wurden in vielen Fällen Besserungen erzielt. Ich kann das nicht beurteilen. Mich mußte das Ganze mehr vom Standpunkte der sozialen Fürsorge interessieren. Und da ist geschehen, was die Liebe eines Arztes zu seinem Beruf vermag. Allerdings fehlt ihm manches an Hilfsmitteln, die ausländische Fachliteratur, die ihn über den neuesten Stand der wissenschaftlichen Forschung unterrichtet, vor allem aber ein Röntgen-Apparat. Wer kann ihm dazu verhelfen? Denn solange die offizielle Einfuhr solcher Instrumente nicht im großen betrieben werden kann, wird das Kinderhospital kaum unter den ersten Anwärtern figurieren können.

Ein Sonntag-Nachmittag bei Kindern, die infolge körperlicher Gebrechen geistig zurückgeblieben sind, draußen im östlichen Moskau. Die Aerzte sind von der gleichen Aufopferung an ihre Aufgabe beseelt, rein menschlich und wissenschaftlich. Man fühlt das sofort heraus. Denn ein Vergnügen kann es nicht sein, unter wenig glänzenden äußeren Einrichtungen das Unternehmen zu führen. Es ist eines von vielen. Auf rein medizinische Behandlung wird verzichtet. Die Kinder werden vom Geiste aus kuriert, rein erzieherisch mit sorgfältigstem Eingehen auf die Individualität. Die Aerzte, die ebenfalls ums Leben gerne wüßten, was auf ihrem Spezialgebiete jetzt in Deutschland geleistet wird, sprechen von guten Erfolgen. Ihre Methode ist: möglichste Freiheit für die defekte Seele. Wir sahen eine Aufführung des „Aschenbrödels“, die die Kinder ganz aus eigenen Kräften aufgebracht hatten. Vor einiger Zeit hatten sie in der Großen Oper eine solche Kinder-Vorstellung gesehen, und nun ahmten sie nach, so gut es ging. Geistig völlig Gesunde hätten es nicht besser machen können. Wir erzählen den Aerzten, daß in Deutschland infolge der Unterernährung während des Krieges unsere heranwachsende Jugend sehr zurückgeblieben ist, körperlich gebrechlich vielfach und darum auch geistig nicht auf der normalen Höhe. Solche Fälle haben sie kaum. Bei ihren Geneslingen handelt es sich meistens um vererbte Anlagen.

Das sind die Blumenbeete aus dem Garten, in dem das russische Proletariat schwer arbeitet.

Theater in Moskau.

Moskau spielt jeden Abend auf allen Bühnen, die es früher besaß, und noch auf einigen mehr, Vereinsbühnen, „Studios“, das heißt Lehrwerkstätten für Schauspielkunst, Propagandastücke, wo man hinblickt. Der „Proletkult“, jenes in ein tausendfältiges Filigranwerk verästelte System planmäßiger Volksbildung, die der kommunistische Staat für eine seiner wichtigsten Aufgaben hält, hat sich mit großer Liebe auch dem Theater zugewandt. Gewiß, der Geist einer Zeit, der sich offenbaren will, steigt immer auf die Bretter. Sie sind die besten Rednerbühnen für die eindringliche Verkündung neuer Ideen. Aber es muß auch Kunst sein, die geboten wird, sonst ist alles verlorene Liebesmühe. Nichts ist innerlich wirkungsloser als ein glattes Tendenzstück. Das haben die eifrigen Propheten der proletarischen Kunst wohl begriffen, als sie sich bemühten, auch aus dem Schema der alten Stückemacherei herauszutreten. Sie waren vielleicht nur zu ungeduldig und schütteten das Kind mit dem Bade aus. Erpressen läßt eine ästhetische Entwicklung sich nicht. Man kann auf alle Tradition verzichten und wie die Futuristen mit einem neuen Nullpunkt anfangen. Aber es war nun doch immer so, daß die Treibhäuser nur sehr vergängliche Blüten erzeugten. In der Wärme der revolutionären Stimmungen sind hier viele künstlerische Triebe emporgeschossen. Aber das ist das Merkwürdige, in dem von der Welt abgeschlossenen Moskau haben sich im großen und ganzen Pflänzchen entwickelt, die auch im Westen gediehen. Da bei uns die Debatte

über Futurismus, Imaginismus, Expressionismus erledigt ist, soll sie hier nicht neu aufgenommen werden. Man kann auch nicht einmal sagen, daß sie hier ganz besondere russische Färbung angenommen hätte. Die Auseinandersetzungen über jedes Theoriechen sind genau so heftig wie bei uns, und ein Abend im „Café Pegasus“, einem Kabarett in der Twerskaja, trägt das Pariser Urmuster in sich wie die Kabaretts im übrigen Europa. Ich möchte darum nicht in den Irrtum verfallen, alles literarisch Exzentrische, das man in Rußland erlebt, für eine Frucht aus dem Garten des Kommunismus zu halten. Das meiste ist nur die russische Abart des Westens ohne wesentliche Verschiedenheiten. Am Ende ist auch der „Proletkult“ nichts anderes als eine Verstaatlichung des freien Volksbildungswesens bei uns, das ja auch manche Uebereilung gezeitigt hat. Und es sind längst nicht alle Mächtigen hier der Meinung, die krampfhaftige Organisation des Proletkults sei eine absolut unerläßliche Staatsangelegenheit.

Nur eines ist eigene russische Schöpfung, das kollektive Theater, kollektiv in Dichtung und Ausführung. Wie es scheint, sind die stärksten Impulse dieser Bewegung schon ermattet. Was sie wollte, zeigt eine Schilderung Kerschenzews aus dem vorigen Jahre:

„Von Arbeitern, von denen der größte Teil noch niemals ein richtiges Theater besucht hatte, war durch kollektive Bemühungen ein Stück aus der Revolutionszeit geschaffen worden. In einer Szene dieses Stückes versuchen die Arbeiter die Wand zu zerstören, die die alte Welt symbolisiert. Als die Schauspieler auf der Bühne sich mit Zornesrufen auf die Wand stürzten, erhoben sich ganz instinktiv alle Zuschauer wie ein Mann, um beim Kampfe zu helfen. Als die Wand einstürzte und die sieghaften Töne der Internationale ertönten, stimmte auch der ganze Zuschauerraum mit ein.“

Es ist bekannt, daß in Petersburg bei den ersten Jahresfeiern der Revolution der Sturm aufs Winterpalais in einer großen Aufführung an Ort und Stelle plastisch wiederholt wurde. Jetzt hat man auf solche Riesensfilme verzichtet. Aber auch jene kollektive Kunst kleineren Maßstabes, von der Kerschenezw spricht, scheint mehr sporadisch aufgetreten zu sein. In den Provinzstädten gibt es noch „Studienwerkstätten“, in denen ohne Mithilfe von Schauspielern das „improvisierte Theater“ gepflegt wird. Man mag dabei an die entzückenden Sachen der russischen Hausindustrie denken, Holzschnitzereien, Spitzenklöppelei, die auch aus dem Bauernwerk hervorgegangen sind und eine außerordentliche künstlerische Veranlagung des russischen Volkes offenbaren. Warum sollten diese Talente auf dem Theater grundsätzlich versagen? Die Frage scheint aber schon entschieden zu sein. Vor zwei Jahren schon war auf einem Kongreß der Arbeiter- und Bauerntheater die Stellung zum alten bürgerlichen Theater leidenschaftlich diskutiert worden. Die Mehrheit meinte, man solle das alte Theater nicht verurteilen, im Gegenteil, da man dadurch nicht behindert sei, auch das neue Theater zu kultivieren.

Es gibt Leute genug, die bedauern, daß die schönen Anfänge einer aus der Revolution emporwachsenden Massenkunst schon ermüdet dahinsinken. Ich habe diesen Erscheinungen nicht im einzelnen nachgehen können. Es gehört auch schon eine vollkommene Kenntnis der Sprache dazu, wollte man sich das Bild aus allen seinen kleinen Zügen zusammensetzen. In einer der neuen Theaterwochenschriften, die man in den Kiosken kaufen kann, las ich einen Aufsatz, der sich eingehend mit dem Problem des „mystischen Realismus“ und der „Improvisation“ befaßt. Er meint, die Sprache führe notwendig zur Rhetorik, die Inszenierung zum Film und das Ganze zum Dilettantismus. Diese Versuche haben vielleicht — bis jetzt

wenigstens — mehr soziologisches als künstlerisches Interesse. Sie zeigen, wie intensiv die Russen an ihren Erlebnissen hängen, wie bei ihnen auch alles danach drängt, sich künstlerisch und dogmatisch damit auseinanderzusetzen. Das ist der erste nationale Zug darin. Die Russen, die in ihrer Sprache die charakteristische Wendung haben, „es denkt sich mir“, waren immer stark in der Abstraktion, in der Aufstellung von Theorien. Noch größere Meister sind sie dann in der Bedenkenlosigkeit, mit der sie zur Verwirklichung schreiten. Sie sagen auch: „es will sich mir“. Aus diesen Tiefen des Unterbewußtseins kommt bei ihnen der künstlerische Trieb, über den sie dann allerdings auch so abstrakt zu diskutieren verstehen.

Wo aber liegt nun die wirkliche Bewegung? Auf diesen neuen Wegen, oder kommt die Entwicklung aus den alten Kulturzusammenhängen, an denen die wirtschaftliche und soziale Revolution nichts ändern konnte? Ihre Gesetze sind mächtiger als alles von theoretisierender Phantasie ausgehende Regieren. Was man tun kann, ist darum, immer wieder das nächstliegende Wirkliche zu suchen. So bin ich hier ins Theater gegangen, unbefangen, als ob ich nichts wüßte von der systematischen Programmhaftigkeit, die in vieles Selbstverständliche hineingeschmuggelt wurde.

Auch die Theater leiden hier unter der allgemeinen Not. Sie können nicht alles aufführen, was sie möchten, die Staatstheater nicht besser als die privaten. Sie greifen ins alte Repertoire und in den alten Dekorationsspeicher. Man sieht auf dem Wochenzettel Shakespeare, Gogol, Heyermans, Bernard Shaw, Oskar Wilde, Scribe, Gorki, Maeterlinck, Andrejew, Francis de Croisset . . . Also genau wie es war, man findet auch die preiswuchernden Billetthändler an den Pforten der täglich ausverkauften Häuser, deren beste Plätze fünfzigtausend Rubel an der Kasse kosten.

Stanislawski, der Gründer des Moskauer Künstlertheaters, leitet sein verstaatlichtes Theater noch immer als künstlerischer Direktor. Seine wertvollen Kräfte sind ihm im Laufe des Bürgerkrieges ins Ausland abhanden gekommen. Aber er weiß viel aus dem zu machen, was er hat, aus dem Nachwuchs. Er hat jetzt einen jungen Charakterdarsteller, wenn man es so nennen darf, Tschechow, der einen Revisor ohnegleichen spielt. Stanislawski hat mir erzählt, daß er den Naturalismus und den Realismus auf dem Theater für überwunden hält. Er war einst dessen Prophet. Aber er lehnt jeden Futurismus oder Expressionismus ab, der auf kleineren Bühnen hier sein Wesen treibt. Was er heute bietet, geht ganz natürlich aus dem älteren Stile hervor, ein Realismus mit künstlerischer Phantasie durchsetzt. Das gibt der Individualität der Darsteller Spielraum. Die Aufführung des Gogolschen „Revisor“ wurde leicht aufs Groteske eingestellt. Der Geist des Stückes fordert das von selbst. Nicht alle Mitspieler hielten die feine Nuance ein, die aus der Satire keine Karikatur macht. Aber Stanislawski ist ein glänzender Regisseur, der den Gesamtton zum Durchklingen bringt. Er bedauerte, daß er nicht auch die Dekorationen — aus Mangel an Material — auf den leicht grotesken Grundzug abstimmen konnte und sich mit einer zeitgemäßen russischen Biedermeier-Ausstattung begnügen mußte. Aber das ist nebensächlich gegenüber der feinen spielerischen Ausarbeitung der Darstellung. Der junge Tschechow gab den Revisor in dem etwas mangelnden geistigen Gleichgewicht der Gogolschen Figur. Diese Mischung zwischen Naturalismus und dem, was die Franzosen mit ihrem unübersetzbaren Worte „fantaisiste“ meinen, war hier vollkommen gelungen. Ich habe den gleichen Künstler auch als Malvolio in Shakespeares „Twelfthnight“ gesehen, einer Rolle, die zur Charge herausfordert, aber bei jedem Uebergriff auch völlig mißraten kann. Tschechow fand da die


Schattierungen einer seelischen Schüchternheit und eitlen Selbstsicherheit, die alle Komik des Malvolio als etwas einfach Natürliches erscheinen lassen.

Stanislawski leitet auch die „Studios“, die Schauspielschule, die mit ihren drei Klassen vors Publikum tritt. Der Zugang soll jedem Talent gestattet sein. Der frühe Kontakt mit dem Zuschauer scheint sehr erzieherisch zu wirken, kann aber freilich aus einem Unbegabten keinen Begabten machen. Aber diese jungen Truppen haben alle einen Zug künstlerischer Andacht, der sie stets interessant macht. Es ist etwas von der russischen Kunstreligiosität darin, der ihrem Tanz und Ballett das Bezwingende gibt.

In den „Kammerspielen“ begegnet man einer leicht stilisierten Darstellung, die wir auch in Deutschland haben. Die Szenerie arbeitet meistens mit Vorhängen, die hin und wieder durch etwas Ornament eine charakterisierende Note erhalten. Mir scheint, die Stilisierung des Spiels ist da schon vom Extrem zur ruhigen Mitte zurückgekehrt, die bald wieder ins ganz natürlich Bewegte übergehen dürfte. Die Kammerspiele geben Pantomimen mit dem russischen Sinn für die Bewegung und Gruppierungen, den die russischen Balletts in der ganzen Welt bekannt gemacht haben. Frau Konen, die erste weibliche Kraft, aus Stanislawskis Künstlertheater kommend, spielt aber auch eine Shakespearesche Julia oder Wildes Salome mit aller inneren Glut und allem Raffinement, die diese Rollen fordern, und sie bewahrt dabei eine Diskretion des Spiels, die jede Geschmacklosigkeit vermeidet.

Das ist das Interessanteste im Moskauer Theaterleben. Opern gibt man auf drei Bühnen, im „Großen Theater“ und in zwei anderen Häusern, und das Repertoire reicht von Tschaikowskis „Pique-Dame“ und „Onegin“ bis zu Mussorgskis „Boris Godunow“ und seiner vielleicht noch echter russischen

„Chowantschtschina“. Die Große Oper widmet sich stark dem Ballett. Die beste Solistin ist die Geltzer, die noch mit dem Gazeröckchen tanzt. Die Größen des russischen Balletts sind im Auslande. Aber man sieht hier, daß die Größen und die im Westen gezeigten ausgewählten Truppen gar nicht so ungeheuer über das Mittelmaß hinausragen, das hier das Normale ist. Das Ballettkorps der Oper hat eine Schulung und Sicherheit, die nie besser gewesen sein konnten, und das kann oft genug für die Abwesenheit der Sterne entschädigen.



Das Recht auf Kunst.

Die bolschewistische Revolution stand im Rufe, der amtliche Protektor des Futurismus, Kubismus, Expressionismus zu sein. Gewiß, die ersten künstlerischen Begleiterscheinungen des proletarischen Sieges haben sich in den modernsten Ausdrucksformen bewegt. Ist nicht überall die ganze neuere Bestrebung der bildenden Kunst, dem Volk verständlich zu werden, zu jener möglichst vereinfachten Darstellung gelangt, die man gern als Arbeiterkunst ansieht? Man kann für Sowjetrußland nur das sagen, was in dieser Beziehung für jede Revolution gilt: sie konnte aus sich keine neue Kunst aus dem Boden stampfen. Kunst ist immer und überall etwas, was sich nur organisch bilden kann, was sich langsam aus der Vergangenheit oder als Antithese dazu entwickelt. Die verbindenden Fäden sind nie zu entbehren. Expressionismus oder Kubismus mit dem Bolschewismus zu identifizieren, ist also etwas naiv. In der Tat, warum sollten die Revolutionäre, die ihr Leben lang im Studium des Marxismus versunken waren und für ästhetische Nebenbeschäftigung wenig Zeit übrig hatten, warum sollten diese an gute alte hausbackene Malerei gewohnten Leute plötzlich für das Modernste schwärmen? Es kam vielen von ihnen genau so fremd und unverständlich vor wie dem ersten besten Spießbürger. Man erzählt, daß in Moskau ein hoher Regierungsbeamter einen Künstler verhaften lassen wollte, der eine expressionistische Büste von Karl Marx verbrochen hatte. Der Geschmack dieser „Towarischtschi“ ist eher akademisch in schlimmstem Sinne. Man sehe sich das offizielle Denkmal an, das auf dem Twerskaja - Platz in Moskau zur

Erinnerung an die Oktoberrevolution errichtet wurde. Dieser Obelisk, auf einem banalen Unterbau sich erhebend, könnte eine Preisarbeit aus irgendeiner westlichen Provinz Akademie sein. Vom künstlerischen Standpunkt aus hatte dieses Revolutionsdenkmal kein Recht, die Statue des Generals Skobelew zu verdrängen, die vor ihm auf dem Platz gestanden hatte. Etwas ähnliches erlebt man in der Galerie Tretjakow, der größten Gemäldegalerie Moskaus, die doch auch dem Staate der Bolschewiken untersteht. In dieser großartigen Sammlung russischer Malerei des verflossenen Jahrhunderts ist es den Jüngsten nur nach fürchterlichen Kämpfen gelungen, einen bescheidenen Saal zu erobern. Und Lunarscharski, der Unterrichtsminister, eröffnet die Kunstaustellungen so akademischer älterer Meister wie Karowins in eigener Person.

Ich erzähle das, nicht um die Bolschewiken gegen den Vorwurf einer künstlerischen Barbarei in Schutz zu nehmen, der ihnen von draußen entgegen geschleudert wurde. Es ist die Wahrheit. Richtig ist, daß die russische Revolution mit ihrem proletarischen Pulsschlag auch die auf proletarische Phantasie eingestellte Kunst begünstigen mußte. Nur ist diese Kunst, wie schon oben gesagt, keineswegs eine Erfindung ad hoc oder ein im Submissionsweg vergebener Staatsauftrag. Sie ist nichts anderes, als was in den westlichen Ländern sich auch in den Dienst der Volksbildung stellt. Mit ihrer großzügigen Freigebigkeit hat die revolutionäre Regierung aber alles geschenkt. Sie proklamierte das Recht des Volkes auf Kunst. Sie gab den Besuch aller Museen frei. Und sie griff aus diesem Naturrechtsempfinden auch in den Privatbesitz ein. Die großen privaten Sammlungen wurden zu Staatsmuseen gemacht. Nebenbei sei bemerkt, daß das vielleicht das beste Mittel war, diese Schätze aus den Revolutionsstürmen zu retten.


So hat Moskau heute die schönsten Galerien moderner westlicher Malerei, die in Europa zu finden sind, die Samm-

lungen Schtschugin und Morosoff. Beide sind jetzt als Staatsmuseen jedermann zugänglich. Das meiste ist Pariser Malerei, so vollständig, daß man die Periode 1890 bis 1914 anderswo kaum besser vertreten findet. Der etwas primitiv wahllose Eifer, mit dem die russischen Sammler das „Modernste“ zusammengekauft haben, ist jetzt durch sachverständige Köpfe sozusagen kultiviert worden. Die Sammlungen sind gut geordnet, so viel wie möglich erhielt jeder Künstler einen Raum für sich. Das gilt allerdings mehr für die Galerie Schtschugin als für Morosoff. Die Sammlungen sind am reichhaltigsten für den oben genannten Zeitraum. Aber sie beginnen mit kleinen Manets, bringen von Monet charakteristische Werke aus jeder Entwicklungsstufe, ebenso für Renoir, Degas, Sisley, zeigen Carrière, Simon, Cottet. Das gleiche gilt für Cézanne. Der große Reichtum beginnt mit Gauguin, von dem etwa zwei Dutzend schöner Werke dahangen. Van Gogh ist etwas weniger zahlreich vertreten, aber dafür mit besten Proben seiner eigensten Art. Picasso marschiert mit rund fünf Dutzend Bildern auf, aus allen Perioden stammend, Matisse mit zwei bis drei Dutzend, Rousseau mit einem Dutzend. Im Hause Morosoff finden sich die großen dekorativen Gemälde von Bonnard im Aufgang, im Speisesaal die Dekorationen von Maurice Denis. Es fehlen nicht die Künstler der Gefolgschaften, deren Namen hier nicht genannt zu werden brauchen. Der Bildhauer Maillol ist ebenfalls sehr gut vertreten.

Sehr viele von den Bildern hatte ich in den Pariser Ausstellungen gesehen, in denen sie zuerst vor der Öffentlichkeit erschienen. Auch die Dekorationen von Bonnard und Denis waren im Herbstsalon ausgestellt. Aber ich muß gestehen, daß diese ganze Malerei mir bei der Wiederbegegnung hier in Moskau, wo sie aus der Pariser Umgebung herausgenommen ist, tieferen Eindruck machte. Sie wirkte mehr mit ihrem individuellen Werte, möchte ich sagen, dort sah man den einzelnen Künstler immer zu sehr als Exponent einer

„Richtung“. Und vor allem, die Künstler treten mit ihrer ganzen künstlerischen Habe auf, sie erscheinen als Persönlichkeiten, die sich trotz der Schulzugehörigkeit scharf abheben. Sie erobern sich auch leichter die Herzen. Vor Picasso sah ich jemanden die inneren Widerstände aufgeben, die er bis jetzt gegen die Kühnheiten des Malers in sich gepflegt hatte. Man sieht gerade von Picasso freilich auch, daß seine rein kubistischen Sachen seine besten Qualitäten gar nicht erkennen lassen, weder koloristisch noch in seiner großzügigen Auffassung.

Das Recht des Volkes auf Kunst hat noch andere Schätze ans Licht gebracht, die herrlichen alten Geigen, die Stradivari, Amati, Guarneri, die in irgendeiner Vitrine reicher Häuser ein Museumsdasein als Schaustück führten. Diese Instrumente wurden gesammelt und einer besonderen Staatsbehörde unterstellt, die sie nach einem Wettbewerb auf gewisse Zeit an ausübende Musiker vergibt. Die Künstler übernehmen die Verpflichtung, eine Anzahl Volkskonzerte zu geben. Daneben können sie öffentliche Konzerte veranstalten. So ist Moskau zu einem Kammermusikquartett mit echten Stradivari gekommen. Wer Gelegenheit hatte, etwa das Adagio von Schuberts Streichquintett auf diesen wunderbaren Instrumenten zu hören, wird das vielleicht zu seinen schönsten künstlerischen Erlebnissen zählen dürfen.



Bei den deutschen Lokomotiven.

Zwei schöne Oktobertage im Waldai-Gebirge! Ueber der russischen Landschaft liegt die Klarheit der ersten Fröste, die weißen Birken tragen weißen Reif in den Kronen, auf den Teichen glitzert junges Eis, der Msta, den wir auf hoher Brücke kreuzen, trägt bereits Eisschollen dem Ilmensee zu, der einige fünfzig Werst westlich von uns liegt. Der Schlafwagenzug — die Einrichtung tadellos wie vor dem Krieg — hatte uns in der Nacht von Moskau hierher gebracht nach Malaja Wischera oder genauer an den Bahnhof dieses Landstädtchens. Der Sonderzug fuhr — die russischen Ingenieure taten es für ihre fremden Gäste — stellenweise über hundert Kilometer die Stunde. Ich erwähne das, weil solche Stichproben aus dem Rußland von heute zeigen, daß nicht alles kurz und klein geschlagen ist, wie man sich draußen oft vorstellt. Die Tage, die die Vertreter der deutschen Lokomotivfabriken mit den russischen Eisenbahnbeamten verbrachten, haben auch den festen Eindruck hinterlassen, daß in Rußland lebendige Kräfte am Werk des Wiederaufbaus wirken, daß es hier Beamte gibt, hohe und niedrige, die in der allgemeinen Not nicht ablassen von der Erfüllung ihrer Pflichten. Die bedeutende Bestellung von Lokomotiven in Deutschland und Schweden ist ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung des Transportwesens. Die äußerst schwere Probe, der hier als erste eine deutsche Henschel-Lokomotive unterworfen wurde, bewies, wie ernst die russischen Ingenieure ihre Aufgabe nehmen. Die deutschen Fachleute, die der Probe beiwohnten, sagten mir, daß bei uns die Prüfung nicht

strenger hätte sein können. Die Russen hatten dafür die Strecke der Petersburg - Moskauer Bahn von Malaja Wischera nach Okulowka (etwa 80 Kilometer) gewählt, auf der die Züge die sehr starke Steigung bis zur Höhe der Wasserscheide auf den Waldai-Bergen zu überwinden haben. Die bis jetzt gelieferten neun Lokomotiven (ein Schiff mit weiteren neun wird in Petersburg erwartet) hatten auf anderen Strecken Probefahrten gemacht und sind bereits endgültig übernommen. Den Auftraggebern stand jedoch das vertragsmäßige Recht zu, nach Belieben die Lokomotiven einer besonders schweren Probe zu unterziehen. Dieser Probe galt unsere Fahrt hierher.

Professor Lomonossow, ein Eisenbahnfachmann, der sich schon vor dem Kriege Verdienste erworben hat und auch jetzt als technischer Beamter einen ersten Platz einnimmt, hat sich in diesen Tagen als ein Organisator offenbart, der seinen Gästen durch seine großzügige russische Lebensart den Aufenthalt ebenso angenehm wie interessant zu gestalten wußte. Herr Lomonossow hatte die Lieferungsverträge selbst in Deutschland abgeschlossen. Hier hat er nun in eigener Person die Lokomotive auch über die Prüfungsstrecke geführt. Der Lastzug bestand aus sieben oder acht Schlafwagen und einer großen Zahl angehängter Güterwagen, die ihm eine Länge von nahezu einem Kilometer gaben. Beiläufig sei bemerkt, daß die sämtlichen deutschen Lokomotiven für Güterzüge bestimmt sind. Hinter dem Tender war der dynamometrische Wagen eingeschaltet, in dem die verschiedenen Apparate zur Messung der Kraftleistung, der Geschwindigkeiten usw. eingebaut sind. Es kann mir nicht einfallen, mich auf technische Einzelheiten einzulassen. Ich habe im Meßwagen beobachten können, wie sorgfältig die russischen Ingenieure ihre Aufnahmen machten, auch auf der Lokomotive konnte ich mich eine Zeitlang aufhalten. Das Ergebnis der Prüfung war glänzend: die Lokomotive fuhr tadellos, lief sich nicht warm, leistete ihre geforderte Zugkraft und blieb mit ihrem Dampfverbrauch von neun Kilogramm um

ein Zehntel unter der vertragsmäßigen Ziffer, ein Vorzug, der bei dem Mangel an Heizmaterial in Rußland besonders hoch eingeschätzt wird. Ein großer Auftrag auf Lokomotiven ist, wie bekannt, auch nach Schweden gegangen. Die schwedische Maschine, die am zweiten Tag erprobt wurde, hatte mit einigen kleineren Schwierigkeiten zu kämpfen, die aber nicht verhinderten, daß auch sie die Probefahrt zu Ende führte und uns in der festgesetzten Zeit wieder hierher nach Wischera zurückbrachte.

Malaja Wischera ist genau genommen ein großes Dorf. Es hat die typischen breiten, tief gefurchten Straßen und die weit voneinanderstehenden Häuser des russischen Dorfes. Viele der Häuser sind aus Holz. Die vor dem Dorfe liegende Ziegelei scheint eine neuere Gründung zu sein. Wischera schickt sich zum Winterschlaf an. Wir durchwandern die menschenleeren Straßen, die die Siedlung in regelmäßige Quadrate einteilen. Hunde von undefinierbarer Rassenmischung kläffen uns an. Hin und wieder sieht man eine Frauengestalt in nicht allzu sauberer Kleidung. Die Füße stecken in ebenfalls nicht ganz einwandfreien „Walenkis“, den grauen Filzstiefeln, die den russischen Bauern charakteristisch sind. Wir scheinen den Leuten weiter nicht interessant zu sein. Ein Versuch, ein Gespräch anzuknüpfen, scheitert an der Einsilbigkeit der Antworten.

Hat die Revolution auch hier gewütet? Man hat nicht den Eindruck. An einem Hause sieht man eine Aufschrift, die verkündet, daß ein Sowjet sich darin eingenistet hat. Das ist alles, was von dem großen Umschwung in Rußland für die Augen bemerkbar wird. Was sollte hier auch geschehen? Die Kämpfe um die Macht spielten sich in den großen Städten ab. Für die kleinen Städtchen lohnte sich das nicht. Das alltägliche Leben geht unter dem neuen Regierungsdach seinen gewohnten Gang, als ob nichts geschehen wäre.

Morgens früh sind wir im Nicolai-Bahnhof in Petersburg aufgewacht. Um acht Uhr hatte uns der Zug bereits im Hafen abgesetzt, wo leider das oben schon erwähnte Schiff mit weiteren deutschen Lokomotiven noch nicht eingetroffen war. Die deutschen Herren konnten sich indessen überzeugen, daß die Hafeneinrichtungen in gutem Zustande sich befinden und daß ein Kran von außerordentlichen Dimensionen vorhanden ist, der eine ganze Lokomotive zu heben und auf das Kaigeleise zu setzen vermag. Die Maschinen kommen in der Tat fertig an. Nur die äußeren Teile des Antriebwerkes müssen hier noch montiert werden. Ein deutscher Ingenieur und eine Anzahl deutscher Arbeiter führen diese Arbeiten in den Betriebswerkstätten des Nicolai-Bahnhofes aus. Wir hatten Gelegenheit, sie zu beobachten. Es mag besonders erwähnt werden, daß die Arbeiter gut untergebracht sind. Es wurden ihnen russische Eisenbahnwagen, die, wie man weiß, für diese Zwecke sehr bequem eingerichtet und gut heizbar sind, als Schlafstätten zugewiesen. Weitere Wagen dienen als Restaurant und als Salon mit Lesezimmer. Die Ernährung liegt in deutschen Händen. Auch unter diesem Gesichtspunkte ist also alles in befriedigender Weise geregelt, und vielleicht liegt hier bereits das Muster vor, nach dem auch bei möglichen anderen Unternehmungen die Fürsorge für die Arbeiter getroffen werden kann.

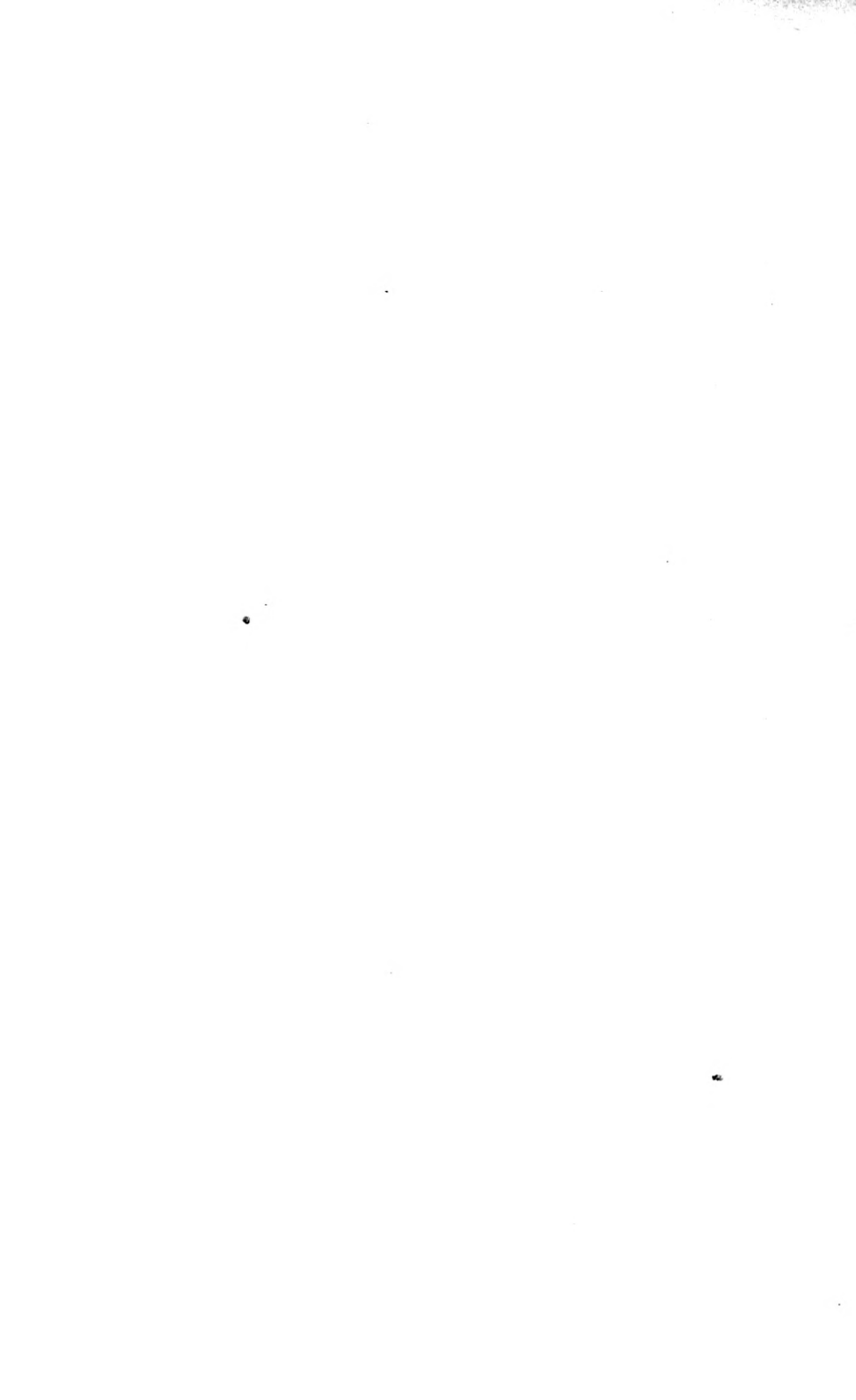
Im Zuge befanden sich mit den Vertretern der deutschen Maschinenfabriken auch Herren von der schwedischen Fabrik und zwei Amerikaner, von denen einer eine amerikanische Waggonfabrik repräsentierte. Bei den Mahlzeiten im Speisewagen fehlte es nicht an Reden, und in den Reden fehlte neben dem sachlichen Ernst der Humor nicht, auch ein Beweis, daß auf russischem Boden die russischen Dinge sich anders ansehen als von jenseits der Grenzen. Herr Lomonossow wies in seiner Schlußansprache mit Recht darauf hin, daß im Auslande viele falsche Vorstellungen über die wahren Zustände in Rußland verbreitet sind und daß es Zeit ist,

mit den mehr oder weniger naiven Irrtümern aufzuräumen. Die deutschen Industriellen haben während ihres achttägigen Aufenthaltes selbstverständlich eine Gastfreundschaft erfahren, die nicht der Lebenshaltung der ganzen Bevölkerung entspricht. Eine kurze Reise ist auch nicht geeignet, Blicke in die dunkeln Ecken des russischen Problems zu werfen. Aber niemand gibt sich darüber einer Täuschung hin. Mit ihrem glatten und angenehmen Verlaufe hat die Fahrt genügend dafür gesprochen, was trotz allem in Rußland heute schon möglich ist und was bei gutem Willen auf beiden Seiten möglich sein wird. Wenn jede übertriebene Hoffnung sich von selbst ausschließt und wenn die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland mit ruhigem, geschäftlichem Sinne angefaßt werden müssen, so dürfen aber auch engherzige Voreingenommenheiten der künftigen Entwicklung nicht im Wege stehen.



II.

Die Kräfte des Alten.



Die Kirche.

Auch über die russische Kirche ist der Sturm der Revolution hinweggegangen. Er hat ihren Bau stark mitgenommen, aber die religiösen Grundlagen kaum erschüttert. Die Gläubigen kommen in Massen zum Gottesdienst, mehr als früher, versichert man. Mit geringen Ausnahmen, bei denen besondere Gründe vorlagen, ist kein Kirchengebäude seiner Bestimmung entzogen worden. Bei der offiziellen Einführung des gregorianischen Kalenders übte man auch keinen Zwang auf die Kirche aus, die ihre Feste noch immer nach dem julianischen Kalender feiert. Eine systematische Verfolgung der Kirche haben die Bolschewiken nicht betrieben. Sie wußten, daß man damit immer das Gegenteil erreicht von dem, was man beabsichtigt. Das hätte auch zu sehr im Widerspruch gestanden mit der Proklamation der Gewissensfreiheit, die sie in ihre Staatsverfassung aufgenommen haben. „Um der werktätigen Bevölkerung wirkliche Gewissensfreiheit zu sichern“, heißt es im Art. 13, „wird die Kirche vom Staat, die Schule von der Kirche getrennt und das Recht der religiösen wie auch der antireligiösen Propaganda allen Bürgern zuerkannt“. In den ersten Zeiten der Revolution haben die Bolschewiken von diesem Rechte reichlicher Gebrauch gemacht als jetzt. Die öffentlichen Versammlungen, in denen Kommunisten und Vertreter der Kirche über religiöse Fragen stritten, sind selten geworden.

Die Wirkung der antireligiösen Propaganda könnte sich übrigens erst nach Jahren zeigen. Es ist auch nicht nachge-

wiesen, daß die Verbannung des Religionsunterrichts aus den Schulen, die Beseitigung jedes Einflusses der Geistlichkeit auf die Schulen ausreichen, um das heranwachsende Geschlecht vollkommen aus der Tradition loszulösen und ins Geleise des offiziellen materialistisch gerichteten Rationalismus überzuführen. Der rege Kirchenbesuch spricht dagegen, am deutlichsten durch die Tatsache, daß an den sonntäglichen Hochämtern die Soldaten der Roten Armee in großer Zahl teilnehmen. Man kann da paradoxe Dinge erleben: Auf dem großen Platz der Erlöserkirche in Moskau sah ich an Werktagen oft eine Kompanie, die Internationale singend, um die Kirche herum Uebungen machen. Wahrscheinlich waren es die gleichen Soldaten, die Sonntags zur Messe kamen. Die antireligiöse Propaganda dürfte ihre besten Erfolge beim klassenbewußten industriellen Proletariat, aber damit auch die Grenze ihrer Wirksamkeit finden. Das wird für die Kirche nicht sehr gefährlich sein; denn das Proletariat umfaßt eine verschwindende Minderheit gegenüber den weiten Bauernmassen, die zwar ihre Popen nie besonders hochachtend behandeln, aber doch der Kirche treu bleiben. Das russische Volk hat in seinem religiösen Empfinden, auf dem die mannigfaltige Sektenbildung gedieh, eine Primitivität bewahrt, die dem Aberglauben noch viele Einsatzpunkte bietet. Eine politische und soziale Revolution allein wird niemals genügen, auf solchem Boden plötzlich einen reinen Rationalismus entstehen zu lassen. Das kann nur die langsame Tropfsteinarbeit der Jahrhunderte zustande bringen, wenn es überhaupt gelingt.

Die Bolschewiken kannten Rußland zu gut, um sich darüber Täuschungen hinzugeben. Ihre Staatsdoktrin läßt sich von dem Aussprüche Karl Marx' leiten: Religion ist Opium für das Volk. Sie vertreten auch den Gedanken, daß die Kirche im Klassenstaat ein Schutzwall für die Bourgeoisie darstelle. Darum haben

sie die Trennung vom Staate durchgeführt, darum haben sie der Kirche auch als Körperschaft die wirtschaftlichen Machtmittel, den Besitz an Grund und Boden und an beweglichem Vermögen genommen. Das fiel nun freilich schon in ihr allgemeines Expropriationsprogramm und in die Vernichtung des Rentenkapitals. Das waren empfindliche Verluste für die Kirche, jährlich etwa 40—50 Millionen Rubel Staatszuschüsse zu den Gehältern, etwa 70 Millionen Wertpapiere, die in den Banken lagen, über 2 Millionen Dessjatinen Land. In Petersburg allein besaßen die Kirchen und Klöster — wir zitieren eine bolschewistische Statistik — 266 Zinshäuser usw., in Moskau 1054 Zinshäuser und 22 Hotels. Dazu kamen die frommen Stiftungen, die beträchtliche Erträge lieferten. Dieses Vermögen hat die Kirche verloren. Als die französische Republik vor fünfzehn Jahren die Trennung von Kirche und Staat durchführte, hat sie nach ähnlichen Grundsätzen gehandelt. Die für den Gottesdienst bestimmten Gebäude wurden auch in Rußland nicht angetastet. Sie blieben der Gemeinschaft der Gläubigen überlassen. Wenn nun die Kirche als Organisation ihr Vermögen verloren hat, so hat sie nicht alle Einkünfte verloren. Man sagt, daß die freien Gaben an die Geistlichkeit heute viel reichlicher fließen als früher. Jedenfalls sind auch die dem Kultus dienenden Kostbarkeiten nicht beschlagnahmt worden. Erst jetzt erfolgt übrigens in Uebereinstimmung mit den kirchlichen Behörden eine Veräußerung der „Kirchenschätze“ zu Gunsten der Hungernden.

Die Geistlichkeit hat die Zwangsenteignung und die völlige Verweltlichung des ganzen Schulwesens selbstverständlich so wenig ruhig hingenommen wie die Bourgeoisie. Sie hat am Anfang einen heftigen Kampf gegen die bolschewistische Revolution geführt. Priester waren oft die Seele gegenrevolutionärer Bestrebungen, und sie sind ihrem Schicksal nicht entgangen. Die Verurteilung von Geistlichen wegen aufreizender

Reden ist heute seltener geworden. Die Gründe dafür mögen auf beiden Seiten zu suchen sein. Nachdem die Bolschewiken sich fest behauptet haben, hat auch die Kirche sich, nicht innerlich, wohl aber äußerlich mit den Tatsachen abgefunden. Die Belebung des religiösen Gefühls, die sich im Gefolge des Krieges und der Revolution eingestellt hat, ist kein gering einzuschätzender Vorteil für die Kirche gewesen, nicht allein, weil sie einen stärkeren Zustrom freier Gaben entfesselte. Darauf gründet sich vor allem der Gewinn als geistige Macht, den die orthodoxe Religion erlangt hat. In der russischen Kirche hat die Predigt niemals eine große Rolle gespielt. Die Geistlichkeit war in den liturgischen Aufgaben des Gottesdienstes aufgegangen. Ein guter Sänger war wertvoller als ein guter Prediger. Das hing mit der zurückgebliebenen Bildung des russischen Poptums zusammen, dem der Aufstieg in die höheren Ränge der Hierarchie auch durch die Ehe unmöglich gemacht worden war. Die höhere Bildung lag bei der „schwarzen Geistlichkeit“, bei den Klöstern, die das Personal für die leitenden Stellen lieferten. Jetzt hat die Predigt große Bedeutung gewonnen. In ihr liegt das wirksamste Mittel, nicht nur die antireligiöse Propaganda zu bekämpfen, sondern auch die Gläubigen politisch zu beeinflussen. Das muß freilich mit Vorsicht geschehen. Aber wie es scheint, greift die bolschewistische Regierung nicht jeden geringfügigen Anlaß zur strafrechtlichen Verfolgung auf. Denn auch sie weiß, daß die Drangsalierung der Geistlichkeit die Gläubigen nur fester an die Kirche fesselt. In einer Art offizieller Belehrung über das Wesen des Kommunismus steht zu lesen:

„Die gläubige Masse ist sehr empfindlich gegen jede Verletzung ihrer Gefühle, und das gewaltsame Eindringen des Atheismus in die Massen, verbunden mit Vergewaltigungen und Verhöhnungen der religiösen Gebräuche und des Kultus, beschleunigt nicht, sondern verzögert den Kampf mit der Religion.

Die Kirche gewinnt, wenn sie verfolgt wird, bei den Massen noch mehr Sympathie und ruft in ihnen den schon längst vergessenen Zusammenhang zwischen der Religion und der Verteidigung der nationalen Freiheit wach."

In einer anderen Publikation heißt es:

„Die Erfahrung der französischen Revolution und des nachfolgenden Kampfes gegen den Klerikalismus hat gezeigt, daß die Schließung der Kirchen und Verjagung der Geistlichen zu einer Zeit, in der die Massen — dank der Tradition und der politischen Unaufgeklärtheit — noch von der Ansicht beherrscht sind, sie brauchen Priester, zu keinem Ziele führt; der primitive Aberglaube und die religiöse Phantasie müssen erst — im Prozeß des revolutionären Aufbaus — ersetzt werden durch eine neue wissenschaftliche Auffassung..."

Das sind keine Erkenntnisse, die die Bolschewiken erst aus dem Kampf gewonnen haben. Die Einsicht in die Notwendigkeit, daß auf das religiöse Empfinden Rücksicht genommen werden muß, gehört zum eisernen Bestand der theoretischen Diskussion, die sich seit Jahren im Sozialismus abspielt. Sie ist in Sowjet-Rußland nicht immer und überall streng befolgt worden. Aber sie ist heute zur Richtlinie der Regierungspolitik geworden. Sie fügt sich durchaus in das System der Anpassung des Sowjet-Staates an die Wirklichkeit, die er auf dem wirtschaftlichen Gebiete so lebhaft betreibt.

Die Kirche hat ihr Vermögen verloren, aber sie hat ihre Freiheit gewonnen. Die frühere enge Verbindung mit dem zaristischen Staate hatte sie zur Dienerin gemacht. Seit Peter dem Großen, der nach dem Tode des Patriarchen Nikon das Patriarchat in Moskau nicht wieder besetzen ließ, hatte die russische Kirche kein geistliches Oberhaupt mehr. Der Synod in Petersburg mit einem Laien als Generalprokurator war die

oberste Kirchenbehörde und vollkommen in der Hand des Zaren. Die Geistlichkeit hat trotz der damit verknüpften Vorteile dieses Joch nie willig ertragen. Es war für die Metropoliten nur eine kleine Entschädigung, daß der Zar ihnen im Innern der Kathedralen die Hand küssen mußte. Der Synod ist durch die Revolution abgeschafft worden. Die Kirche hat ihm keine Träne nachgeweiht, sondern die seit Peter dem Großen beseitigte Institution des Patriarchats wieder aufgerichtet. Der Metropolit Tichon von Moskau wurde mit großer Feierlichkeit zum Patriarchen gekrönt. Die Kirche hat also aufs neue ein geistliches Oberhaupt. Wenn es vielleicht aus rein praktischen Gründen nötig erschienen war, der kirchlichen Organisation einen Mittelpunkt zu schaffen, um sie vor dem Verfall zu bewahren, so stellt die Errichtung des Patriarchats jedenfalls auch eine vollendete Tatsache dar, die selbst ein wiederkehrendes zaristisches Regime in Rußland anerkennen müßte. Man kann gewiß nicht sagen, daß die russische Orthodoxie die Wiedererlangung ihrer kirchlichen Selbständigkeit gerne mit der vollkommenen Trennung von Kirche und Staat, mit dem Verzicht auf die Staatsgehälter erkaufte habe. Aber sie hat die ohne ihren Willen herbeigeführte Lage ausgenützt, um eine verlorene Position wieder zu erobern. Sie hat also auch Gründe, die Revolution nicht nach jeder Richtung hin ungeschehen machen zu wollen. Die Bahn ist frei, auf der sie wieder eine wirkliche geistige Macht im russischen Leben werden kann. Was die neue Stellung der orthodoxen Kirche bedeutet, haben am besten die neu erwachten Bestrebungen nach einer Wiedervereinigung mit der römischen Kirche gezeigt. In Rußland selbst haben diese Bestrebungen nicht sehr viel Unterstützung gefunden. In der Tat würde es unmöglich sein, die ganze orthodoxe Geistlichkeit auch nur zu einer losen Anlehnung an den Katholizismus zu bringen. Die Einheit in Rußland ginge verloren. Die eifrigsten Förderer der Idee waren von Polen her inspiriert, das hoffte,

durch die Annäherung der Kirchen auch politischen Einfluß in Rußland zu gewinnen. Diese Hoffnung beweist jedenfalls, eine wie große Bedeutung für die Zukunft man der vom Staate freigewordenen Kirche in Rußland zuerkennt. Wie weit die Katastrophe auch eine innere Erneuerung herbeiführt, ist heute schwer abzusehen. Aber es steht fest, daß die Kirche eine geistige Macht darstellt, mit der die Bolschewiken zu rechnen haben, mit der sie auch tatsächlich rechnen, die sie sich wahrscheinlich auch versöhnen müssen.

Die Bauern.

Eine gute Bürgersfrau vertraute mir ein Geheimnis an, nicht ohne mich zu bitten, nicht zu verraten, daß sie es mir mitgeteilt habe: Die russischen Bauern hängen mit abergläubischem Vertrauen an einem Wortspiel, in dem sie ein Zeichen des Himmels erblicken. Das Wappen der Sowjets besteht aus Hammer und Sichel, auf russisch „molot“ und „serp“. Wenn man die beiden Worte von rückwärts liest und verbindet, kommt „prestolom“ heraus, das heißt: „Durch den Thron“. Ob die Bauern wirklich mit religiöser Inbrunst an solche Rätseldeuterei glauben? Vieles spricht dagegen. Sie haben die Revolution mit einem so aufs Unmittelbare und Wirkliche gerichteten Verstand mitgemacht, daß es schwer fällt, sie nun für sehnsüchtig in die Zukunft blickende Propheten einer Restauration zu halten. Was könnte ihnen ein Zar bringen? Noch mehr Land? Sie sind mit den heutigen Zuständen gewiß nicht restlos zufrieden. Das ist wohl von den führenden Geistern an bis herab zu den Arbeitern niemand in Rußland. Darum reden sie alle von der Besserung und arbeiten daran. Aber wenn ich mich schon auf etwas Symbolisches verlassen soll, dann möchte ich einem kleinen Erlebnis des Landwirtschaftsministers Ossinski mehr Sinn und Bedeutung beilegen. Er erzählt, daß er bei einer Studienreise in einem Dorfe von dem Vorsitzenden des Anbauausschusses sich den amtlichen Ansaatplan geben ließ. Der Bauer holte den Plan hinter dem Heiligenschrein hervor. Das Sowjet-Schriftstück und die Ikonen vertragen sich also sehr gut miteinander. Voraussetzen muß man dabei selbstverständlich, daß die amtlichen Schriftstücke dem materiellen Wohl des

Bauern ebenso gerecht werden wie die Heiligen seinem Seelenheil. Auch nach anderer Richtung wissen die Bauern hier recht zu unterscheiden. Es ist bekannt, daß die Dorfpopen gelegentlich eine ungnädig handgreifliche Behandlung von ihren Pfarrkindern erfahren, ohne daß diese persönlichen Auseinandersetzungen zu einem Hindernis für den Besuch des Gottesdienstes werden.

Wie stehen die Bauern zur Revolution und zur Sowjet-Macht? Nach den neuesten amtlichen Veröffentlichungen der Regierung entfallen von den 131 Millionen der Gesamtbevölkerung 110 auf das Land und 21 auf die Stadt. Arbeiter im engeren Sinne gibt es 5 Millionen. Bei einem solchen Aufbau der Gesellschaft liegt der Schwerpunkt des Gebäudes in der Bauernschaft. Ohne die Bauern geht es nicht — aber mit den Bauern allein auch nicht. Die wenigen Millionen Arbeiter, oder noch besser die halbe Million Kommunisten unter ihnen haben durch ihre straffe Organisation und feste Entschlossenheit die Herrschaft im Lande an sich gerissen und behauptet. Die unübersehbaren Massen der Bauern wirken mehr durch ihre latente Kraft im ganzen, mit der gerechnet werden muß, als durch eine scharf politisch zugeschnittene zielbewußte Regsamkeit. Nur eine ernsthafte Revolte könnte den Sowjets gefährlich werden. Da die Bolschewiken den Klassengegensatz auch in die ländlichen Massen hineingetragen haben durch die Revolutionierung der „Dorfarmen“ und der Kleinbauern gegen den Großbauer, den „Kulaken“, so ist eine einheitliche Masse nicht vorhanden.

Die Möglichkeit eines Bauernkriegs ist aber eine reine Frage der Agrarpolitik der Regierung. Gelingt es ihr, die Landwirtschaft wieder auf die Höhe zu bringen, dann wird sie mit den Bauern auskommen können. Es ist also ganz so wie unterm alten Regime, mit dem einen Unterschied vielleicht, daß früher die Reformen in einer feudalen Gesellschaftsordnung auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stießen, während sie heute weit mehr in der Richtung der allgemeinen Staatsauffassungen

liegen. Die Vorstellung, daß die Revolution allen Grund und Boden „verstaatlicht“ hätte, ist zwar weit verbreitet im Ausland, aber falsch. Im Grunde stellt die Agrarpolitik der Regierung nur eine logische Fortsetzung der seit einem halben Jahrhundert im Gange befindlichen Bauernbefreiung dar. Die Bauern selbst haben mit der revolutionären Aneignung eines großen Teiles des Großgrundbesitzes tüchtig aus eigener Initiative mitgeholfen. Sie sind bei dieser Operation sogar blindwütig vorgegangen, haben Gebäude und Anlagen zerstört und mit der ungeordneten Verteilung auch die Wirtschaftlichkeit des Ackerbaus schwer geschädigt. Nur müssen hier auch die Quantitäten berücksichtigt werden. Vor dem Krieg war nur ungefähr ein Viertel des Landes noch in der Hand des Großbesitzes. Davon ist durch gewaltsame Aneignung wiederum nur ein Viertel an die Bauern übergegangen. Den Rest hat der Staat behalten und bewirtschaftet ihn zu besonderen Zwecken. Die gewaltsame Umwälzung ist also gar nicht so umfangreich, sie erstreckt sich auch nicht gleichmäßig über das ganze Reich. Man kann ruhig sagen, daß im ganzen und großen an dem Zustand des russischen Ackerbaus grundsätzlich kaum etwas geändert wurde, was nicht durch die ältere Agrarpolitik angebahnt gewesen wäre. Wir befinden uns immer noch einer gewaltigen Masse von Bauern gegenüber, die an primitive Betriebsformen und an gewisse Systeme des Gemeinbesitzes mit allen praktischen Wirkungen gewöhnt sind. Die Idee der Sozialisierung, die durch die Sowjet-Verfassung und durch spätere Dekrete ausgesprochen wurde, fiel also keineswegs überall in einen hart gefrorenen Sinn für ausschließliches Sonderrecht auf Grund und Boden. Das konnte nur für die westlichen Gouvernements in Frage kommen, wo längst bäuerliches Privateigentum besteht. Aber auch hier braucht man nicht auf der ganzen Linie mit einem hartnäckigen Widerstand gegen die „Sozialisierung“ zu rechnen. Denn es wird nirgends ausgesprochen, daß der Staat im kapitalistischen Sinne Eigentümer sei. Man spricht nur von der

Gemeinschaft der Dorf- oder Großdorfgemeinde, die innerhalb ihrer Grenzen die Form der Bodengemeinschaft oder der Bodennutznießung bestimmt. Leiden werden unter diesen Umständen genau genommen nur die Großbauern, und da die Gemeinde durch ihre mit Stimmenmehrheit beschließenden Spruchorgane entscheidet, so werden die kleinen und mittleren Bauern zu starkem Einfluß gelangen. Im übrigen wird an dem bestehenden Gewohnheitsrecht im Erbgang und Besitzwechsel, das vielfach der Gemeinde ein Genehmigungsrecht zuerkennt, durch die Sozialisierung nichts geändert.

Die Agrarpolitik der Regierung erscheint durchaus nicht als ein starres Prinzip, das aus der Vogelschau des Marxismus heraus die Verhältnisse gewaltsam in einen neuen Rahmen zwingen soll. Diese Politik ist, wie wir schon sagten, nur eine gradlinige Fortsetzung der großen seit einem halben Jahrhundert eingeleiteten Agrarreform mit beschleunigtem Tempo. Denn der Widerstand der feudalen Elemente, die früher alle gutgemeinten Absichten der Zaren praktisch sabotierten, fällt heute weg. Sie paßt sich der Mannigfaltigkeit des russischen Ackerbaus an und findet für jede Form die entsprechenden Mittel und Wege der Umbildung. Bei Beurteilung des Ganzen muß man sich also darüber klar sein, daß die Rolle der Regierung nicht darin besteht, den Bauern etwas aufzuzwingen, was ihnen mißfällt. Sie besteht vielmehr darin, den vom alten Druck gelösten Drang der Bauern nach größerer Freiheit in der Bewirtschaftung zu regulieren. Ein Rückblick auf die Geschichte der neueren russischen Agrarreform zeigt mit aller Deutlichkeit den inneren Zusammenhang der tatsächlichen Entwicklung. Wir können hier nur auf die paar großen Marksteine hinweisen. Im Jahre 1861 wurde die Leibeigenschaft aufgehoben. Jede Gemeinde erhielt damals vom Gutsherrn so viel Land, als für die befreiten Bauern notwendig war. Da das Gesetz jedoch bis zu einem bestimmten Grade das „Einverständnis“ des Gutsherrn einführte, so ging die Ablösung nur mit großen Schwierig-

keiten vor sich. Jene Reform erstreckte sich auf 126 Millionen Hektar sogenanntes „Nadjelland“, das heißt das nach „Seelen“ im Turnus der Feldgemeinschaft vergebene Land (in siebenundvierzig Gouvernements). Von diesem Land waren bis 1905 nur 18 Prozent in Sonderbesitz übergegangen, 82 Prozent in Gemeindebesitz. Im Jahre 1882 wurde die Bauernbank gegründet. Von ihren Rechten machten die Bauern nicht immer den richtigen Gebrauch. Die Neuverteilung konnte jederzeit durch Mehrheitsbeschluß der Gemeinde bestimmt werden. Das führte zu Uebereilungen, die sich mit der rationellen Bodenbewirtschaftung nicht vertrugen. Darum wurde 1893 durch Gesetz der Turnus der Verteilung auf zwölf Jahre festgelegt.

Alle diese Maßnahmen führten nicht zu befriedigenden Zuständen. Unter den Nachwirkungen der ersten russischen Revolution nach dem unglücklichen japanischen Krieg kam ein neuer Stoß in die Reformbewegung. Ein kaiserlicher Ukas von 1906 gab den Bauern das Recht, aus der Feldgemeinschaft auszutreten und sich in den ihnen zugemessenen Landbeständen individualwirtschaftlich einzurichten. Das Gesetz von 1910 regelte diese Neuordnung im einzelnen. Bis 1911 hatten 1 530 620 Bauern diese Loslösung aus der Gemeinschaft beantragt, aber nur 17 Prozent (in vierzig Gouvernements) haben sie tatsächlich erhalten. Die Träger dieser Bewegung waren zuerst hauptsächlich die nach den Städten abgewanderten Arbeiter, die als „Seelen“ noch Rechte in der Gemeinschaft des „Mir“ besaßen. Sie machten diese Rechte geltend, um sie an die Bauern zu verkaufen. Im Jahre 1906 hatte der Zar ferner einen großen Teil der Domänen, das sogenannte „Apanageland“, der Agrarbank zum Verkauf an die Bauern zur Verfügung gestellt, im ganzen 6 Millionen Dessjatinen. Aber auch damit war die Frage des Großgrundbesitzes noch nicht genügend gelöst. Darum rückte Kutler, ein hoher Beamter der zaristischen Regierung, damals mit seinem großartigen Projekt zur Zwangsenteignung des Großbesitzes heraus, das allerdings niemals Gesetz geworden ist.

Hier hat nun die Revolution die Stoßgewalt des „Landhungers“ der Bauern entfesselt und noch vor der Herrschaft der Bolschewiken zum Einbruch in die Umfriedungen des Großbesitzes hingelenkt. Die gesetzliche Sozialisierung hatte im Verein mit dem Niedergang der Industrie während des Krieges zu einer neuen Rückwanderung von Arbeitern aus den Städten geführt. Wir erwähnten oben schon, daß es sich dabei keineswegs um überwältigende Flächengrößen handelte. Je nach den örtlichen Besitz- und Wirtschaftsverhältnissen eigneten sich die Bauern das Land der Grundherren als Privateigentum oder als Zuwachs zum Gemeinbesitz der Gemeinden an. Das gab ein neues Durcheinander, das die Sowjet-Regierung nunmehr in Ordnung zu bringen sich bemüht. Es waren auch aus dem eroberten Land „Kollektivwirtschaften“ mit Räteorganisation gebildet worden. Soweit Feldgemeinschaft bestand, trat wieder die Lust zu raschen Neuverteilungen auf, die der Wirtschaftlichkeit des Ackerbaus entgegenwirken. Daher erging ein neues Dekret, das Neuverteilung auf eine Dauer von neun Jahren verbietet. Die Sowjet-Regierung erblickt nun eine wichtige Aufgabe darin, sowohl die Verteilung wie die Bewirtschaftung des Bodens in geordnete Verhältnisse zu bringen. In der Verteilung strebt man danach, immer durch die Verwaltungsorgane des Gemeinbesitzes den „Mittelbauer“ zu begünstigen. Der „Mittelbauer“ ist „die für den Konsum berechnete Arbeitswirtschaft“. Wir kommen auch hier wieder zu uralten Gedanken der russischen Bauerngeschichte, die Betriebsgröße nach dem Familienstande, das heißt den vorhandenen Arbeitskräften, zu bemessen. Eine fürs ganze Gebiet geltende Einheit der Arbeitswirtschaft läßt sich bei der Verschiedenheit der Bodenkultur selbstverständlich nicht aufstellen. Es wird nun kein kleines Unternehmen sein, die Verteilung nach diesem Grundsatz zu ordnen, sowohl da, wo Sonderbesitz herrscht, wie da, wo Sonderbesitz mit Anteilen Gemeinbesitz verbunden ist, oder wo noch der reine Gemeinbesitz herrscht. Es kommt dabei nicht allein auf die Bemessung

der Anteilsgröße an, sondern vor allem auch auf die zweckentsprechende Zuteilung der Ländereien durch Verkoppelungen und Flurbereinigungen. Dafür ist in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege bereits eine Reihe von Richtlinien aufgestellt worden. Die Ausführung erfordert vor allem einen umfassenden Stab von Feldmessern, und die Sowjet-Regierung steht gegenwärtig im Begriff, durch eine Notausbildung von jungen Bauern sich dieses Feldmesserkorps zu verschaffen.

Auflösung des Großbesitzes, Ueberführung an die Bauernbevölkerung, das war die Tendenz der russischen Agrarpolitik seit der liberalen Regierung Alexanders II. Die Revolution der Bolschewiken hat die Linie weitergeführt. Wie sich die Größenverhältnisse der Einzelbetriebe verändert haben, zeigt folgende Statistik aus vierundzwanzig Gouvernements des europäischen Rußland. Es waren

Betriebe	1917	1919
ohne Saatfläche	11.4 Proz.	6.5 Proz.
bis zu 1 Dessjatine Saatfläche .	10.7 „	18.8 „
bis zu 4 „ „ .	48.5 „	55.2 „
von 4 bis 8 „ „ .	21.6 „	16.4 „
von 8 bis 22 „ „ .	7.7 „	3.1 „
über 22 „ „ .	0.2 „	— „

Vermehrt haben sich also die Betriebe von 1 bis 4 Dessjatinen, während die kleinsten und größeren Wirtschaftseinheiten zurückgegangen sind.

Wie oben schon erwähnt, ist ein Teil des Großbesitzes in den Händen des Staates verblieben. Er soll auch nicht aufgegeben, sondern vom Staate bewirtschaftet werden. Man will aus diesen Sowjet-Gütern keine Musterwirtschaften, sondern Hilfsorgane für die Bauern schaffen. Sie sollen vor allem Saatkorn und Gemüsesämereien bauen, die zum Absatz an die Bauern bestimmt sind. Die Sowjet-Güter erfüllen damit nur die

Rolle, die der Großbesitz zum Teil auch früher erfüllte, die Erzeugung von Saatgut für die Bauernwirtschaften, die an Getreide nur den eigenen Verbrauch erzeugen.

Das große wirtschaftliche und politische Problem der Bauernrepublik beschränkt sich indessen nicht auf die Verteilungs- und Bewirtschaftungsfragen. Es gilt heute, nach dem Nächsten zu sehen, der Ueberwindung der ungeheuren Krise in der Landwirtschaft, die sich als Folge des Krieges und der Revolution, auch der Mißernten eingestellt hat. Der Krieg hatte mit der Mobilisation der Bauern schon die Anbaufläche und die Erträgnisse stark zurückgebracht. Die staatliche Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel verstärkte diese Entwicklung, der Bürgerkrieg beschleunigte sie zu höchster Geschwindigkeit. Der russischen Landwirtschaft fehlen heute noch die Millionen der Gefallenen. Die Anbaufläche ist ungefähr auf die Hälfte der Vorkriegszeit zurückgegangen, im Durchschnitt für das ganze Land. Aber nach allen amtlichen Angaben ist bereits wieder eine Aufwärtsbewegung eingetreten, die in einzelnen Gouvernements sehr merkbar ist. Die Bauern werden mit allen Mitteln zur Ansaat möglichst großer Flächen angehalten. In jeder Gemeinde besteht ein Ausschuß, der im Verein mit höheren technischen Instanzen einen Anbauplan für das Jahr festlegt.

Noch schlimmer als mit der Ackerbewirtschaftung steht es mit der Viehzucht. Der Viehbestand ist unter den Wirren des Krieges und Bürgerkrieges so zurückgegangen, daß es Jahre dauern wird, bis er wieder auf die Höhe gebracht werden kann. Die große Dürre der letzten Jahre scheint nach den Annahmen der russischen Meteorologen leider zu einer längeren Trockenheitsperiode zu gehören, die sich über ganz Europa erstreckt. Es ist also nicht zu erwarten, mindestens nicht fest damit zu rechnen, daß plötzlich eine überraschend gute Ernte die Schäden ausgleiche. Das Wahrscheinliche ist eine langsame Besserung, zu der alle Faktoren, die Bodenverteilung, die rationellere Bewirtschaftung, die staatliche Unterstützung mit

Saatgut usw. beitragen müssen. Die Wiedereinführung des Genossenschaftswesens aller Art kommt ebenfalls in Betracht. In dieser Beziehung besitzt auch die Steuerpolitik der Sowjets eine sehr große Bedeutung. Wir setzen in dem Kapitel über die „neue Wirtschaftspolitik“ eingehend auseinander, daß der Uebergang von der Zwangsablieferung aller Ueberschüsse über den eigenen Verbrauch zur zehnprozentigen Naturalabgabe noch nicht genügt, um die Bauern zufriedenzustellen. Es genügt um so weniger, als die Erhebung der Naturalsteuer durch die unteren Organe keineswegs überall in vorschriftsmäßiger Weise durchgeführt wird. Der Bauer wird seine Höchstleistung erst erreichen, wenn ihm der Ertrag seiner Arbeit sichergestellt ist. Das kann nur durch den freien Verkauf seiner Produktion erreicht werden. Man wird also — die Stimmen mehren sich schon — zur reinen Geldsteuer übergehen und auch diese den kritischen Zuständen in der Bodenkultur und Viehzucht anpassen müssen. Wir kommen also zu dem Schluß, den wir am Anfang schon andeuteten: das Verhältnis der Bauern zum neuen Rußland wird von der Agrarpolitik der Regierung abhängen, genau wie es in der russischen Geschichte immer gewesen ist. Nur ein Unterschied besteht, wenigstens nach dem, was hier erzählt wird: der Bauer ist sich heute seiner Machtstellung bewußt. Er wird nicht mehr so geduldig sein wie früher, er wird fordern. Der Bauer aber wird sich an sein uraltes Sprichwort erinnern: „Hilft dir der Heilige, so bete ihn an, hilft er dir nicht, so stelle ihn unter den Topf.“ Das hat die Sowjet-Regierung voll begriffen. Lenin betont es in jeder Rede aufs eindringlichste, daß der Kampf um das Bauerntum der Kampf um die Existenz des proletarischen Rußland ist und sein muß.

Die „Intelligenz“.

„Wann werden sie uns holen?“ Das war eine der ersten Aeüßerungen, die ich von einem Vertreter der „Intelligenz“, einem Professor, hörte. Das bedeutete so viel wie eine gewisse Enttäuschung darüber, daß die Regierung noch immer keine Anstalten machte, die Gebildeten zur leitenden Arbeit heranzuziehen. Wenige Tage darauf sagte mir ein Sowjetmann, mit dem ich das gleiche Thema besprach: „Wann werden sie kommen? Sie hätten vieles verhüten und vieles bessern können, was wir mit improvisierten Beamten machen mußten.“ Damit möchte ich keineswegs den Anschein erwecken, als ob die Leute der bolschewistischen Revolution und die Kreise der Gebildeten sich jetzt wie feindliche Brüder suchten und nicht finden könnten. Jedenfalls darf auf der Seite der Gebildeten der Fall nicht verallgemeinert werden. Aber im Grunde kennzeichnen die erwähnten Aeüßerungen die Lage sehr treffend. Es fragt sich nur, um welchen Preis die Annäherung zu haben sein wird, die notwendig ist, nicht um die proletarische Staatsmacht zu stützen, sondern um Rußland geistig wieder aufzubauen.

Der Bruch der „Intelligenz“ mit den Bolschewiken war ein Verhängnis für die weitere Entwicklung. Er beruhte auf Gegensätzen in der Weltanschauung, aber er resultierte unmittelbar auch aus einer falschen Einschätzung der Tragweite der Oktoberrevolution von 1917. Wie lange wird es dauern, drei Wochen, höchstens einige Monate, sagten sich Beamte und Bourgeoisie. Und sie glaubten, durch Streik oder durch Sabotage

in ihrem Dienste die Sowjetregierung zur Kapitulation zwingen zu können. Das war ein gewaltiger Irrtum. Die Sowjetleute haben sich behauptet, haben unter den ungeheuerlichsten Schwierigkeiten des Bürgerkriegs ihre Macht befestigt, und jetzt, nach vier Jahren, stehen sie im Begriff, von der Welt die völkerrechtliche Anerkennung zu erlangen. Die Intelligenz, um bei diesem beliebten Worte der Russen zu bleiben, sieht sich ver-raten, verlassen. Sie verbeißt ihren Groll nicht. Sie ist unzu-frieden mit der Diktatur des Proletariats, sie hofft im stillen auf eine Erlösung, aber sie ist, abgesehen von einzelnen miß-glückten Verschwörungen, zunächst auch in ihr Schicksal er-geben, weil sie nicht weiß, wie der Tyrann zu stürzen wäre. Mit dieser Resignation ist das große Problem indessen nicht gelöst, sondern erst recht gestellt. Der Bruch zwischen Bildung und Revolution ist da. Er ist eine Gefahr für die Bildung und für die Revolution, die nicht ewig aus dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens allein die innere Kraft zur Dauer schöpfen kann. Zwischen Bildung und Sowjetmacht steht die Erinnerung an den Terror, mit dem die Regierung sich schützte, steht auch heute noch das ganze politische System, das auf einer Bevor-zugung der proletarischen Massen und deren ausschließlicher Herrschaft ruht.

Die Bolschewiken treiben wie die ganze moderne Arbeiter-bewegung mit der Wissenschaft einen wahren Kultus. Vielleicht denken sie dabei zu sehr an die exakten und technischen Wissenschaften, von denen sie den Fortschritt der materiellen Kultur erwarten. Aber es liegt eine paradoxe Tragik in ihrem Beginnen: sie predigen die Förderung der Wissenschaft mit allen Staatsmitteln, aber sie lassen ihr nicht jene Freiheit, die ihr Lebensatem sein muß. Die zaristische Zensur war wahrscheinlich in den letzten Jahren etwas leichter als die bolschewistische, die jetzt noch in jedem Satze eine Gefahr für den Staat wittert. Selbstverständlich können ein Mediziner und

ein Physiker unbehelligt arbeiten. Nur der Mangel an Hilfsmitteln, dem die Sowjets bis jetzt noch nicht abzuhelpen vermochten, beschränkt sie. Aber die Persönlichkeiten leiden unter dem Abschluß von der übrigen Welt und dem geistigen Druck des politischen Regimes, mit dem sie sich innerlich nicht befreunden können. Es fehlt die Atmosphäre, in der alle Kräfte aufblühen, und darum fehlt auch die volle Hingabe, die allein schöpferisch wirkt. Wir wollen den Gelehrten und Beamten, die sich zum Sozialismus und Kommunismus bekennen, nicht die ideale Gesinnung abstreiten. Wir wollen auch jenen, die heute in Rußland in ihren Aemtern verblieben sind, nicht einen glatten Opportunismus zum Vorwurfe machen. Im Gegenteil: es war richtig, daß sie die Posten nicht verließen, an denen sie mithelfen konnten, den völligen Zusammenbruch des staatlichen Organismus zu vermeiden. Aber es ist nun doch so, daß das herrschende politische Regime und die geistige Freiheit sich heute noch gegenseitig ausschließen. Die Bolschewiken begründen ihre Diktatur mit den Notwendigkeiten des Selbstschutzes, der Sicherung ihres staatlichen Systems. Aber solche Gründe werden nicht immer geltend gemacht werden können. Eines Tages wird die Sowjet-Macht vor dem großen Probleme stehen, wie sie sich mit der unumgänglichen Forderung nach geistiger Freiheit auseinandersetzen will. Denn die geistige Freiheit ist auch politische Freiheit. Und es ist nicht anzunehmen, daß das russische Volk, das sich ein Jahrhundert lang gegen den autokratischen Zarismus in zäher Ausdauer gewehrt hat, nun den Autokratismus einer Minderheitspartei hinnehme. Hier werden die Bolschewiken zeigen müssen, ob sie Staatsmänner sind. Auf wirtschaftlichem Gebiete haben sie nicht gezögert, in eine Evolution einzutreten, die sie zunächst von dem kommunistischen Endziele abbringt, aber in der Gegenwart stärkt. Werden sie es auch auf dem geistigen Gebiete versuchen und vermögen?

Die Stellung der „Intelligenz“ zur proletarischen Revolution war nicht durch rein politische Motive bestimmt. Man konnte sich zuerst vorstellen, daß die Umsturzwellen die ganze bürgerliche Welt zu verschlingen drohte. Die Gebildeten wurden daher der Resonanzboden eines inneren Widerstandes gegen die „Proletarisierung der Kultur“, die am Anfang mit allem Ueberschwang betrieben wurde. Nicht daß die Bolschewiken alles verneinen, was die alte bürgerliche Kultur erzeugt hatte. Ihre Sorge für die Museen, die alle tadellos dastehen, beweist genügend, wie sehr sie daran festhalten. Der Volkskommissar für das Bildungswesen, Lunartscharski, hat oft genug im Kampfe mit den Eiferern im eigenen Lager auf die unlöslichen Zusammenhänge der Entwicklung hingewiesen:

„Es gibt Leute, die glauben, daß jede Verbreitung der „alten“ Wissenschaft und der „alten“ Kunst ein Kompromiß mit dem bürgerlichen Geschmack, ein verfluchtes Schleppenträgertum, eine Vergiftung des jungen sozialistischen Organismus mit dem Blute des verwesenden alten Zeugs bedeutet. Es gibt zum Glück nicht viele Vertreter dieser falschen Ansicht; der Schaden aber, den sie anrichten, könnte sehr groß werden. Bemerkenswert ist, daß manche Anhänger der proletarischen Kultur, deren Stärke nicht gerade der Verstand ist, zusammen mit den Futuristen die völlige, fast physische Vernichtung der alten Kultur für wünschenswert erklären und dem Proletariat empfehlen, sich auf die wenig überzeugenden Versuche zu beschränken, die ihnen selbst auf dem Gebiete der Kunst genügen. Nein, ich wiederhole es zum tausendsten Male: das Proletariat muß die volle Ausrüstung der allgemeinen menschlichen Bildung anlegen, es ist eine historische Klasse. Sie muß ihren Weg vorwärts im Zusammenhang mit der ganzen Vergangenheit machen. Die Wissenschaft und die Kunst unter dem Vorwande ihrer Bürgerlichkeit abzulehnen, ist ebenso wider-

sinnig, wie die Fabrikmaschinen und die Eisenbahnen aus diesem Grunde abzulehnen.“

Das sind die Ideen des Leiters, der auf der anderen Seite die Bemühungen zur Schaffung einer proletarischen Kultur wohl zuläßt und fördert. Er sagt weiter:

„Der „Proletkult“ darf auf keinen Fall die ersten Sprößlinge der proletarischen Kunst und des proletarischen Gedankens (abgesehen von den Ergebnissen des wissenschaftlichen Sozialismus) für fertige Werte halten, durch die man die Kulturwerte der vorhergegangenen Epochen ersetzen kann; es unterliegt auch nicht seiner Pflicht, mit Hilfe seiner Organe das „gesamte menschliche Wissen“ zu übermitteln. Im ersten Falle würde er eine Arroganz zeigen, die lieber den Futuristen überlassen bleiben soll; im zweiten Falle würde er in eine Arbeit eingreifen, die das Proletariat mit seiner anderen Hand vernichtet, in die allgemeine staatliche Arbeit.

Der Proletkult muß aber seine ganze Aufmerksamkeit der Studienarbeit widmen, der Aufspürung und Unterstützung ursprünglicher Talente aus dem Proletariat, der Schaffung von Zirkeln von Schriftstellern, Malern und jungen Gelehrten, der Schaffung verschiedenartigster Arbeitsgemeinschaften und lebendiger Organisationen auf allen Gebieten der materiellen und geistigen Kultur. Dabei bleibt die hauptsächlichste Aufgabe, freie, freiheitliche, nicht erzwungene und erdachte Keime, die in der proletarischen Seele verborgen sind, zur Entwicklung zu bringen.“

Dieses ideelle Programm der Bolschewiken kann jeder Bürgerliche unterschreiben. In der Praxis kommt es leider zu Reibungen, die verderblich wirken, zu Personenfragen, die alles aufheben, was theoretisch richtig gedacht ist. Die Zensur, die geübt wird, liegt in Händen von Zensoren, die nicht von engherzigen politischen Bedenken frei sind. Die Tatsache der bestehenden Zensur und der nicht existierenden Pressefreiheit


genügt allein, um auf das geistige Leben eine erdrückende Last zu legen. In der Universität ist eine Spaltung eingetreten. Die Lehrer, die auf dem Katheder blieben, werden etwas schief angesehen, von den Antibolschewiken sowohl, die sie boykottieren, wie von den Bolschewiken, die ihnen kein rechtes Vertrauen entgegenbringen. Auch die Studentenschaft beteiligt sich an der Spaltung und tritt mit ihren Machtmitteln auf, die sich freilich gegen die vom Staat begünstigte Richtung schwer anwenden lassen. Das sind Erscheinungen, die nicht auf Rußland beschränkt sind. Sie tauchen überall im Gefolge grundlegender politischer Wandlungen auf. Es dauert auch in der Regel lange Jahre, nicht bis der Kampf entschieden ist, sondern bis ein *modus vivendi* gefunden ist, der den Wissenschaftsbetrieben selbst die größten Hemmungen erspart. In Rußland kommt etwas Erschwerendes hinzu. Wir gelangen hier praktisch zu dem Probleme, das theoretisch dem „wissenschaftlichen Sozialismus“ längst gestellt ist. Dieser wissenschaftliche Sozialismus kommt von seinen politischen Postulaten nicht los, auch wenn er sich nicht in Dogmen festrennt. Die russische Regierung macht sich zum staatlichen Propagandisten für den philosophischen Materialismus, und sie gebraucht ihre Macht, um ihn auf die Lehrstühle zu bringen und andere Richtungen nicht zu Wort kommen zu lassen. Sie kann das nur fortsetzen um den Preis einer geistigen Isolierung. Denn sie wird niemals imstande sein, die Ideenentwicklung der ganzen Welt zu lenken, und sie wird nicht einmal imstande sein, die fremden Einflüsse von der russischen Geistesbewegung fernzuhalten oder nur zuzulassen, soweit sie in ihre eigenen Bahnen einmünden.

Die Geschichte der „Intelligenz“ unter der „Diktatur des Proletariats“ ist nur die Fortsetzung der Leiden, die sie unter dem Zaren und der alten Bürokratie in allen Folterarten ausgekostet hat. Es ist eine Fortsetzung mit umgekehrtem Vorzeichen, wenn man so sagen darf. Und wenn man sich vor-

stellen will, daß die proletarische Diktatur in ihrer heutigen Form eine lange Dauer habe, dann muß man sich auch vorstellen, daß aller Geist der leidenden und frondierenden „Intelligenz“ sich wie unter dem Zarismus in die Literatur flüchte. Die ganze russische Literatur der Vergangenheit ist ein Ausdruck der Qualen eines Volkes, das sich nicht mit frischer Entschlossenheit selbst zu befreien vermochte von einem ewig lastenden Druck geistiger Bevormundung und materieller Not. Die literarische Arbeit eines langen Jahrhunderts war notwendig, um das Volk zum Bewußtsein seiner Lage zu bringen. Aber in dem Grade, als es sich dieser Lage bewußt wurde, erlahmte wiederum alle Energie vor der ungeheuerlichen Größe der Aufgabe, vor der Unermeßlichkeit der Anstrengung, die notwendig schien, um den Kampf um die Freiheit zu beginnen und zu Ende zu führen. Diese Schwäche des Unternehmungsgeistes bei den Unterdrückten ist ein tiefer Zug des russischen Charakters. Die Russen als Masse sind groß im Dulden. Darauf beruhte die Macht des Zarismus, darauf beruht zum guten Teil auch die Diktatur des Proletariats, und die historische Rolle der „Intelligenz“ bleibt unter veränderten Umständen die gleiche.

Wir haben hier die Stellung der „Intelligenz“ zu der bolschewistischen Revolution nach ihrer geistigen Seite hin beleuchtet. Sie hängt selbstverständlich auch mit den materiellen Dingen zusammen. Die gleiche Bewertung geistiger und körperlicher Arbeit ist schon aufgegeben. Der Arbeitszwang hat praktisch seine Bedeutung verloren, seitdem wieder eine gewisse wirtschaftliche Freiheit eingeführt ist. Aber es ist unendlich viel zu tun, um die russische Wissenschaft wieder auf den Boden ausreichender materieller Existenzbedingungen zu stellen. Wer sich in die Umwälzung fügte, hatte vom Mangel an Lebensmitteln nur zu leiden wie die anderen Bevölkerungsteile. Man hat es aber immer möglich gemacht, den Leuten der Wissen-

schaft, die mehrere Lehrämter bekleideten, auch mehrere „Anteile“ zuzuweisen. Schlimm erging es jenen, die zur Seite standen und ganz auf ihre privaten Mittel angewiesen waren. Aber auch im Lehrbetrieb selbst fehlt heute noch fast alles, was notwendig ist. Aus naheliegenden Gründen hat die revolutionäre Regierung die medizinische Wissenschaft stets begünstigt. Aber die Kliniken zerfallen, die Bücher und Zeitschriften fehlen wie die Instrumente und Apparate. Bis jetzt hat die Regierung die Kriegsnotwendigkeiten, die Blockade Rußlands dafür verantwortlich gemacht, nicht ganz mit Unrecht. Aber der Wiedereintritt in die Völkerrechtsgemeinschaft und in die Weltwirtschaft wird diese Begründungen entwerten. Die Sowjets werden dann vor die Entscheidung gestellt sein, der sie nicht ausweichen können, wenn sie den Anspruch erheben, ein großes Land und ein begabtes Volk dauernd regieren zu wollen.



III.

Die Wirtschaft.

Die russische Wirtschaft und das Ausland.

Rußland stellt in erster Linie ein wirtschaftliches Problem dar. Was es an rein politischen Aufgaben zu lösen hat — ein ungeheurer Komplex nach innen und nach außen —, hängt selbstverständlich aufs engste mit dem Wirtschaftsleben zusammen. Im kommunistischen Staatsgedanken, der heute herrscht, ohne sich völlig durchzusetzen, liegen grundsätzliche Hindernisse, die sich der reinen praktischen Zweckmäßigkeit im Werke des Wiederaufbaus entgegenstemmen. Aber man kann Rußland nicht mit den Augen der Spekulanten betrachten, die alte Zarenrubel kaufen in der Hoffnung, daß die Bolschewisten bald verjagt werden. Man muß es nehmen, wie es ist, und man muß dabei die ganze Unsicherheit der politischen Zukunft entsprechend in Rechnung stellen. Wenn die Herrschaft der Bolschewisten eine Tatsache ist, dann ist es auch eine hundertprozentige Wahrscheinlichkeit, daß ihr Sturz das Land der einzig festen Organisation — bei allen ihren Nachteilen — berauben und eine völlige Anarchie heraufbeschwören würde. Für den Wiederaufbau wären dann vielleicht noch mächtigere Schwierigkeiten zu überwinden als die Theorie des Kommunismus und die „Diktatur des Proletariats“. Es ist ferner eine wichtige Tatsache, daß die Machthaber die Parole ausgeben, ihr theoretisches Ziel, das sie nicht auf den ersten Anlauf erreichten, nunmehr auf dem Umweg über die praktischen Notwendigkeiten

verwirklichen zu wollen. Es kommt dabei zuerst darauf an, was sie tatsächlich tun und zu tun vermögen, was sie an aufbauender Energie und zweckmäßigen Maßnahmen aufbringen. Auf der anderen Seite darf man keinen Augenblick vergessen, daß irgendein anderes politisches Regime die Lösung der wirtschaftlichen Fragen vielfach nicht anders anfassen könnte als die heutigen Herren. Aus der eigenen Natur der wirtschaftlichen Probleme ergeben sich Richtlinien, die unter allen Umständen gelten und die Grundgedanken einer gewissen Zwangs- und Planwirtschaft kaum umgehen können. So wenig wie die westlichen Länder aus der Wirtschaftskrisis des Krieges sofort zur alten völligen Freiheit zurückkehren konnten, so wenig kann es Rußland.

Das erste, was Rußland für den Wiederaufbau braucht, ist innerer und äußerer Friede. Die russische Wirtschaft ist auf einem Tiefstande angelangt, unter den sie nicht mehr heruntergehen kann, auf dem sie nicht einmal lange verharren darf, wenn die Elastizität für den Aufschwung nicht verloren werden soll. Der tiefste Punkt der Niedergangskurve lag zweifellos in den Jahren 1919 und 1920, den Jahren des akuten und noch nicht völlig außer Sicht gekommenen Bürgerkriegs. Das laufende Jahr hat trotz der Hungersnot leichte Besserungen gebracht. Aber im ganzen bleibt das Problem noch so, daß fast auf allen Gebieten sozusagen von vorn angefangen werden muß. Der alte wirtschaftliche Organismus existiert nicht mehr oder nur noch bruchstückhaft. Es handelt sich natürlich nicht darum, die Vorstellung zu erwecken, in Rußland seien heute alle Fabriken niedergelegt und müßten von Grund aus neu gebaut werden. Sie sind mehr oder weniger gut erhalten, viele stehen sogar in einem mehr oder weniger regen Betriebe, ohne daß die Produktion den schönen Reglements entspräche. Ihre Einrichtung ist aber meistens mangelhaft, beinahe bis zur Unbrauchbarkeit abgenutzt. Die Eisenbahnen haben keine ausreichenden

Lokomotiven und Wagen. Die Sowjet-Regierung hat darüber Statistiken veröffentlicht, die in ihren erschreckenden Ziffern kaum geschminkt sind. Wenn sie es sind, dann war es verlorene Liebesmüh. Das ganze Volk endlich will gekleidet sein, will seine Wohnungen wieder mit Fensterscheiben und Vorhängen versehen, braucht Hausratsartikel, die Landwirtschaft fordert Pflüge und Hacken, der Handwerker Handwerkszeug, die Wissenschaft Bücher. Die große Reparaturwerkstätte, die, bildlich gesprochen, hier eingerichtet werden muß, kann kaum mit russischen Arbeitern allein bestehen. Die langen Jahre der Notlage haben die Qualität der Arbeitsleistung herabgedrückt. Die feineren Hausindustrien zum Beispiel haben ihre besten Arbeiter verloren. Die Aufrechterhaltung einer starken Armee, die außenpolitisch notwendig sein mag, entzieht der Wirtschaft jedenfalls eine große Masse wichtiger Arbeitskräfte, wenn das für den Augenblick auch nicht sehr ins Gewicht fallen mag. Denn die gesamte Produktion ist aus anderen Gründen gar nicht in der Lage, mit vollen Antrieben zu arbeiten.

Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß die Mitwirkung des Auslandes leicht durchzuführen sei. Die materiellen und bis zu einem gewissen Grade die politischen Voraussetzungen sind zu schaffen. Das fremde Kapital, das fremde Produkt, die fremde Arbeit sind nicht umsonst zu haben. Rußland muß Gegenwerte liefern. Es ist ein reiches Land, das seine Schätze vergraben hat und sie nicht allein zu heben vermag. Das Ausland muß mithelfen an der Ausgrabung, aber es muß auch das Vertrauen gewinnen können, daß es für seine Mühen Lohn findet. Der Grad der allgemeinen Rechtssicherheit, der heute vorhanden ist, genügt kaum, und wenn er als genügend betrachtet werden soll, dann bedarf es besonderer Garantien für jede Einzelunternehmung. Für die Einfuhr fremder Waren fällt dieses Moment weg, solange die Sowjet-Regierung imstande ist, ihre Zahlungen in Gold oder in Ausfuhrartikeln im Auslande

selbst zu leisten. Die Ausfuhr an russischen Produkten hängt aber von der Wiederbelebung der ganzen Wirtschaft und Produktion ab. Auch mit dem Schrott, dessen Ausfuhr bereits durch eine Gesellschaft organisiert ist, wird man wie mit den baren Goldwerten nur für eine begrenzte Zeit auskommen. Wie lange die Depots im Auslande reichen, dafür fehlt jede offizielle Auskunft. Unter diesen Umständen bleibt der russische Außenhandel, mit oder ohne Staatsmonopol, so ziemlich ein Kassengeschäft, das von Fall zu Fall geschlossen wird. Jener natürliche Warenaustausch, auf dem sich ein System erleichternder Mitwirkung der Banken aufbauen könnte, fehlt. Er kann nur langsam in Gang kommen, in dem Maße nur, als die innere russische Produktion steigt, was wieder von tausend Umständen abhängt. Die Sowjet-Regierung will aus theoretisch-kommunistischen Ideen heraus den Außenhandel in den Händen des Staates lassen. Man mag darüber urteilen, wie man will. Jedenfalls haben die praktischen Bedenken, die sie gegen die Freigabe des Außenhandels vorbringt, mehr Anspruch auf Beachtung. „Wir haben von den Erfahrungen Deutschlands gelernt,“ hört man hier sagen, „wir wollen keine Luxuseinfuhr, die sich selbst unter einem System von Ein- und Ausfuhrbewilligungen nicht völlig vermeiden ließe. Wir wollen auch den Rubelkurs nicht der Spekulation überantworten wie die Mark.“ In der Lage, in der Rußland sich befindet, hat es jedenfalls nicht Unrecht, wenn es den Außenhandel zunächst in eine Planwirtschaft einordnet. Es fragt sich nur, ob dieser Handelsbetrieb in staatlicher Regie, der ungeheure Apparat von Einkaufskommissionen seine Ziele erreicht, ob er am Ende nicht so unzweckmäßig und teuer arbeitet, daß die Nachteile die Vorteile überwiegen. Selbst der Spielraum, den man den Kommissionen oder den Kooperativen in technisch-geschäftlicher Hinsicht für die Einkäufe gegeben hat, wird durch die oberste Staatskontrolle illusorisch gemacht. Es fragt sich auch, ob der innerpolitische

Gedanke, der dabei ins Spiel kommt, der Gedanke, die Regierung zum Herrn der Güterverteilung zu machen, durch die bürokratische Maschine nicht völlig verbogen und verdorben wird.

Der Versuch, das russische Geldwesen sozusagen aus der Weltwirtschaft auszuschalten, wird sich kaum auf die Dauer durchführen lassen. Man begreift den Wunsch. Denn der Sowjet-Rubel könnte im freien Handel nur einen verheerenden Kurs erlangen. Bei dem Mangel an Ausfuhrprodukten spränge dabei nicht einmal der Vorteil einer Ausfuhrprämie heraus, den eine niedrige Valuta gegenüber Ländern mit hochwertigen Valuten darstellt. Im Interesse einer ruhigen Preisentwicklung im Innern läge es, den Uebergang zu den Weltmarktpreisen, der auch einmal kommen muß, nicht zu schroff eintreten zu lassen. Dieses Problem wird bei dem über alle Begriffe angeschwollenen Umlauf von Papiergeld um so wichtiger sein. Es erforderte jedenfalls vorher eine Sanierung des russischen Geldwesens, von der man sich allerdings heute kaum vorstellen kann, wie sie durchzuführen wäre. Ein Blitzlicht mag den Stand der Dinge beleuchten: Seit kurzem sind Scheine von 100 000 Rubel in Umlauf gesetzt worden, auch Kassenbons von einer und fünf Millionen. Wenn ein Pfund Butter 90 000 Rubel, ein Brot zum Morgenkaffee 8000 Rubel kostet, dann stellen allerdings die Hunderttausendscheine keine besondere Größe mehr vor und der Millionschein drängt sich von selbst auf.

Wie bei allem in Rußland wird nur die eigene praktische Erfahrung die Geister davon überzeugen können, ob etwas richtig ist oder nicht. In dem Wiederaufbauplan wird den Konzessionen an ausländische Kapitalisten ein erster Platz eingeräumt. Das scheint so ziemlich die einzige Form zu sein, durch die Rußland nicht nur seine Naturschätze zu verwerten, sondern auch seine größeren industriellen Betriebe wieder in Gang oder auf die Höhe zu bringen vermag.

Die „neue Wirtschaftspolitik“.

Die „Nowaja Ekonomitscheskaja Politika“ ist jetzt, bildlich gesprochen, als Losung auf die rote Fahne geschrieben worden. Noch scheinen in der kommunistischen Partei die Gegensätze nicht restlos überwunden zu sein, aber die positive Richtung läßt sich nicht beirren. Am 17. Oktober 1921 hat Lenin auf dem Kongreß für Volksaufklärung eindringlich betont, daß die „neue Wirtschaftspolitik“ eine Lebensfrage für die Partei ist. Auch Trotzki, der als Gegner der Leninschen Reformen angesehen wurde, mit Unrecht zum guten Teil, hat auf dem Kongreß die Notwendigkeit der neuen wirtschaftlichen Einstellung betont. Die Erwägungen, die zu dem Kurswechsel geführt haben, sind von Lenin in dieser Rede entwickelt worden. Lenin setzt sich hier mit ganzer Persönlichkeit für die neue Politik ein, die er schon im Frühjahr auf dem Kommunistischen Parteikongreß verteidigt hatte. Er kommt zunächst wieder darauf zu sprechen, daß man von der alten kapitalistischen Ordnung nicht direkt zur kommunistischen Wirtschaft übergehen könne. Er gesteht zu, daß die bisherige Taktik eine schwere Niederlage erlitten hat. Der Uebergang aus dem Kapitalismus über den Sozialismus zum Kommunismus sei ein langwieriger und komplizierter Prozeß. Wie bei militärischen Niederlagen zunächst eine Panik entstehe, so sei es auch bei der bisherigen Wirtschaftspolitik gewesen, die im Frühjahr 1921 eine entscheidende Niederlage erlitten habe. Nun folge der geordnete Rückzug und die politische Aufklärung habe die Aufgabe, die Ordnung dieses Rückzuges zu übernehmen.

„Die neue Wirtschaftspolitik,“ so heißt es in Lenins Rede, „bedeutet in einem gewissen Umfange den Uebergang zur Wiederherstellung des Kapitalismus. In welchem genauen Maßstabe, wissen wir nicht. Die Konzessionen an ausländische Kapitalisten — es gibt zwar nur wenige — sind eine direkte Wiederherstellung des Kapitalismus, und das ist mit den Grundlagen der neuen Wirtschaftspolitik eng verknüpft. Die Bauern machen den größten Teil der Bevölkerung und der gesamten Wirtschaft Rußlands aus, und auf dem Boden des freien Handels mit den Bauern muß auch der Kapitalismus wachsen. Die Frage ist nur die: Wer wird am schnellsten die neue Lage benutzen können? Wem wird die Bauernschaft folgen, dem Proletariat oder dem Kapitalismus? Wer wird siegen, der Kapitalist, den wir durch verschiedene Türen hereinlassen, oder die proletarische Staatsmacht? Worauf kann diese sich stützen? Es besteht kein Zweifel, daß die Lage trotz des Hungers sich gebessert hat, seitdem die neue Wirtschaftspolitik eingeführt ist. Wird andererseits der Kapitalismus gewinnen, so wächst mit ihm die Produktion und damit auch das Proletariat, und davon werden wir gewinnen; denn nur auf diese Weise werden wir ein Industrie-Proletariat haben, das bei uns mit der steigenden Zerrüttung der Industrie verschwunden ist. Seit der Wiederherstellung des Kapitalismus ergibt sich die Wiederherstellung eines gesunden Proletariats, das für die Gesellschaft nützliche Arbeit vollbringt, anstatt sich mit „Spekulation“ und mit Herstellung von Feuerzeugen zu befassen. Die Frage ist also: Kommen die Kapitalisten zuvor? Dann verjagen sie die Kommunisten. Diese Frage muß man sich sehr nüchtern vorlegen. Oder aber: Wird sich die proletarische Staatsmacht, gestützt auf die Bauernschaft, als fähig erweisen, die Herren Kapitalisten im Zaum zu halten und den Kapitalismus in eine Bahn zu drängen, in der er dem Staate dienen wird? Phrasen und Geschwätz, die von dem Rußland No. 2, dem ausländischen

Rußland (den Emigranten) dauernd über die politischen Freiheiten vorgebracht werden, können uns nicht helfen. In den vier Kampffahren haben wir gelernt, den Ernst vom Geschwätz zu unterscheiden. Wir müssen uns von der Ideologie freimachen und uns darüber klar werden, daß der bevorstehende Kampf ein viel verzweifelterer sein wird als der mit Koltschak und Denikin. Eine militärische Aufgabe ist leichter zu lösen . . Die Aufgabe unserer Partei besteht darin, das Bewußtsein zu entwickeln, daß der Feind der anarchische Kapitalismus und der anarchische Warenaustausch ist. Die Arbeiter und die Bauern müssen das Wesen dieses Kampfes erkennen. Die Diktatur des Proletariats ist der erbittertste, der tollste Kampf, in dem das Proletariat gegen die ganze Welt zu kämpfen hat. Die militärische Macht der Weltbourgeoisie fürchten wir nicht. Ihre Versuche sind kläglich gescheitert . . . Jetzt treten andere Kräfte gegen uns auf. Um hier einen Sieg davonzutragen, müssen wir uns auf die letzte Kraftquelle stützen. Entweder wird die proletarische organisierte Masse ihre Aufgabe erfassen und eine Volksbewegung um sich schaffen können — dann sind wir die Sieger —, oder wir können es nicht und der technisch überlegene Feind wird uns schlagen. Der oft von uns gesungene Vers der „Internationale“ von „unserem letzten und entscheidenden Kampf“ ist leider nicht ganz wahr, denn es ist noch nicht der letzte. Wir haben keine Erfahrung für einen solchen Kampf. Er ist in der Geschichte noch nicht dagewesen. Einen Krieg gegen die eigene und die vereinigte Bourgeoisie aller Länder hat es noch nie gegeben. Wir müssen uns die Erfahrung dafür selbst schaffen und können uns dabei nur auf das Bewußtsein der Arbeiter und Bauern stützen.“

Lenin führt dann weiter aus, daß mit einem unmittelbaren Uebergang zum Kommunismus nicht zu rechnen ist. Für den Augenblick gelte es, jeden, den Bauer und den Spezialisten der gewerblichen Arbeit, an der Entwicklung der Produktion zu

interessieren. Es genüge nicht, das Analphabetentum zu beseitigen. Jeder tiefe politische Umschwung erfordere viel Zeit, damit das Volk sich den Umschwung zu eigen machen könne. Aber die Zeit, in der man die großen Aufgaben rein politisch behandelte, sei vorbei. Jetzt müsse man praktische Arbeit leisten.

„Wir müssen dem Volke zeigen, wie wir aufbauen wollen. Aber wir dürfen nicht fortfahren, es nur zu zeigen. Sonst machen wir uns vor dem einfachsten Arbeiter lächerlich. Er würde uns sagen: „Zeig uns durch die Tat, was Du kannst, kannst Du es nicht, dann schere Dich zum Teufel!“ — Die kommunistische Einbildung besteht darin, daß ein Mensch, der Kommunist ist, sich einbildet, er könne alle Aufgaben durch kommunistische Dekrete lösen.“

Zum Schluß wandte sich Lenin gegen die Bestechung und betonte, daß die erste Vorbedingung für politische Aufklärung die Hebung des Kulturniveaus sei.

Ausgegangen ist, wie Lenin hier deutlich heraussagt, die Reformbewegung von der großen Lebensmittelnöte und der Bauernfrage. Es handelt sich offensichtlich um eine politische Aussöhnung der breiten ländlichen Massen, die durch die erzwungenen Abgaben ihrer Erzeugnisse in eine verzweifelte Stimmung hineingetrieben worden waren. Aber jedenfalls hat das rein wirtschaftliche Argument, das vorgebracht wird, auch seine Geltung: Die Anbauflächen und die Erträge gingen unter der Zwangsbewirtschaftung der ländlichen Produkte stark zurück. Die Abhilfe konnte nur darin erblickt werden, daß man den Bauern wieder mehr eigenes Interesse an ihrem Betriebe gab. Mit anderen Worten: von der Zwangsablieferung, die nur das Existenzminimum für die bäuerliche Familie freiließ, ging man zur Naturalsteuer über. Das Dekret vom 21. März 1921 über die Naturalsteuer ist so die Grundlage der ganzen neuen Wirtschaftspolitik geworden. Die Abgaben der Bauern werden

jetzt in festen Anteilen von der Gesamterzeugung berechnet und lassen den Ueberschuß zur Verfügung des Produzenten. Man sieht hier vollkommen parallele Erscheinungen zu den Schwierigkeiten, die der Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel in den westlichen Ländern entgegengetreten sind. Mit dem Ersatz der „Raswerstka“ durch den „Naturalnui Nalog“ ist auch eine wesentliche Erleichterung verbunden: Im Jahre 1920 waren für die Zwangsablieferung im ganzen 423 Millionen Pud Getreide gefordert worden. Die Veranlagung für 1921 beträgt nur 240 Millionen. Vielleicht ist das die Ziffer, über die man bei der Eintreibung auf dem Zwangswege nicht hinausgekommen ist. Im übrigen wird die Neuordnung nach steuer-technischen Grundsätzen angelegt. Die zehnpromzentige Ablieferung beruht auf einem genau gestaffelten Verhältnis zur Anbaufläche und der Zahl der „Esser“, das heißt der im Betriebe beschäftigten Personen. Das Getreide kann durch andere Produkte ersetzt werden, wobei 25 Pud Erbsen oder 35 Pud Buchweizen usw. für 1 Pud Roggen zählen. Die Repartition der steuerlichen Leistungen auf die einzelnen Betriebe erfolgt durch Dorfräte unter Kontrolle der Vollzugsausschüsse der Großdorfgemeinden.

Warum ging man nicht gleich zur Bemessung der Steuer in Geld über? Die Frage liegt um so näher, als die Gründung der Staatsbank die Ueberführung des Wirtschaftslebens auf die Basis des Geldverkehrs beschleunigen soll. Auch gibt der Staat nichts mehr umsonst, weder die Eisenbahn noch die Post oder die Tramways. Man hätte Gründe praktischer Zweckmäßigkeit finden können, um die Beibehaltung der Naturalabgabe zu vertreten. Bei den schlechten Transportverhältnissen würde es in vielen Gegenden nicht leicht sein, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse an den Markt zu bringen. Die Bezahlung in natura vereinfacht die Sache für die Bauern. Aber es ist sehr charakteristisch, daß die Naturalabgabe beibehalten wurde,

weil in der kommunistischen Partei die Theorie des „Austauschs von Ware gegen Ware“ noch eine entscheidende Rolle spielt. Diese Idee durfte nicht völlig geopfert werden. Die Ackerbauprodukte sollen gegen Industrieprodukte ausgetauscht werden. Zu diesem Zweck werden größere und kleinere örtliche Bezirke ermächtigt, den Austausch zu organisieren. Dabei wird auch den Genossenschaften die Möglichkeit gegeben, einzugreifen. Diese Dezentralisation wurde als notwendig empfunden, weil die Provinz vielfach ziemlich selbständig auftritt, aber auch weil sie eine tatsächliche Erleichterung des ganzen Austauschverkehrs mit sich bringt.


Ihre Ergänzung findet die Einführung der landwirtschaftlichen Naturalsteuer mit Freigabe der überschüssigen Produkte in der Neuordnung in Gewerbe und Handel. Die Nationalisation der Unternehmungen, die im ersten und zweiten Revolutionsjahr durchgeführt wurde, wird nicht aufgehoben. Der Staat bleibt nach wie vor Eigentümer der Fabriken und Häuser. Aber er verpachtet den Betrieb an Private, die darin nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten. Die Pachtverträge richten sich im einzelnen nach der besonderen Natur des Gewerbebetriebes. Im allgemeinen wird das Unternehmen verpflichtet, als Entgelt einen bestimmten Anteil der Produktion an den Staat abzuführen. Es kann zur Eröffnung staatliche Vorschüsse als Betriebskapital erhalten, kann sich auch mit anderen Privaten assoziieren. Ueber den Bezug von Rohmaterialien, die der Staat zu liefern hat, enthalten die Verträge genaue Bestimmungen. Was der Pächter über die abgabepflichtigen Mengen hinaus erzeugt, kann er frei auf den Markt bringen. Besondere Verordnungen regeln in diesem Sinne die Verhältnisse in der Hausindustrie. Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß die Verträge auch Klauseln über den Arbeiterschutz enthalten und daß die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen mit den Arbeiterorganisationen eines der wesent-

lichen Elemente für die praktischen Ergebnisse des Fabrikbetriebs ist. Im allgemeinen muß der Unternehmer für die Ernährung der Arbeiter sorgen. Auf dieser Seite des Problems sind jedenfalls größere Schwierigkeiten zu überwinden als vielleicht auf dem Verhältnis zum verpachtenden Staatseigentümer.

Man sieht nun, wie das russische Wirtschaftsleben in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung theoretisch funktionieren soll. Die Produktion wird sozusagen zwischen kommunistischer und freier Wirtschaft geteilt. Am interessantesten wird es sein, zu beobachten, wie unter diesem System die freigegebene Erzeugung sich entwickelt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich um eine Uebergangsstufe handelt. Denn der vom Staat organisierte Warenaustausch, der auf den von der Landwirtschaft und der Industrie geforderten Abgaben in Natur sich aufbaut, trägt alle Mängel bürokratischer Behandlung in sich. Die Heranziehung der Genossenschaften kann diese Nachteile kaum völlig ausgleichen. Die logisch sich ergebende Folge wäre, daß die Abgaben in Natur eines schönen Tages in Bargeld gezahlt werden. Wann es so weit kommen wird, ist schwer zu sagen. Aber da bei dem freigegebenen Kleinhandel bereits eine regelrechte Gewerbesteuer in Geld erhoben wird, sieht man nicht ein, warum das Prinzip im Ladengeschäft stehen bleiben soll. Freilich wird auch von den Ladenbesitzern noch verlangt, ein bestimmtes kleines Quantum Mehl abzuliefern, das sie auf dem freien Markte erwerben können.

Bis jetzt steht die Verwirklichung der „neuen Wirtschaftspolitik“ noch in den Anfängen. In der Lebensmittelversorgung hat sie entschieden eine Besserung gebracht. Die hohen Preise müssen dabei in Kauf genommen werden. Der freie Handel erstreckt sich auch auf alle Bedarfsartikel, Kleidung usw. Hier hängt der Aufschwung jedoch sehr stark von der Entwicklung des Außenhandels ab, der noch in der Hand des Staates monopolisiert und selbst von der Schaffung von Ausfuhrwerten

bedingt ist. Eine der ersten Voraussetzungen für günstige Entwicklung bleibt auch die Transportfrage. Die Eisenbahnen müssen erst instandgesetzt und ein geregelter Betrieb gesichert werden, ehe an eine wirkliche Belebung von Industrie und Handel im Innern Rußlands gedacht werden kann. Und was in den Dekreten des Obersten Vollzugsausschusses bestimmt wird, steht zunächst nur auf dem Papier. Aber es ist bei allem zu beachten, daß der tote Punkt überwunden scheint. Das Prinzip der Privatwirtschaft ist eingedrungen. Es drängt nach allen Seiten zum Durchbruch. Man erhofft hier vieles von dem ebenfalls grundsätzlich geforderten und zugelassenen vertikalen Aufbau der Industrie in den sogenannten Trusts. Es handelt sich dabei um den Zusammenschluß von Fabriken, die in ihrer Produktion voneinander abhängen. Diese langsame Anerkennung der kapitalistischen Methoden beweist, daß noch eine andere Neuorientierung eingetreten ist. Der Staat hatte bisher viel zu sehr an die Verteilung und nicht genug an die Erzeugung gedacht. Diese Verschiebung der Gesichtspunkte bedeutet noch keinen Verzicht auf das kommunistische Endziel. Es ist zunächst eine Konzession an die unabwendbare Notwendigkeit. Das ferne Ideal soll auf diesen Umwegen erreicht werden. Aber wenn man sieht, mit welcher Energie Lenin gegen die pure „Ideologie“ auftritt, dann muß man sich auch sagen, daß der Umweg kein Rückweg mehr sein kann.



Die Konzessionen.

Rußland war vor dem Krieg eine Art Kolonialland für das westliche Kapital. Die forcierte Industrialisierung, die Witte betrieben hatte, war nur möglich gewesen durch Heranziehung des fremden Geldes, sei es in Form von Staatsanleihen, sei es in Form von Beteiligung an den russischen Unternehmungen. Dieses Abhängigkeitsverhältnis wurde durch die Kriegsanleihen der zaristischen Regierung noch verstärkt. Es ist also klar, daß auch ohne die bolschewistische Revolution der russische Wiederaufbau nur mit weitgehender finanzieller Hilfe des Auslandes durchzuführen wäre. Durch die Revolution und den Bürgerkrieg ist der Wiederaufbau verzögert und damit intensiv und extensiv viel schwieriger geworden. Die Erschwerungen rührten auch her aus den Eigentümlichkeiten der Wirtschaftsverfassung des Sowjet-Staates. Das hat zunächst nichts mit der Frage nach der politischen Festigkeit und der Dauer des heutigen Regimes zu tun. Es handelt sich um die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der Idee des Staatskapitalismus, die in Rußland vertreten wird, und der Freiheit, die das westliche Unternehmernkapital für seine Betätigung fordert. Die Frage der Erteilung von großen Konzessionen zur Ausbeutung der Naturschätze stellt also ein ziemlich verwickeltes Problem dar. Es war davon die Rede, den Wiederaufbau Rußlands in einen einzigen gigantischen Plan zusammenzufassen, den ein internationales Finanzsyndikat in die Hand zu nehmen hätte. Die in die Öffentlichkeit gedruckten Nachrichten klangen

geheimnisvoll. Sie deuteten sogar an, daß die Fragen der russischen Schulden und der deutschen Reparationslast in einen Topf geworfen werden sollen. Wenn man das große „Clearing“ wirklich eröffnet, dann sollte man jedenfalls die interalliierten Schulden nicht draußen lassen. Nur unter dieser Voraussetzung haben Finanzkonferenzen einen Sinn. Darum soll zu dem ganzen Plane, wie er immer in vielleicht annehmbaren Teilstücken gestaltet sein mag, hier keine Stellung genommen werden. Nur so viel sei gesagt, daß es ein Unsinn ist, Rußland sozusagen in „Arende“, in Pacht zu vergeben, wie der russische Staat jetzt Fabriken und Unternehmungen an Private verpachtet. Solche Pläne, die auf eine Art finanziell-wirtschaftlicher Einkreisung des Sowjet-Staates hinauslaufen, würden in Moskau auf erheblichen Widerstand stoßen. Nun ist das heutige Rußland so wenig wie Deutschland in der Lage, nur das zu tun, was ihm beliebt. Es hätte eine äußere Anleihe nötig, um seine Importe an unentbehrlichen Fabrikaten zu erhöhen, um ernste Anläufe zur Sanierung der Staatsfinanzen zu machen. Wie diese Anleihe garantiert werden soll und kann, ist nicht leicht zu sagen. Aber eine Generalhypothek auf die russischen Naturschätze wäre, abgesehen von den innerpolitischen Bedenken, kaum eine sehr zweckmäßige Form. Sie würde wie das kommunistische System an der Weitläufigkeit der Anlage scheitern, in der die individuelle Initiative nicht zur Geltung kommt. Man hat aber durchaus den Eindruck, daß hier mit Kleinarbeit begonnen werden muß, mit der in bescheidenem Maße schon begonnen ist, aus deren Früchten schließlich eine große Ernte einzuholen sein wird. Kleinarbeit in diesem Sinne bedeutet nicht Kleinhandel, sondern Arbeit, die auf allen Gebieten einsetzt, mit kleinen oder größeren Kräften und Geldmitteln. Es gibt Lagen, in denen es, wie Goethe sagt, die höchste Pflicht ist, das Nächstliegende zu tun. Rußland heute mit einem weitschichtigen System von Konzessionen zu überziehen, das hieße so viel wie

einem völlig Gelähmten zwei wunderbare modernste Krücken geben. Zunächst muß die Lähmung gemildert werden. Dann erst haben Krücken einen Wert.

Eine Konzession hat für das ausländische Kapital heute nur Bedeutung, wenn sie ausgebeutet werden kann. Dabei wollen wir mit einem sehr geduldigen Kapital rechnen, das auf seine Verzinsung und Tilgung warten kann. Für die Ausbeutung bleibt es jedoch eine Voraussetzung, daß der russische Wirtschaftskörper mit allen seinen Organen wieder zu Leben kommt. Was nützen alle Reichtümer, die im Ural vergraben sind, wenn sie wohl gefördert werden können, aber mangels guter Transportverhältnisse nicht herauszubringen sind? Die Arbeiter in den Werken müssen ernährt werden, auch das ist zum guten Teil eine Transportfrage. Irgendwo steht eine Fabrik, die nicht arbeiten kann, weil sie Ersatzteile für Maschinen oder gewisse Rohstoffe aus dem Auslande braucht, die sie nicht bar bezahlen kann. Das ist eine Frage des Kredites, den eine Einzelunternehmung haben muß und für den die Sowjetrubel der Staatsbank nicht genügend sind. Es gibt auch Rohstoffe fürs Ausland, die irgendwo in kleineren und größeren Beständen liegen, die aber vielleicht nicht das Außenhandelskommissariat, sondern ein russischer Unternehmer findet, der sich mit einem Ausländer assoziiert.

Wir möchten nun durchaus nicht den Eindruck erwecken, daß man, um bei unserem Bilde zu bleiben, dem Lahmen erst dann die Krücken geben soll, wenn er völlig gesund ist. Nein, er wird die Krücken schon gebrauchen können, wenn er halbwegs gesund ist. Es gibt Konzessionen, die recht bald in Angriff genommen werden können. Es ist denkbar, daß man für jedes Schiff Erz, das nicht allzu weit von der Küste gewonnen wird, eine Ladung Fabrikate einführt. Warum soll nicht eine Waldkonzession erworben werden, die mit ihren Stichbahnen ins Land hinein auch der von der Hauptbahn entfernten

Bevölkerung Dienste leistet? Warum sollen die günstig gelegenen Putilow-Werke in Petersburg nicht in Betrieb gesetzt werden können? Was realisierbar ist, das sollte realisiert werden, sobald es geht. Aber es wird am besten gehen, wenn man es als Geschäft für sich und nicht als Teil eines großartigen Systems ansieht, das sozusagen fertig ausgedacht und dann mit einem Schlage an allen Ecken und Enden ausgeführt werden soll. Was man hier nötig hat, ist in erster Linie noch viel mehr Initiative als Riesenkapitalien. Initiative ist aber am wirksamsten, wenn sie individuell ist, wenn sie frei aus tausend einzelnen und kleinen Willenskräften zusammenfließt.

Wie denkt sich die Sowjet-Regierung die Regelung der Konzessionsfrage? Sie kann zweifellos nicht einseitig ihre Bedingungen aufzwingen. Wenn die Weltwirtschaft die russischen Naturschätze und die russische Kaufkraft nötig hat, dann kann sie doch länger warten als die Sowjets. Aber die Moskauer Regierung will Herr im Lande bleiben, hält auch an ihrem Staatsideale fest, das die Wiederherstellung einer völligen wirtschaftlichen Freiheit ausschließt. Sie will den Sozialisierungsgedanken in die Konzessionsverträge hineintragen. Wie sie sich im einzelnen solche Verträge vorstellt, mag das folgende in der Öffentlichkeit erörterte Beispiel zeigen. Zu Grunde lagen die Verhandlungen des Obersten Volkswirtschaftsrates mit der amerikanischen „Vereinigten Gesellschaft für Medikamente und chemische Präparate“.

Es handelt sich um die Asbestgruben im Gebiete von Alapajewsk. Der Vertrag wird auf zwanzig Jahre geschlossen. Nach fünf Jahren hat die Sowjet-Regierung das Recht, den Vertrag mit sechsmonatiger Kündigung aufzulösen und das Unternehmen zurückzukaufen. Die Gruben und die ganze Einrichtung gehen dann an die Regierung über. Die an den Konzessionär zu leistende Entschädigung wird berechnet auf der Grundlage des Bruttogewinnes im Vorjahr, und zwar nach

den Durchschnittspreisen des Asbests auf dem Londoner Markt unter Abzug der Frachtkosten. Die Rückkaufsbedingungen erfahren nach zehn Jahren eine Erleichterung zu Gunsten der Regierung. Es ist aus der vorliegenden Veröffentlichung nicht ganz genau zu ersehen, wie im einzelnen die Rückkaufssumme berechnet wird. Die Verpflichtungen des Konzessionärs sind die folgenden: Hinterlegung von 50 000 Dollars bei der Staatsbank als rückzahlbare Sicherheit für die Erfüllung des Vertrages, unentgeltliche Abführung von 10 Prozent der Ausbeute an die Regierung, die das Recht hat, die Naturalisierung sich in entsprechendem Geldwerte in Auslandsvaluta ersetzen zu lassen. Die Gesellschaft wird ferner verpflichtet, nach und nach die Produktion in einem bestimmten Maße zu erhöhen. Vor dem Kriege betrug die jährliche Ausbeute etwa 45 000 Pud. Im ersten Konzessionsjahr soll sie auf 80 000, im fünften auf 160 000 Pud gebracht werden. Alle fünf Jahre wird der Produktionsplan neu festgelegt. Die Gesellschaft muß weiter die neuesten technischen Verbesserungen im Betriebe einführen. Sie genießt kein Recht der Exterritorialität, sondern muß alle Streitigkeiten aus dem Vertrage den russischen Gerichtsbehörden unterwerfen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist voll anzuerkennen. Die Zahl der Arbeiter muß zu mindestens 50 Prozent aus Russen bestehen.

Das ist die Anlage des Vertrags. In seinen allgemeinen Bedingungen enthält er die Richtlinien, die man wohl für alle Konzessionen anzuwenden gedenkt und die auch zu einem Reglement ausgearbeitet werden sollen. Denn bei der Vergabe von Konzessionen werden eine Reihe von russischen Zentral- und Provinzialbehörden, auch die Regierungen der „föderativen Republiken“ ein Wort mitzusprechen haben. Eine Norm wird auch aufzustellen sein für die Anteilnahme und Einspruchsrechte der Arbeiterorganisationen. Klar ist heute schon, daß die Sowjets an dem Prinzip der Nationalisierung der Boden-

schätze festhalten. Naphtha, Gold und Platin scheinen sie als Staatsmonopol erhalten zu wollen. Sie werden die Ausbeutung nur in Form von Konzessionen ermöglichen. Man braucht darin nicht notwendig einen kommunistischen Hintergedanken zu suchen. Denn im Grunde fällt der oben erwähnte Asbestvertrag nicht absolut aus dem Rahmen, den auch der Fiskalismus anderer Staaten einhält. Ob die geforderten Kationen der Konzessionäre zu hoch oder zu niedrig gegriffen sind, kann nur nach der Rentabilität der einzelnen Unternehmung beantwortet werden. Das gleiche gilt für die Ablieferung eines bestimmten Prozentsatzes der Produktion an den Staat. Es wird wesentlich von der besonderen Natur dieser Produktion abhängig sein, ob der Staat von seinem vorbehaltenen Recht Gebrauch macht, auf die Lieferung in Natur zu verzichten und sich dafür die entsprechenden Werte in Auslandsvaluta zahlen zu lassen. Die Bedürfnisse des Verbrauchs im Innern werden ebenso ins Gewicht fallen wie der Bedarf an fremder Valuta für den Einfuhrhandel. Dabei können allerdings auch andere Faktoren auftreten. Die Forderung nach Naturalabgabe liegt zum Teil in dem Gedanken des „Warenaustausches“ begründet, den die Sowjets noch aus theoretischen und praktischen Gründen aufrecht erhalten wollen, soweit nicht dringende Notwendigkeiten dazu zwingen, davon abzugehen. Damit soll der reinen Geldwirtschaft und ihren Ueberflutungen ein Damm entgegengesetzt werden. Der Staat hat, wenn er aus den Konzessionen Waren bezieht, ein Mittel an der Hand, selbst auf die Marktpreisbildung einzuwirken. Da er auch die im Inland angewandte „Arende“, die Verpachtung der Fabriken an private Unternehmer, meistens nach den gleichen Grundsätzen anlegt wie die großen Auslandskonzessionen, also ebenfalls einen bestimmten Teil der Produktion in Natur fordert, so ließe sich denken, daß er über große Mengen verfügt, mit denen er den Markt beherrschen könnte. Aber läßt sich dieser „Warenaustausch“, in

dem der Staat also im Innern die Güterverteilung wenigstens zum Teil vornimmt, durchführen, wie er gedacht ist? Lenin hat auf der Konferenz der Moskauer Kommunistischen Partei zugegeben, daß der „Warenaustausch“ keinen vollen Erfolg erlangt hat. Er scheitert an den bürokratischen Schwierigkeiten, er scheitert an der ungeheuren Anziehungskraft des freien Marktes, soweit dieser bis jetzt gestattet ist. Man macht hier immer die gleichen Erfahrungen wie die westlichen Länder mit ihrer Zwangsbewirtschaftung während des Krieges. Schleichhandel und Spekulation bemächtigen sich der Vorräte, und die schlimmen Strafandrohungen vermögen nicht dagegen aufzukommen. Hinzu tritt in Rußland die Neigung weiterer Kreise, ihre Sowjetrubel in Realwerten anzulegen.

Das sind Gründe, die den Staat veranlassen können, bei den Auslandskonzessionen die Abgabe in Geld, also fremder Valuta, vorzuziehen. Jedenfalls entledigt er sich so des Risikos des Transports und der weiteren Verwertung der Produkte. Es fragt sich nur, ob der Konzessionär nicht ein Interesse daran haben kann, tatsächlich die Abgabe in Natur zu leisten, um dem gleichen Risiko zu entgehen. Die Antwort mag für jeden einzelnen Fall verschieden lauten, und es müßte auch bei Abschluß des Vertrags genau erwogen werden, wo die Vorteile und die Nachteile liegen. Jedenfalls spielen die Transportverhältnisse eine große Rolle bei diesen Ueberlegungen. Es ist nicht gleichgültig, ob eine Unternehmung im tiefen Ural liegt oder in der Reichweite der Küste des Schwarzen Meeres, der Ostsee oder des Polarmeeres. Es empfiehlt sich zweifellos, gegen die noch bestehenden Mängel im Transportwesen Sicherungen zu suchen. Man muß zwar annehmen, daß nach und nach zuverlässige Transportbedingungen geschaffen werden. Dazu gehören indessen nicht nur die Reparaturen und Ergänzungen im rollenden Material, sondern auch die Versorgung der Lokomotiven mit Heizmaterial. Diesen Winter herrscht eine schwere Krisis

in der Beschaffung des nötigen Holzes. Die Naphthafeuerung läßt sich nicht so rasch verallgemeinern, wie es wünschenswert erscheint.

Besondere Beachtung verdienen die Arbeiterverhältnisse in den Konzessionsbetrieben. Es ist selbstverständlich, daß die Sowjets in diesem Punkte wenig nachgiebig sein werden. Der Arbeiterschutz wird in weitem Maße gefordert werden. Aber der vertragsmäßige Schutz wird nicht das Schwierigste sein. Die Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen im einzelnen dürfte den Vereinbarungen mit den Arbeiterorganisationen selbst unterliegen, die bis heute noch vielfach dem Gedanken nachhängen, westeuropäische Löhne zu verlangen. Daß das unmögliche Forderungen sind, ist selbstverständlich. Der Ausweg liegt vielleicht darin, daß der Unternehmer die Ernährung der Arbeiter in die Hand nimmt und sich durch eine weitausschauende Politik vor jeglichem zeitweisen Mangel schützt. Lokale Verhältnisse werden dabei meistens entscheidend sein. Aber es wird auch zu Unzuträglichkeiten führen, wenn die Arbeiterschaft des fremden Konzessionärs weit über den Standard der umwohnenden Bevölkerung gehoben wird. Auch da müssen Ausgleichs gefunden werden. Auf alle diese Umstände kann hier nur allgemein hingewiesen werden. Die praktische Lösung der Schwierigkeiten ist für jeden Sonderfall verschieden und darum nach den örtlichen Verhältnissen zu treffen.

In der „Neuen Wirtschaftspolitik“ der Sowjetregierung fällt den ausländischen Konzessionen eine sehr große Bedeutung zu. Der Zwang der Not treibt dazu, es ist aber auch das natürliche Interesse Rußlands und ganz unabhängig von der Staatsverfassung, auf diese Weise das ausländische Kapital zum Wiederaufbau heranzuziehen. Wenn die Sowjets heute bereit sind, die Vorkriegsschulden des russischen Reiches anzuerkennen, so läßt sich eine praktische Schuldentilgung wahrscheinlich nur in Verbindung mit den Konzessionen lösen. Aber

das sind noch Zukunftsträume. Auf der anderen Seite ist es schwer denkbar, daß man die Erteilung der Konzessionen unendlich aufschiebt. Denn Rußland kann die Einfuhr von Waren und Maschinen, die es gebraucht, nicht dauernd mit den heutigen Goldvorräten bezahlen. Auch die größten Schätze sind erschöpflich. Rußland muß Gegenwerte ausführen, in der Hauptsache also die reichen Naturschätze, die es unter und auf seinem Boden besitzt. Das aber ist in großem Maßstabe nur möglich, wenn die fremden Konzessionäre sich an die Arbeit machen können. Noch bestehen im Auslande manche Hemmungen. Politische Bedenken mischen sich in die rein geschäftlichen Ueberlegungen. Man sucht vor allem Schutz gegen eine mögliche Nichtanerkennung der mit den Sowjets abgeschlossenen Konzessionsverträge durch eine andere russische Regierung. Der neue Konzessionär sucht darum in Verbindung zu treten mit den früheren Eigentümern, deren Rechte auf jeden Fall anerkannt wurden. Das ist eine Vorsichtsmaßregel, die viel für sich hat, wenn sie nicht, wie uns in einzelnen Fällen bekannt geworden ist, an den Ueberforderungen der früheren Eigentümer scheitert. Man kann da eine Phantastik erleben, die nur mit einer ungeheuren Naivität zu erklären ist. Zu beachten ist bei der Vergebung auch das Verhältnis der einzelnen föderierten Republiken zu der zentralen Sowjet-Regierung in Moskau. Die Kompetenzen sind rechtlich und praktisch noch nicht in absolut klaren Linien festgelegt.

.

Aufbau der Industrie.

Wenn man die Entwicklung der russischen Zustände betrachtet, kann man sich des Gedankens an den bekannten Eisenbahnzug nicht erwehren, der Einsteins Relativitätstheorie gemeinverständlich erklären soll. Die Reisenden gehen im Wagen, mit der Fahrtrichtung oder ihr entgegen, auf und ab. Sie wissen nicht, mit welcher absoluten Geschwindigkeit sie sich bewegen. Die Sowjet-Regierung macht mächtige Anstrengungen, das Wirtschaftsleben wieder auf die Höhe zu bringen. Sie gleicht dabei dem Reisenden in Einsteins Zug. Ihre Maßnahmen sind ein Hin und Her, aber schließlich kommt sie trotz der Vor- und Rückschritte vom Platze, weil der Zug der unwiderstehlichen Notwendigkeit sie trägt. Darum hat es vielleicht nicht allzu viel Wert, jedes Dekret der Regierung zu zergliedern und auf seine nächsten praktischen Wirkungen zu untersuchen. Es kommt viel mehr darauf an, die Tendenz und das Tempo der in der greifbaren Wirklichkeit vor sich gehenden Veränderungen zu erfassen. Das wird nirgends deutlicher als in den Bemühungen um den Wiederaufbau der Industrie. Sie sind zugleich eine Geschichte der sozialistischen Experimente, die seit vier Jahren hier gemacht werden. Nur ist es schwer, die verschiedenen Kausalreihen auseinanderzuhalten, die die heutigen Verhältnisse erzeugt haben. Wenn man mit führenden Leuten spricht, dann war die Nationalisierung der Industrie in letzter Linie von den Nöten des Krieges und Bürgerkrieges sowie der Blockade erzwungen. Das bolschewistische Parteiprogramm von 1917 sah nur eine „Kontrolle der Produktion“ durch die Arbeiter vor.

Später haben sich die Dinge infolge des Widerstandes der Beamten und des Bürgertums überstürzt. Aber schließlich ist es doch eine Tatsache, daß durch die aus der Revolution hervorgegangene Regierung eine Verstaatlichung der Industrie unter sozialistischen Gesichtspunkten ausgeführt worden ist. Die Kriegsnotwendigkeiten spielten dabei mehr oder weniger die Rolle der Geburtshelfer.

Diese sozialistische Organisation hat aus äußeren und inneren Gründen versagt. Sie lief darauf hinaus, die gesamte Wirtschaft Rußlands unter einen zentralen Wirtschaftsplan zu bringen. Man schuf eine weitläufige Bürokratie der Produktion, und die Verflechtung der speziell geschaffenen Staatsbehörden mit den Gewerkschaften und den Räteorganisationen erzeugte einen Apparat, der theoretisch als ein Präzisionsinstrument erschien, aber für die praktische Arbeit zu kompliziert war. Auch ein feiner ausgebildeter, differenzierterer Wirtschaftsorganismus als der russische hätte damit nicht auskommen können, vor allem nicht unter den Umständen schwerster Zerrüttung aller Verhältnisse, mit denen in Rußland gerechnet werden mußte. Die beliebte Annahme, daß ein primitiv organisiertes Wirtschaftsleben solche Katastrophen leichter ertrage als ein höher entwickeltes, ist durch das russische Beispiel nicht bewiesen. Jedenfalls hängt mit der Primitivität auch eine gewisse Langsamkeit im Wiederaufbau zusammen. Bewußte Energie ist ein Erzeugnis der höheren Kultur, passive Ausdauer ein Beweis für unentwickelte natürliche Instinkte.

Bis zur Einführung der „neuen Wirtschaftspolitik“ baute sich die gesamte industrielle Tätigkeit auf den Gewerkschaften auf, die von dem Betriebsrat in der Fabrik an bis zu den das ganze Land umfassenden Verbänden an allen Stellen ihren Einfluß geltend machten. Den Verbänden für die verschiedenen Industriezweige entsprachen die im „Obersten Volkswirtschaftsrat“ ausmündenden „Hauptverwaltungen“ dieser Industriezweige, die sogenannten „Glawkis“. Man zählte deren gegen

fünfzig. Um einzelne zu benennen: Lokomotiven- und Wagenbau, Nägel- und Drahtfabriken, Kupferverarbeitung, Kohlengewinnung, Textilbetriebe (mit Unterabteilungen für Wolle, Baumwolle, Leinen, Seide usw.), chemische Fabriken, Gerberei und Lederindustrie, Tabakfabriken, Zuckerindustrie usw. Im wesentlichen war die Gliederung nach der Rohstoffverwendung erfolgt. Von dieser Organisation ist man jetzt zurückgekommen. Sie stellte im Grunde das dar, was wir in Deutschland den „horizontalen Aufbau“ genannt haben. Alle Betriebe gleicher Art waren durchs ganze Land in eine Verbindung gebracht worden. Diese Verbände sollten nebeneinander arbeiten. Ihre Beziehungen zu anderen Industrien, von denen sie in Bezug auf Rohstoffe, Halbfabrikate, auch Absatz abhingen, wurden durch die oberste Zentrale, den Obersten Volkswirtschaftsrat, geregelt, welche die Produktion nach ihrem allgemeinen Wirtschaftsplan verteilte. Man muß sich nun vorstellen, daß jede dieser „Glawkis“ eine Behörde mit zahlreichen Unterabteilungen für Finanzen, Versorgung mit Rohstoffen, Verteilung der Produkte, technische Büros darstellte. An der obersten Spitze stand ein Kollegium, dessen Zusammensetzung vom Obersten Volkswirtschaftsrat gemeinsam mit dem entsprechenden Gewerkschaftsverbande bestimmt wurde. Dieses Zentralgebilde wiederholte sich in kleinerem Maßstabe in den Gouvernements und deren Wirtschaftsräten.

In diesem Behördenbau gab es nun drei Stockwerke von Betrieben: 1. die allgemein lebenswichtigen Betriebe, die unmittelbar der Hauptverwaltung unterstehen; 2. die Unternehmungen mehr lokaler Bedeutung, die zwar nach dem Plane der Hauptverwaltung arbeiten, aber verwaltungsmäßig den Gouvernementswirtschaftsräten unterstehen; 3. die Betriebe von ausschließlich lokaler Bedeutung, die ganz und gar den Gouvernementsräten unterstehen. Die Zuteilung der Rohstoffe, Arbeiter u. s. w. erfolgte nach der Wichtigkeit der Unternehmungen.

Die Betriebsleitung der Fabriken war kollegial oder individuell. Sie wurde von der Hauptverwaltung oder der Bezirksverwaltung gemeinsam mit den Gewerkschaftsverbänden bestimmt. Zu beachten ist, daß die Betriebsräte der einzelnen Fabriken nur gewerkschaftliche Funktionen und an der Betriebsleitung keinen Anteil hatten.

In diesem Labyrinth von Behörden häuften sich Berge von Papier auf, selbstverständlich. Es war Ueberorganisation im vollsten Sinne des Wortes. Selbst wenn keines der weltverbreiteten Laster der Bürokratie sich eingeschlichen hätte, wäre es undenkbar gewesen, daß die Maschine mit vollem Nutzwerte arbeite. Die persönliche Initiative und die persönliche Verantwortung hätten in dieser in das Kleinste gehenden Planwirtschaft jeden Sinn und jedes Gewicht verloren. Dazu kam das Unglück, daß die Mühle nichts oder nicht viel zu mahlen hatte und mit verbrauchten Einrichtungen und mit einer in der Qualität und Zahl verminderten Arbeiterschaft rechnen mußte. Es ist schwer, genau festzustellen, auf welchen Prozentsatz der Friedensproduktion die Gütererzeugung sich nach der Revolution belief. Einige in der Presse veröffentlichte Beispiele mögen einen Begriff geben: Das Eisenwerk von Kolomna ist auf 30 Prozent gesunken wegen Mangels an Material und Werkzeugen. Die Arbeiterzahl, unter der das geübte Personal verschwindet, beträgt 5700 gegen 15 000 im Jahre 1917. Nach einer Zeitungsmeldung fehlen allein in Moskau 12 500 qualifizierte Arbeiter verschiedener Industrien. Die Kohlengruben des Donezbeckens sind im November auf etwa 60 Prozent ihrer früheren Förderung angelangt. Bis 1915 erzeugte Rußland ohne Polen 200 Millionen Pud (ein Pud = 16.38 Kilogramm) Roheisen jährlich. Die gegenwärtige Produktion von 7 Millionen Pud bringt, wie die „Prawda“ sagte, das Land zu den Zeiten Peters des Großen zurück.


Diese verzweifelte Lage hat viel dazu beigetragen, die „neue Wirtschaftspolitik“ durchzusetzen. Auf dem Gebiete der

Industrie bestand die Reform in der Auflösung der übertriebenen Zentralisation und zum Teil in der Einführung des „vertikalen Aufbaus“. Mit Ausnahme einer Reihe von Staatsbetrieben, zu denen die lebenswichtigen zu rechnen sind, werden die Fabriken an private Unternehmer in Pacht gegeben, durchaus nicht bloß die kleineren und mittleren. (Im Gouvernement Moskau sind 115 Unternehmungen so in „Arende“ gegeben.) Die Konzessionsverträge lassen dem Pächter einen Teil seiner Produktion zum Vertrieb auf freiem Markte; er muß sich dafür auch sein Material selbst beschaffen. Es gibt Fabriken, die völlig auf „Selbstversorgung“ gestellt sind, auch was die Ernährung der Arbeiter betrifft. Die Kleinbetriebe sind durchweg unabhängig und auf den freien Markt angewiesen. Die Großindustrie bleibt noch zum größten Teil in den Händen des Staates, nach Maßgabe der Lebenswichtigkeit. Hier hat man nun die sogenannten Trusts gebildet, das heißt Unternehmungen, die sich wie Kohlenbergbau, Verhüttung und Eisenverarbeitung ergänzen, und sie in engere Betriebsgemeinschaft gebracht, um eine möglichst wirtschaftliche Geschäftsführung zu erreichen. Ein anderer Trust wurde mit siebzehn Fabriken in der Textilindustrie gebildet. In weiteren Industriezweigen ist die Vertrustung im Stadium der Vorbereitung oder Durchführung. Wohlverstanden handelt es sich dabei immer noch um Organisationsformen, die vom Obersten Volkswirtschaftsrat beschlossen werden. Die „Gawkis“ sind jedoch aufgelöst worden. An ihrer Stelle erscheinen im ganzen sechzehn Verwaltungen, die nach den einzelnen Industriegebieten eingeteilt sind. Die Trusts haben Selbstverwaltung ihrer Betriebe, die Zentralorgane besitzen nur noch Kontrollrechte. Zweifellos ist mit diesen Neubildungen ein Fortschritt erzielt worden. Ganz selbständig sind sie freilich noch nicht. Denn die Zuteilung der Rohstoffe hängt noch vom Staat ab, der auch einen Teil ihrer Produkte direkt für den Warenaustausch fordert. Aber man hat beschlossen, die wichtigen Staatsbetriebe

in erster Linie und völlig zu versorgen, die übrigen, denen die Zuflucht zum freien Markt freisteht, nur soweit es möglich ist oder überhaupt nicht.

Es ist nicht leicht, in ein paar Strichen die immer noch ziemlich komplizierte neue Organisation der Industrie zu zeichnen. Im ganzen besteht der Eindruck, daß es sich auch hier noch um Uebergangsformen handelt, die sich ändern werden in dem Maße, als Rußland wieder in den Weltmarkt hineingezogen wird. Vorläufig will der Staat die eigentliche Großindustrie in den Trusts zwar wirtschaftlich zweckmäßiger ausgestalten, aber auch in der Hand behalten. Es fragt sich nun, ob die neuen Methoden der Schwierigkeiten Herr werden und ob eines schönen Tages nicht doch die Frage nach Vergebung an kapitalkräftige inländische oder ausländische Unternehmer aufgeworfen wird. Die großen Putilow-Werke in Petersburg liegen noch still. Das Pachtsystem, mehr für mittlere Unternehmungen angewandt, hat ebenfalls noch nicht genügend Zeit gehabt, seine Leistungsfähigkeit zu erweisen. Aber das hängt natürlich nicht allein von der Organisationsform ab, sondern von dem Wiederaufleben der Wirtschaft im allgemeinen. Die Lebensmittelbeschaffung für die Arbeiter ist dabei von größter Wichtigkeit. Sie erfordert ungeheure Anstrengungen. In der Nähe von Moskau gibt es eine Fabrik der Eisenindustrie, die zwei Monate stillsteht, weil die Arbeiter auf einer Lebensmittelexpedition nach Sibirien reisen müssen. Dann fehlt es vielen Fabriken an Maschinen, jedoch, wie man versichert, nicht so allgemein, wie man sich vorstellt. Während des Krieges wurden für die Kriegsindustrien sehr viele neue Maschinen aus dem Auslande bezogen, die zum Teil bis heute noch nicht gebraucht sind. Vielleicht handelt es sich hier mehr um die Beschaffung von Armaturen und Ersatzteilen. Was vom Auslande bezogen werden muß, sind aber jedenfalls der Bedarf an Erzeugnissen der Elektrizitätsindustrien, Artikel für die Baugewerbe zur Wiederherstellung der Häuser und Wohnungen, auch für Neubauten.

In allen diesen Problemen und Versuchen kommt der Arbeiterfrage, dem System der Entlohnung, Naturalprämien, Akkordarbeit, Geldlohn eine große Bedeutung zu. Hier kam es mehr darauf an, die Organisationsformen zu erörtern. Sie haben in Rußland eine ausgeprägte politische Seite, da sie mit dem kommunistischen Staatsideal in Zusammenhang stehen, das noch nicht erlaubt, überall den Maßstab rein wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit anzulegen. Aber wie schon oben erwähnt, die Frage der Organisationsform ist auch eine Frage der materiellen Voraussetzungen. Solange Mangel an Rohstoffen herrscht, hat das System der Rationierung einen gewissen Sinn. Es verliert ihn, sobald man wieder aus genügenden Vorräten oder Bezugsquellen schöpfen kann. Die Kraft der natürlichen Entwicklung, die kommen muß, wird sich die geeigneten Formen von selbst schaffen, wenn vielleicht auch nicht mehr zu erwarten ist, daß der technisch - wirtschaftliche Produktionsprozeß mit seiner Elementargewalt das soziale Interesse aufs neue völlig ausschalte, das die Revolution zur ausschließlichen Herrschaft gebracht hatte.



Das Problem der Arbeit.

Die klassische Nationalökonomie hatte den „wirtschaftlichen Menschen“ mit seinem Eigennutz als Einheit allen Betrachtungen zu Grunde gelegt. Durch Marx ist diese Abstraktion in den Sozialismus gekommen, der von seiner Seite aus eine Art gesellschaftlichen Einheitsmenschen annahm, obwohl er gegen die ebenfalls abstrakte „Gleichheit“ der französischen Revolution ankämpfte. Man kann den Sowjets kaum den Vorwurf machen, daß sie bei der Verwirklichung ihrer Ideen die Tatsachen der menschlichen Ungleichheit ganz und gar übersehen hätten. Ihr Kollektivismus setzte die Schwachen wohl in Rechnung. Aber sie gingen auf anderem Gebiete von einer Abstraktion aus, die ihnen der Marxismus vererbt hat, vom „Produktionsprozeß“. Nicht daß sie ihn als einen nur von mechanischen Kräften bestimmten Vorgang aufgefaßt hätten. Sie sahen schon etwas darin, was vom lebendigen Menschen kommt. Der Arbeiter sollte nicht einfach das Rädchen in der ungeheuren Wirtschaftsmaschine sein, sondern ein Wesen mit geistigen, sittlichen, kulturellen Ansprüchen, mit dem Recht auf die Ausbildung der eigenen Persönlichkeit. Aber ist er in Rußland nicht dennoch das Opfer dieses Begriffes vom Produktionsprozeß geworden? In der Gesetzgebung beherrschte der soziale den wirtschaftlichen Gedanken bis über die Zerstörung des Grundsatzes der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit hinaus. Aber trotzdem wirkte jene Abstraktion vernichtend auf die eigenen Ideale des Sozialismus. Man hat nicht die Produktionsmittel in

den Besitz der Gesellschaft übergeführt, man hat die ganze Gesellschaft in den Produktionsprozeß eingegliedert. Die allgemein dekretierte „Arbeitspflicht“ mit der Entlohnung durch Lebensmittel erhielt einen rein wirtschaftlichen Charakter und dazu einen strafrechtlichen Beigeschmack. Das lag den Russen vielleicht nicht so fern und kam ihnen auch nicht so ungewöhnlich vor wie dem Westen. Bis in die jüngste Vergangenheit hatte das Bauerngericht die Befugnis, die Mitglieder der Feldgemeinschaft, die ihre Ackerbestellung nicht ordentlich ausführten, zu bestrafen. Die Strafe bestand in der Verschickung nach Sibirien. Da die rasch herangezöchtete industrielle Arbeiterschaft Rußlands sich aus dem Dorfe rekrutierte, mag trotz der politischen Aufklärung eine Empfindung für die Richtigkeit solcher Auffassungen sich in ihnen erhalten haben. Doch das Wichtige bleibt hier die ökonomische Betrachtungsweise, die zu guter Letzt dahin kam, eine Kalorienrechnung für die Sicherstellung einer bestimmten Arbeitskraft und Arbeitsleistung aufzumachen. Es sind keine Sozialisten gewesen, die diese Methode erfunden haben. Sie sind wie das Taylorsystem auf kapitalistischer Rentabilitätswirtschaft entstanden. Aber hier haben die wissenschaftlichen Feststellungen in der Organisation des Produktionsprozesses wenigstens in den öffentlichen Diskussionen eine Rolle gespielt. Es war zu viel Physiologie und zu wenig Psychologie darin.

Der Achtstundentag und alles, was der Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung der kapitalistischen Staaten erzeugt hatten, wurden in Sowjet-Rußland in extremem Maße gesetzlich gewährleistet. Aus der Versicherung wurden die „kommerziellen“ Gesichtspunkte ausgeschieden, der Name sogar. Man baute ein System der „Sozialen Fürsorge für alle Werktätigen“ auf, in dem der Staat es übernahm, bei Krankheit, Invalidität, Alter, Arbeitsbehinderung jeder Art dem Arbeiter die notwendige Hilfe zu verschaffen. Die Hilfe wurde auch auf die Familien ausgedehnt. Hier ging die russische Revolution vollkommen von den

Interessen der Persönlichkeit aus. Die bürokratische Durchführung der Fürsorge mag die ideale Färbung freilich sehr verdunkelt haben.

Der Produktionsprozeß ruht in jeder Gesellschaftsverfassung auf seinen wirtschaftlichen Gesetzen. Auch Sowjet-Rußland ist ihnen nicht entronnen. Man steht jetzt im Begriff, sie wieder voll anzuerkennen; vor allem in der Lohnfrage. Der gigantische Versuch, den Geldlohn absterben zu lassen und ihn durch Naturallohn zu ersetzen, ist nicht geglückt. Wir sehen hier von den ungeheuren organisatorischen Schwierigkeiten ab, die der Bildung eines staatlichen „Warenfonds“ für die Verabreichung des Naturallohns in Form von Lebensmitteln und Gebrauchsartikeln entgegenstanden. Diese nötigen Mengen konnten bei der Zerrüttung der ganzen Volkswirtschaft nicht ausreichend gesammelt werden. Aber auch wenn man sich vorstellt, daß die Schwierigkeiten der Beschaffung überwunden worden wären, bleibt noch immer das Kernproblem bestehen: das Verhältnis von Arbeitsleistung und Arbeitslohn hat sich durch das Naturalsystem verschlechtert. Das wird offen zugegeben. Der Anreiz zur Arbeit war unter der kapitalistischen Ordnung der Hunger und die Möglichkeit, mit höherem Verdienst sich erweiterten Lebensgenuß zu verschaffen. Dieser Anreiz war verschwunden, ein neuer nicht da, er mußte erst geschaffen werden. „Der ideologische Anreiz der siegreichen Revolution erwies sich als ungenügend.“ Man kam dann zu den Naturalprämien, um eine höhere Arbeitsleistung zu erreichen. Ueber die gemachten Erfahrungen hat der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaftsverbände einen Bericht an den Rat der Volkskommissare erstattet. Darin wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Vorräte zur Verteilung der Naturalprämien den Betrieben selten zum richtigen Zeitpunkte geliefert wurden. Das Versprechen allein hat die Arbeitsintensität nicht gesteigert, sondern erst die tatsächliche Ausgabe. Da es sich bei den Prämien um Lebensmittel handelt, die über die allgemeine

Ration hinaus gegeben werden, so schließt der Gewerkschaftsrat, daß also die verbesserte Ernährung die Ursache der gesteigerten Leistung wird und keineswegs das Bestreben des Arbeiters, die Naturalprämie zu verdienen. Nun mag eine weitere Quelle des Versagens auch darin zu suchen sein, daß die Prämien vielfach von der Gesamtleistung der Betriebe abhängig waren, die ein bestimmtes Produktionsprogramm erfüllen mußten. Innerhalb der Betriebe wurden die Prämien kollektiv einzelnen Abteilungen zugewiesen. Die Verwaltung hatte jedoch auch das Recht, die individuelle Arbeitsleistung zu prämiieren. Dieses Prinzip sollte vorherrschend werden. Dabei ergab sich eine Reihe von Schwierigkeiten bei der Abstufung der Normen für die mit dem einfachen Lohn zu vergütende Arbeitsleistung und der entsprechenden Prämienbemessung für höhere Leistung. Die volle Prämie sollte nur bei der Steigerung auf das Vierfache der Norm zuerkannt werden. Die Normen waren übrigens in jedem Betriebe verschieden. Sie richteten sich nach dem dem Betriebe auferlegten Produktionsprogramm. So beklagt der Bericht des Gewerkschaftsrates, daß infolgedessen die aufgestellten Leistungsnormen zwischen 10 und 100 Prozent der Normen der Vorkriegszeit schwankten.

Ein anderes System, die sogenannte „Kollektivversorgung“, hat noch keine endgültigen Ergebnisse gezeitigt. Hier handelt es sich um folgendes: Eine Fabrik erhält für ein bestimmtes Produktionsprogramm eine bestimmte Menge Naturalien. Wenn sie die gleiche Leistung mit einer geringeren Anzahl von Arbeitern erzielt, bleibt der Naturallohn für die Gesamtheit der gleiche. Der einzelne verdient also mehr. Mit diesem Mittel gedachte man freilich auch die infolge der Kriegswirtschaft zu hoch angeschwollenen Belegschaften auf normale Betriebsverhältnisse herabzusetzen.

Der Uebergang zum reinen Geldlohn, der sich mit der neuen Wirtschaftspolitik mehr und mehr durchsetzt, wird diese naturnotwendig verkünstelten Systeme überflüssig machen. Im


Grunde ist durch diese Experimente also nur die alte Erfahrung bestätigt worden, daß ein gut genährter Arbeiter bessere Leistungen verbürgt als ein unterernährter. Das Problem bleibt also, die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse so zu bessern, daß wieder für eine geregelte Ernährung der Arbeiterklasse gesorgt ist. Mit der Freigabe des Lebensmittelhandels und der Erhöhung der Geldlöhne, die neben den offiziell zugewiesenen Lebensartikeln gewährt werden, ist schon viel geholfen, vorausgesetzt, daß Lohnsätze und Preissteigerung der Waren in Einklang gehalten werden.

Hier betrachtet man das Problem damit freilich noch nicht als gelöst. Man sucht die aus dem kapitalistischen System ererbten „Anreize zur Arbeit“ durch andere zu ersetzen, die dem sozialistischen Geiste entsprechen. Diesem Zweck dient die Produktionspropaganda. „Es muß ein realer Antrieb zur Arbeit geschaffen werden,“ lesen wir in einem Artikel von Piolunkowski, „ein solcher, der vom Produktionsprozeß selbst genährt wird. Die Produktionspropaganda muß auf das Bewußtsein der Arbeiterschaft einwirken, es der veränderten Situation anpassen und psychologische Voraussetzungen schaffen, die den neuen ökonomischen Wechselwirkungen entsprechen. Die Produktionspropaganda muß den Arbeiter wieder mit seiner Arbeit verknüpfen.“ Auch das ist kein Gedanke, der erst im revolutionären Rußland aufgetaucht wäre. Die „wissenschaftliche Organisation der Arbeit“ ist eine alte Forderung der westlichen Kultur. Aber interessant ist es, daß man hier zu diesen Ideen greift, um die Produktivität zu fördern. Es handelt sich im Wesentlichen um die Gedankengänge des „Tradeismus“, der den Arbeiter zu rationeller Arbeitsmethode bringen will durch kritische Ueberlegungen über die manuellen Bewegungen bei der Arbeit, durch eine dem Temperament des Arbeiters anzupassende Beschäftigung, durch die richtige Gliederung und Führung des Betriebes, durch die Gleichsetzung der verschiedenen Arbeitsleistungen usw. Der Arbeiter soll ferner zu einer

klaren Vorstellung darüber gelangen, welche Rolle seine eigene kleine Leistung im gesamten Produktionsapparat spielt, wie er im Zusammenhange mit jeder anderen Arbeitsleistung steht. Er soll das „Produktionsbewußtsein“ gewinnen, und eine unermüdliche mit allen Mitteln wirkende Propaganda soll ihn dazu erziehen. Das wird die besondere Aufgabe der Gewerkschaften sein. Nachdem die Gewerkschaften in ihrem oben erwähnten Bericht über die Naturalprämie sich zu sehr nüchternen Auffassungen über die realen Arbeitsantriebe bekannt haben, vermag man nicht einzusehen, warum sie von der Schaffung des Produktionsbewußtseins Wunder erwarten sollten.

Hier wird in der Tat das Grundproblem der Arbeit in Rußland berührt. Es ist auf allen Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit zu lösen, in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Handwerk. Die zaristische Verwaltung hat sich schon abgemüht, die Bauern den primitiven Betriebsformen der Feldgemeinschaft zu entwinden. Die geringen Erträgnisse des Ackerbaus, der bei dem größten Teil der Bauern nur den Eigenbedarf deckt, hängen mit diesen zurückgebliebenen Methoden zusammen. Ein russischer Ingenieur erzählte uns, daß er bei Wologda beobachtete, wie die aus der deutschen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Landwirte mit verbesserter Bodenbearbeitung wesentlich bessere Erträge erzielten. Der technische Fortschritt hängt aber im allgemeinen mit der Befreiung aus den rechtlichen und wirtschaftlichen Gebundenheiten des Gemeinbesitzes zusammen. Und ähnlich liegt es in der Industrie, das heißt: auch hier handelt es sich darum, den Arbeiter auf einen kulturellen Stand zu bringen, der von selbst eine höhere Arbeitsleistung erzeugt. Das sind Aufgaben, die nicht von heute auf morgen erledigt werden können. Aber alles, was zur unmittelbaren Beschwörung des Uebels, zur Hebung der gesunkenen Arbeitslust und Arbeitsleistung beiträgt, muß in dieser Richtung liegen. Der Uebergang zum reinen Geldlohn scheint das beste Mittel zu sein, das augenblicklich Erfolg verspricht, da der Arbeiter

nur dadurch von den Unsicherheiten der Naturallohne loskommt. Jedenfalls setzte der Naturallohn ein tadelloses Funktionieren des Verwaltungsapparates zur Beschaffung der Naturalien voraus, eine Voraussetzung, die aus hundert Gründen nicht geschaffen werden konnte. Der russische Arbeiter ist in seiner großen Masse bescheiden genug, heute, nach den Jahren der Entbehrungen, zu arbeiten, wenn ihm das Existenzminimum garantiert wird. Man kann rührende Beispiele dieser Bescheidenheit erleben. Aber dafür ist notwendig, daß die industrielle Tätigkeit des Landes auch durch gesicherten Bezug der Rohstoffe und gesicherten Absatz der Produkte wieder die Grundlagen für eine in sich selbst ruhende Organisation der Arbeit schafft. Die Produktionspropaganda kann für den „Produktionsprozeß“ nur ein Serum sein, nicht die blutbildende Ernährung, die Kraft erzeugt.



Die Gewerkschaften.

Braucht man im proletarischen Staat Gewerkschaften? Da die Arbeiterklasse über alle Machtmittel verfügt und sie rücksichtslos für sich selbst einsetzt, so scheint es überflüssig, besondere Organisationen für die Wahrung der Arbeiterinteressen zu schaffen oder beizubehalten. Ihre traditionelle Rolle als Kampfformationen zur Eroberung und Verteidigung besserer Arbeitsbedingungen können die Gewerkschaften im proletarischen Gemeinwesen in der Tat nicht fortsetzen. Der weitgehende Arbeiterschutz und der Lohn tariff sind durch den Staat garantiert. Außerdem fehlt der natürliche Feind, die selbständige Unternehmerklasse, die die Produktionsmittel in Händen hat. Die Sowjet-Republik ist zwar noch weit entfernt davon, die „Sozialisierung“ überall und voll durchgeführt zu haben. Die „Neue Wirtschaftspolitik“ hat dem privaten Unternehmertum sogar wieder ein weites Feld eingeräumt, wenn auch nur in Form von Pachtbetrieben. Aber die staatliche Bevormundung reicht noch immer weit genug, den Unternehmer nicht aufs Neue zu unbeschränkten Gewinnen und damit zu der wirtschaftlichen Machtstellung gelangen zu lassen, die ihm im kapitalistischen System die Herrschaft sichert. Trotzdem ist es Tatsache, daß die Gewerkschaften in Sowjet-Rußland nicht nur existieren, sondern eine außerordentliche Bedeutung besitzen. Im Wirtschaftsleben stellen sie einen der stärksten Machtfaktoren dar, und es ist klar, daß sie daher auch im politischen Leben einen Einfluß besitzen, den die Regierung sich nicht entfremden lassen darf. Die innere Entwicklung der Sowjet-Republik wird wesentlich von den Gewerkschaften abhängen.

Die russische Gewerkschaftsbewegung ist noch jung. Vor dem Kriege existierte sie kaum, ihren großen Aufschwung nahm sie erst nach der Februarrevolution von 1917. Es kann hier nicht auf alle Phasen der Entwicklung eingegangen werden. Was sich in den westlichen Ländern über einen längeren Zeitabschnitt verteilt hatte, der Streit um die „Neutralität“, um das Bekenntnis zum Klassenkampf, vollzog sich im revolutionierten Rußland mit der Wucht eines Naturereignisses. Aus den proletarischen Massen schossen spontan jene Organisationen hervor, die die Träger der Revolution und der Sowjet-Macht bildeten. Menschewistische und bolschewistische Einflüsse rangen um die Herrschaft, mit wechselndem Geschick, darf man sagen. Die Frage der „Arbeiterkontrolle“ der Betriebe drängte sich durch die revolutionäre Praxis in den Vordergrund, ehe man sich theoretisch darüber klar geworden war, ob die Arbeiterklasse und der Zustand der Wirtschaft „reif“ seien. Da die jahrzehntelange Schulung der westeuropäischen Gewerkschaften fehlt, überstürzten sich die Ereignisse. Wo die Unternehmer ihre Fabriken freiwillig oder unfreiwillig im Stiche ließen, trat sofort die Notwendigkeit auf, die Arbeiterkontrolle zur Arbeiterverwaltung des Betriebs fortzubilden. Es war ein Chaos, das erst einer neuen Regelung zugeführt wurde, als die Bolschewiken sich zum Herrn der Staatsgewalt gemacht hatten.

Aber auch dann war die Lage noch verworren genug. Sie klärte sich nur in dem Maße, in dem die Sowjet-Republik sich festigte und die Wirtschaft nach ihren konstruktiven Gedanken neu aufzubauen begann. Die Gewerkschaften wurden zu einem Grundpfeiler des Systems, zu einem Organe der Staatsmacht selbst. Auch das ging nicht ohne Kämpfe ab, da sich verschiedene Auffassungen über die Funktionen der Gewerkschaften einander gegenüberstanden. Sollen sie selbständig bleiben oder „verstaatlicht“ werden? Unter diesen Meinungsverschiedenheiten glimmten die alten politischen Gegensätze zwischen den Menschewiki und den Bolschewiki, die heute

auch innerhalb der Gewerkschaften nicht erloschen sind. Darin liegt das Problem der nächsten und fernerer Zukunft: die Bolschewiken, jetzt offiziell Kommunisten benannt, bilden, wie schon mehrmals erwähnt wurde, eine Minderheit in der russischen Arbeiterschaft. Sie üben die Herrschaft aus dank einer Resignation weiter Kreise, dank der Energie, mit der sie ihr „Zellensystem“ ausbauen und ausnützen, dank auch dem gewissen Terror, der ihnen durch den Besitz der unbeschränkten Polizeigewalt möglich gemacht ist. Aber mit solchen Mitteln lassen sich die in der Tiefe wirksamen Kräfte in der Arbeiterschaft nicht ewig im Schach halten. Darum birgt auch die Gewerkschaftsbewegung Elemente in sich, die eine unbedingte Ergebenheit in die Herrschaft der kommunistischen Partei keineswegs verbürgen.

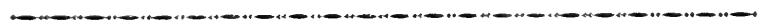
Die russischen Gewerkschaften sind nach der Oktoberrevolution in riesige „Produktionsverbände“ umgewandelt worden. Die Fachverbände wurden so zusammengelegt, daß heute alle Arbeiterkategorien einer Industrie zusammengeschlossen sind. Die Zersplitterung, die in den nach bestimmten Berufen gebildeten Organisationen begründet war, ist aufgehoben. Kein Betrieb wird mehr von verschiedenen Gewerkschaften durchkreuzt. Alle Beschäftigten des Betriebs gehören dem gleichen Verbands an. Ihrem eigentlichen Wesen nach bezweckte diese Umgruppierung eine ziemlich straffe Zentralisation, an deren Spitze der „Allrussische zentrale Gewerkschaftsrat“ steht. Diese Zentralisierung war aber auch eine Atomisierung der Arbeiterschaft. Denn die auf den Sonderberufen beruhenden Organisationen, die sich durch alle Betriebe des Landes erstreckten, waren selbständige Gebilde von eigenem Willen, Träger von Sonderinteressen. Sie brachten naturgemäß eine Spaltung der Massen in höher und niedriger qualifizierte Schichten mit. Das entsprach nicht dem kommunistischen Ideal. Es entsprach auch nicht dem praktischen Machtbedürfnis der

obersten Staatsgewalt, die keine Aristokratie in der Arbeiterschaft, sondern nur mehr die proletarische Gleichartigkeit dulden wollte.

Dieses System der nach Industriezweigen gebildeten Verbände wurde freilich auch von der Konstruktion des behördlichen Industriebaus gefordert. Die Gewerkschaften mußten an der Leitung der Produktion beteiligt werden. Sie mußten daher in den kunstvollen Bau der gesamten Planwirtschaft eingegliedert werden, die im Obersten Volkswirtschaftsrat ihr höchstes Organ besitzt. Sie übernehmen darin im Wesentlichen die Bereitstellung der Arbeitskräfte. Aber da bis in den Obersten Volkswirtschaftsrat hinauf den Gewerkschaften ein großer Einfluß auf die Zusammensetzung der Ausschüsse usw. eingeräumt ist, reicht ihr Arm noch viel weiter. Sie haben vor allem eine entscheidende Befugnis in der Arbeitsnormierung und in der Aufstellung der Lohnstarife, die durch die Staatsgewalt als bindend erklärt werden.

Das Schema dieser Konstruktion ist in der Praxis nicht tadellos und lückenlos durchgeführt. Die Konstruktion selbst brachte neue Probleme: Sollen die Gewerkschaftsfunktionäre von oben ernannt oder von unten gewählt werden? Wie stehen die Gewerkschaften zu den übrigen Organen des Wirtschaftslebens? Auch das Verhältnis der Gewerkschaften zur kommunistischen Partei ist eine Frage, die noch keine endgültige Lösung erfahren hat. Auf dem Kongreß der kommunistischen Partei vom Frühjahr 1921 wurde eine ganze Anzahl von verschiedenartigen Thesen über die den Gewerkschaften zuzureichenden Befugnisse eingebracht. Die Meinungsverschiedenheit erstreckte sich bis in die höchsten Kreise der Sowjet-Politiker. Dabei erhob die sogenannte „Arbeiteropposition“ den Anspruch, die ganze Produktion der Leitung der „Erzeuger“, das heißt der eigentlichen Arbeiter zu überantworten. In dieser Forderung kam das Bedürfnis der Gewerkschaften nach größerer Selbständigkeit zum Ausdruck, ihr Kampf mit der Bürokratie der

Wirtschaftsorgane des Staates, der Gegensatz zu den höher ausgebildeten Fachleuten in der Industrie. Alle diese Tendenzen laufen auch heute noch durcheinander. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Eingliederung der Gewerkschaften in die staatliche Organisation des Wirtschaftslebens nicht restlos geglückt ist. Das Problem wird sich übrigens mit dem neuen Kurs noch mehr komplizieren. Sobald die Industrie in Form von Pachtbetrieben wieder den privaten Unternehmer zuläßt, werden die Gewerkschaften wieder in eine Verteidigungsstellung gedrängt werden. Man ist sich schon klar geworden, daß damit auch wieder das Streikrecht auftaucht, das der proletarische Staat nicht mehr kannte. Auf seiner Tagung im Dezember hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei diese Umstellung sogar in einer Reihe von Leitsätzen formuliert. Man führt die Zwangsgewerkschaft wieder in freie Mitgliedschaft über. „Darum ist von nun an,“ heißt es wörtlich, „die allseitige und vollständige Verteidigung der Klasseninteressen des Proletariats in seinem Kampfe gegen das Kapital eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften.“



Die Ohnmacht des Geldes.

Das Meer der russischen Inflation ist unübersehbar. Es hat kaum einen Sinn, Zahlen zu nennen, die wie die Maßstäbe der Astronomen alle unsere Vorstellungen überschreiten. Im Dezember waren rund 50 Billionen — die Russen nennen es Trillionen — Rubel in Umlauf. Was sagt uns diese Ziffer, die täglich höher steigt? Nur soviel, daß einige Kommunisten beinahe Recht hatten, als sie die Theorie aufstellten, man schaffe das Geld am besten ab, indem man es ins Unendliche vermehre. Diese Theorie erschien freilich nur wie ein Feigenblatt, mit dem man die Blöße der Finanzwirtschaft des Sowjetstaates verdeckte. Denn die Noten wurden gedruckt aus dem denkbar einfachsten Grunde: die Regierung brauchte Geld und immer wieder Geld, mehr sogar als die Pressen drucken konnten. Die Beamtengehälter wurden sehr verspätet ausgezahlt, weil die Maschinen nicht ausreichten. Es half nichts, daß man bereits zu Scheinen von 100 000 Rubel Zuflucht nahm. Auf dem Rätekongreß hat der Finanzkommissar Krestinski die Dinge beim richtigen Namen genannt. Er führte rücksichtslos aus, daß die Misere direkt aus dem System der bisherigen Wirtschaftspolitik stammt:

„Die frühere Politik beruhte auf der Nationalisierung der Industrie, der Zwangsablieferung, der Arbeitspflicht, der staatlichen Regulierung des Genossenschaftswesens und auf der breiten Entfaltung der staatlichen Versorgung, die nach den Grundsätzen der Unentgeltlichkeit und der Naturallieferung durchgeführt wurde. Diese Politik brachte natürlich ein Absterben der Steuern mit sich ...“

Krestinski hat glatt herausgesagt, daß es nur ein Rettungsmittel gibt: ein ausgeglichenes Staatsbudget. Wir haben in andern Kapiteln schon erwähnt, daß bereits wieder neue Steuern eingeführt wurden. Deren Ergebnisse sind noch sehr mager. Sie können das phantastische Defizit nicht decken. Mit der Verwirklichung der „Neuen Wirtschaftspolitik“, die aus dem System des Güteraustauschs und der Entlohnung der Arbeit in Natur immer tiefer in die rein kapitalistische Geldwirtschaft hineinführt, wächst auch das private Bedürfnis an Umlaufsmitteln. Nun wird hier die neugegründete Staatsbank, die am 15. November ihre Tätigkeit begonnen hat, mit ihren Krediten eine gewisse Erleichterung schaffen. Ihr Filialennetz in der Provinz ist dazu bestimmt, einen Ueberweisungsverkehr zu schaffen, überhaupt nach den Regeln des kapitalistischen Bankwesens den Gebrauch von Barmitteln möglichst einzuschränken. Aber die westeuropäischen Zustände zeigen schon, wie wenig diese Art von Deflationsmitteln wirksam wird. In Rußland tritt der Umstand hinzu, daß die Bank sich erst das feste Vertrauen der Bevölkerung erwerben muß. Bei den russischen Bauern wird die Notenhamsterei vielleicht überhaupt nicht banktechnisch bekämpft werden können. Auch die außerordentlich hohe Verzinsung der Depositen wird nicht viel helfen.

Die einzige ernsthafte Waffe gegen die Inflation bleibt also wie überall die Balanzierung des Staatsbudgets und des Haushalts aller übrigen öffentlichen Verwaltungen. Aus dem Vorstehenden geht schon hervor, wie schwer das sein wird. Immerhin ist es von großem Interesse, daß die Sowjetregierung diesen Gedanken aufs lebhafteste ergreift und mit der Einschränkung des Angestelltenpersonals den ersten Schritt zu Ersparnissen macht. Das Budget für 1922 soll dabei nach ganz neuen Grundsätzen angelegt werden, um zugleich eine Stabilisierung des Rubels anzustreben. Am 5. November beschloß der Rat der Volkskommissare, den Staatshaushalt nicht nach den

heutigen Sowjetrubeln, sondern auf der Einheit des Vorkriegsrubels anzulegen. In einem Artikel der „Prawda“ gibt der Wirtschaftstheoretiker Larin einen ausführlichen Kommentar zu diesem Beschluß. Bei der unaufhaltsamen Preisrevolution bietet der Sowjetrubel keine Vergleichseinheit. Eine solche Einheit wird aber für notwendig erachtet. Die Regierung beschloß also, den Vorkriegsrubel dazu zu wählen und dem Budget zu Grunde zu legen. Es handelt sich dabei nicht um gewaltsame Einführung der Vorkriegspreise oder der Goldzahlung. Das ginge aus dem einfachen Grunde nicht, weil sich in den verflossenen acht Jahren die Preise nicht nur infolge der Verminderung des Geldwertes, sondern auch infolge der zurückgegangenen Produktion, Transportverhältnisse, Verwertungsmöglichkeiten, also der Verschiebung von Angebot und Nachfrage erhöht haben. Im ganzen dürfte die Einsetzung des Vorkriegsrubels als Berechnungseinheit im Staatsbudget demnach nur eine Buchungsmethode sein. Denn alle wirklichen Zahlungen werden in Sowjetrubeln ausgeführt, deren Wert im Verhältnis zum Vorkriegsrubel durch einen Index von Vierteljahr zu Vierteljahr amtlich für die Zahlungszwecke fixiert werden soll.

Diesen Index sucht man nach Larin auf folgende Weise zu gewinnen: Man geht aus, nicht vom Goldwerte des Vorkriegsrubels, sondern von seiner mittleren Kaufkraft in Bezug auf die wichtigsten Bedarfsartikel. Wie Larin mitteilt, sind, nach dieser Methode berechnet, im November 1921 viele Preissteigerungen ums 40 000fache eingetreten (bei Getreide sogar 150 000fach), wenn man die mittlere „Verbrauchsration“ pro Kopf der Bevölkerung zum Vergleiche heranzieht. Wieweit hier genaue Berechnungen bereits ausgeführt worden sind, ist nicht ersichtlich. Larin gibt seine Ziffern „beispielsweise“, scheint jedoch Grund zu haben, sie für annähernd richtig zu halten. Er kommt zu dem Schluß, daß im Vergleich zur mittleren Kaufkraft des Vorkriegsrubels (an der mittleren Verbrauchsration errechnet)

die Preise in Sowjetrubeln im Durchschnitt ums 60 000fache gestiegen sind. (Auf Vorkriegsrubel berechnet, ist der Roggen von 80 Kopeken auf 2 Rubel pro Pud gestiegen. Gold wäre merkwürdigerweise billiger geworden, von 21 000 Rubel auf 15 000, was offenbar mit dem Verbot des Goldbesitzes zusammenhängt, vielleicht auch mit dem geringen Sinn der Bauern für Metallgeld.) 60 000 wäre also der Umrechnungskoeffizient vom Vorkriegsrubel des Staatshaushalts zum herrschenden Papiergeldumlauf. Wie gesagt, Larin nennt diese Indexziffer beispielsweise. Sie soll nun fortlaufend aus den Marktpreisen der wichtigsten Gruppe im ganzen Lande errechnet und jeweils für Vierteljahrsperioden amtlich festgesetzt werden. Die tatsächlichen Zahlungen und Forderungen des Staates werden also in Vorkriegsrubel gebucht und in Sowjetgeld umgerechnet geleistet.

Wenn sich diese Idee durchführen läßt, dann wäre mit diesem „starren Budget“ ein festes Koordinatensystem in die Geldwirtschaft Rußlands eingeführt. Auf dieser Grundlage wäre nicht nur die Preisbewegung klar zu übersehen, sondern auch der Staatshaushalt bekäme eine feste innere Konstruktion, auf der sich sozusagen ein gleitendes System des Wertes des Sowjetrubels entwickeln würde. Theoretisch mag die Sache, wie vieles in der russischen Revolution, logisch durchdacht sein. Praktisch scheint vor allem noch nicht berücksichtigt zu sein, daß Rußland nicht auf die Dauer ein geschlossener Handelsstaat bleiben kann, der durch den staatlichen Außenhandel mit Goldzahlung aus Vorräten die Beziehungen zum Auslande in fester Hand behält, sondern daß auch der Sowjetrubel einmal zu einem Wechselkurs kommen muß. Damit treten neue Elemente für seine Wertbemessung ein, die nicht allein auf seiner inneren Kaufkraft beruhen.

Ein anderer interessanter Versuch, der mit der Einführung des Vorkriegsrubels ins Budget in Zusammenhang steht, ist die


Reduktion der Nominalbeträge der „Geldzeichen“. Das Volk hat in der neuen Maßnahme zunächst eine Art Devaluation des umlaufenden Papiergeldes erblickt, und im Schleichhandel stiegen die Kurse der fremden Valuten ganz erheblich. Aber das beruht auf einer irrigen Auffassung. Das Dekret des Rates der Volkskommissare ermächtigt die Finanzbehörden, Geldzeichen von 50 Kopeken und 1, 3, 5, 10, 25, 50, 100, 250, 500 und 1000 Rubel auszugeben. Von den bisherigen kleinen Abschnitten war nur noch wenig im Umlauf, da die ungeheure Preissteigerung sie völlig überflüssig gemacht hatte. Praktisch war das Tausendrubelbillett der kleinste gebrauchsfähige Schein. Die Neuausgabe beabsichtigt nun keine Wiederherstellung des Kleingeldumlaufs. Denn die neuen Zeichen von 1 Rubel werden von der Staatsbank und den Staatskassen als gleichwertig mit 10 000 Rubel der umlaufenden Zeichen in Zahlung genommen. Es wird nun darauf ankommen, wie das Publikum diese Aenderung aufnimmt, ob am Ende nicht doch der neue Rubel als eine Art besseres Geld angesehen wird und, wenn es nicht mit Agio umläuft, so doch lieber zur Thesaurierung verwendet wird. Die hierbei in Betracht kommenden psychologischen Momente lassen sich kaum übersehen. Selbstverständlich denkt die Regierung daran, durch die neuen Scheine eine Art Währungsreform einzuleiten. Die Gleichstellung von 1 Rubel neuen Geldes mit 10 000 Rubel jetzigen Geldes soll vor allem dazu führen, die phantastischen Preiszahlen aus der Welt zu schaffen. Man hofft, daß das Volk im Besitze der neuen Zeichen wieder dazu übergeht, die Preise in „Rubeln“ zu bezeichnen und nicht mehr in Tausenden. Wenn ein Pfund Brot 8000 Rubel kostet, so wird es in Zukunft wieder 80 Kopeken kosten, die aber den gleichen Wert haben. Ein Uebelstand wird sich dabei ergeben: das Brot wird nicht 80 Kopeken, sondern 1 Rubel kosten, da die Preisbildung im kleinen sich unter Abrundung nach oben nach den vorhandenen Tauschmitteln richtet, mit

denen die Zahlungen ausgeführt werden müssen. Die neuen Scheine tragen den Aufdruck: „Staatliche Geldzeichen der Russischen sozialistischen föderativen Räterepublik Muster 1922“. Die jetzt im Verkehr befindlichen Scheine sind „Verrechnungszeichen“ betitelt. Das hat weder praktisch noch rechtlich eine große Bedeutung. Denn der unübersehbare russische Geldumlauf beruht heute nicht auf der Kreditfähigkeit des Staates, sondern auf dem unerläßlichen Bedürfnis nach Tauschmitteln und Preismaßstäben für das tägliche Leben.

Dringt die beabsichtigte Reform durch, so wird Rußland wieder zu „kleinen Preisen“ kommen. Die tatsächliche Preissteigerung gegenüber der Vorkriegszeit wird damit nicht aufgehoben. Aber abgesehen von dem schon erwähnten Gedanken, das Volk von den phantastischen Ziffern mit ihren psychologischen Nebenwirkungen zu entwöhnen, werden sich auch praktische Vorteile einstellen. Der Zahlungsverkehr wird mindestens in der Buchhaltung eine Erleichterung erfahren. Man rechnet doch einfacher mit Rubeln als mit Zehntausenden von Rubeln. Man braucht, wenn die neue Einheit gleich zehntausend der alten Einheiten gesetzt wird, auch nicht mehr die ungeheuren Massen der kleinen Abschnitte. Wenn eine Fabrik ein paar Milliarden Löhne auszuzahlen hat, dann sind Wagenladungen von Papier erforderlich. Die Reform dürfte also jedenfalls den Erfolg haben, das Kleinzeug aus dem Wege zu schaffen, durch allmählichen Umtausch selbstverständlich. „Formal“ wird also eine Verringerung des umlaufenden Papiergeldes sich einstellen.

Die Sanierungspolitik der Regierung steht erst am Anfange des Problems. Sie hat mit einer riesig fortschreitenden Entwertung ihres Papiergeldes zu rechnen, die in dem Maße wächst, als Rußland wieder in die Weltwirtschaft einbezogen wird. Das der Staatsbank vorbehaltene Monopol des Handels in fremden Valuten zeigt sich jetzt schon als unhaltbar. Ausländisches Geld läuft im Schleichhandel um. Die Staatsbank ist

sogar genötigt, den höheren Kursen des Schleichhandels zu folgen, wenn sie überhaupt fremde Noten an ihren Schaltern zu sehen bekommt. Bestimmend für den Kurs sind jedenfalls nicht die Notierungen der Bank, sondern die heimliche Nachfrage. Eine Zeitlang bestand übrigens das Kuriosum, daß die Bank fremde Noten an ihren Kassen annahm, während gleichzeitig noch das Verbot des privaten Besitzes solcher Noten in Kraft war. Die ausländischen Valuten sind jedenfalls als Spekulationsobjekt und als Thesaurierungsmittel sehr gesucht und werden es immer mehr sein, je tiefer der Wert des Sowjetrubels hinkt und je weiter die Aussicht auf die Wiederherstellung gesunder Finanzen hinausrückt. Vorläufig ist noch kein Ende abzusehen. Rußland erlebt die Misere der Preissteigerung, die Oesterreich und Deutschland kennen gelernt haben, in einem ins Fabelhafte steigenden Ausmaße. Ohne das ausländische Kapital wird es der Schwierigkeiten nicht Herr werden. Wie das westliche Gold für den Wiederaufbau der Industrie notwendig ist, ist es auch unentbehrlich für die Rettung der Währung aus ihrer todähnlichen Ohnmacht.



IV.

Innere und äußere Politik.

Abbau und Umbau im Innern.

Lange vor dem Kriege hatte einmal ein Deutscher, der die russische Sprache nur unvollkommen beherrschte, mit einem Kollegium russischer Geschäftsleute zu verhandeln. Da der Fall ziemlich schwierig war, wollte der Deutsche keine große Diskussion entstehen lassen und die Russen einfach an den Vertrag erinnern, aus dem ihnen gewisse Verpflichtungen erwuchsen. In der Sitzung begann er also seine Erklärung mit dem gewichtigen Wort:

„Wü objesánü . . .“

An dem Gesichtsausdruck der Versammlung, der zwischen Erstaunen, Entrüstung und Ansätzen zur Heiterkeit abgestuft war, merkte der Deutsche, daß er die Herren mindestens sehr überrascht hatte. Nach einer eisigen Pause klärte sich das Mißverständnis auf. Er wollte sagen:

„Wü objásannü . . .“

Statt dieses „Ihr seid verpflichtet“ hatte ihn aber die unfreiwillige Verschiebung der betonten Silbe sagen lassen: „Ihr Affen.“ Das Hübscheste aber an dem Geschichtchen ist, daß man nachher deutsch sprach und sich rasch verständigte.

Eine Anekdote ist eine Anekdote. Man kann damit eine Gesellschaft erheitern, aber nichts beweisen. Doch scheint dieser amüsante Zwischenfall sehr belehrend für Viele, die heute aus kapitalistischen Ländern nach Rußland reisen und im Voll-

besitz ihrer individualistischen Wirtschaftsauffassung den Russen weise Ratschläge geben möchten. Es kommt dann leicht vor, daß sie die russischen Staatsleiter Affen nennen, weil sie nicht wissen, worauf in den bestehenden Verhältnissen Rußlands der Akzent zu legen ist.

In allem, was die Sowjets nun seit Eröffnung ihrer neuen Politik unternehmen, herrscht mehr Planmäßigkeit, als es auf den ersten Anblick den Anschein hat. Wir haben im Westen die Diskussionen in den führenden Kreisen, die sogar in schönen deutschen Uebersetzungen zu uns kommen, früher nicht genügend beachtet. Wir nahmen diese umfangreiche, reichhaltige und mannigfaltige Publizistik für bloße Propaganda. In Wirklichkeit lagen darin auch die Keime, die heute aufsprießen. Es kostete die Führer nur eine entsetzliche Mühe, den trockenen Boden des marxistischen Fanatismus aufzuschürfen, damit er die Keime aufnehme. Die Staatsleiter haben heute in Rußland zu dem nach unseren Begriffen Zweckmäßigen vorzudringen, indem sie das Haus vom Dach anfangen zu bauen, oder besser, indem sie den Neubau nach dem Dach einrichten. So wirkt es für uns überraschend, wenn die Regierung jetzt eine Art Feldzug gegen die „unproduktive Arbeit“ unternommen hat. Denn erstens ist ein solcher Kampf eine Selbstverständlichkeit, und zweitens hätte es im Staate des Marxismus niemals unproduktive Arbeit geben dürfen. Eine Verfügung der „Zentral-Exekutiv-Kommission“ vom 27. Oktober 1920 sieht die Bildung einer Kommission vor, welche die Aufgabe hat, die Institutionen der Republik einer Revision zu unterziehen. Es soll in erster Linie festgestellt werden, welche Einrichtungen — es handelt sich wohl in der Hauptsache um die rein politischen — aufgehoben werden können. Und man bezeichnet ausdrücklich als Ziel dieser Revision die Herabsetzung der unproduktiven und die Hebung der produktiven Arbeit. Was das bedeutet, erörterte einige Tage später die „Prawda“ mit großer Offenheit. Sie

empfahl, darnach zu trachten, daß nur noch die produktiven Kräfte am Leben bleiben. Sie rechnete aus, daß es etwa 40 000 Ortsausschüsse, Arbeiter- und Arbeitskomitees gibt, die mit ihren 160 000 Angestellten allein an Geld 8 Milliarden Rubel monatlich kosten. Dazu kommen die Lebensmittelanteile. Nach Auflösung der Ausschüsse usw. könnte mit diesen Lebensmitteln fast die ganze Arbeiterschaft des großen Industriebezirkes am Donez versorgt werden. Diese Komitees hätten heute ihre ursprüngliche Bedeutung verloren. Denn es gebe bereits eine Reihe von Unternehmungen, die auch ohne Kontrolle — soll wohl heißen politische Kontrolle — gut arbeiten. Und weiter gebe es für den Schutz der Arbeiter in den Arbeitsinspektionen und Gewerkschaftsverbänden ausreichende Sicherungen. Das gleiche Blatt, das Organ der Kommunistischen Partei, fordert etwas später, daß keiner der verantwortlichen Kommunisten mehr ohne wirtschaftliche Arbeitsleistung sein dürfe. Mit anderen Worten: das Recht, mitzureden, beruht auf „wirtschaftlicher“ Arbeit, die in überflüssigen Komitees nicht geleistet werden kann.

Mit diesen angestrebten Verbesserungen geht Hand in Hand die Entlastung der Staatsbehörden von allen nicht unbedingt notwendigen Mitarbeitern. Die Bildung von „Wasserköpfen“ im öffentlichen Organismus hat noch jede Revolution begleitet. Die Neuordnung schafft sich neue Werkzeuge und verwendet vielleicht zuviel Kräfte auf den Schutz der eigenen Existenz. Sie setzt „ihre Leute“ überall hinein, wo in den Bürostuben noch alter Geist herrscht. Aber die Stunde der Liquidation muß kommen. Wir haben Ähnliches erlebt mit unsern verschiedenartigen Kriegoorganisationen, die schließlich als „Abwicklungsstellen“ noch ein beträchtliches Leben fristeten. In Sowjet-Rußland liegen die Dinge nicht so einfach. Man kann nicht so leicht durchgreifen und mit den wirtschaftlichen Gründen alle Bedenken zurückschlagen. Hier geht es vielfach um

die Parteimitglieder. Und man kann die Leute nicht ohne weiteres auf die Straße setzen und sie auf den freien Arbeitsmarkt verweisen. Aber, wie es scheint, macht sich doch ein fester Griff fühlbar. Ueberall traten Kündigungen ein. Nach den Zeitungsmeldungen sollen die Angestellten des Ministeriums für Volksaufklärung allein von 8000 auf 3000 eingeschränkt werden. Auch die Umgestaltung des Obersten Volkswirtschaftsrates scheint eine Personalverringerung mit sich gebracht zu haben.

In das Programm der Hebung der produktiven Arbeit gehört auch der in vieler Hinsicht interessante Versuch, den die Hauptverwaltung der Sowjet-Kollektivwirtschaften gemacht hat. Sie erließ an alle Altgläubigen und Sektierer Rußlands und der ganzen Welt, die in Gemeinschaft leben wollen, einen Aufruf, um sie zur Besiedelung der freien Ländereien und zur Errichtung von Musterwirtschaften zu veranlassen. Wenn dem Ruf Folge geleistet wird, dann könnte der Landwirtschaft ein großer Dienst erwiesen werden. Den Antragstellern wird jedes Entgegenkommen versprochen. Allerdings ist die erste Frucht dieses Gedankens eine neue Kommission, die die Sache in die Hand nehmen und namentlich mit den in Betracht kommenden Sekten in Verbindung treten soll. In die Richtung dieser Bemühungen gehört wohl auch die Amnestie, die zur vierten Jahresfeier der Revolution erlassen wurde. Sie umfaßt alle Personen, die als „gemeine Soldaten“ in den militärischen Organisationen Koltschaks, Judenitschs, Denikins, Wrangels, Sawinkows, Petljuras, Bulak-Balachowitschs, Peremykins am Kampf gegen Sowjet-Rußland teilgenommen haben. Voraussetzung ist, daß die zu Amnestierenden durch Betrug oder Gewalt zum Eintritt in die gegenrevolutionären Formationen gezwungen wurden. Die Amnestie gilt zunächst für jene, die sich jetzt in Polen, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen aufhalten. Ihre Rückkehr wird frei sein und auf der gleichen

Grundlage wie die Rückkehr der Kriegsgefangenen geregelt. Vor wenigen Tagen hat die „Iswestija“ in einem Leitartikel von Steklow auf die Wichtigkeit dieser Maßnahme hingewiesen. Denn bei den Begünstigten handelt es sich mindestens um Bauern, die nicht nur der Landwirtschaft Arbeitskräfte liefern würden, sondern auch der Klasse angehören, auf die es den Sowjets jetzt in außerordentlichem Maße ankommt.

Wenn man allen diesen Dingen nachgeht, fällt man von einem Zweifel in den andern. Die Regierung ringt um die „Produktivität“ der Arbeit, um die „Wirtschaftlichkeit“ jeder Unternehmung. Die Schwierigkeiten sind nicht rein politischer Natur. Es gilt nicht bloß gegen die Widerstände innerhalb der autokratisch herrschenden Partei vorwärts zu schreiten. Es gilt auch mit den Nebenwirkungen der neuen Maßnahmen zu rechnen, die zu Hauptwirkungen werden können. Der Abbau und Umbau vollzieht sich auf einem im Berggrutsch befindlichen Gelände, in dem alle bekannten Festigkeitskoeffizienten versagen. Das erklärt reichlich, warum ein Weitblickender wie Lenin nicht aufhört, die Gangart der „Neuen Wirtschaftspolitik“ beschleunigen zu wollen.

Klippen der inneren Politik.

Der vierte Jahrestag der Oktoberrevolution, die infolge der Einführung des westeuropäischen Kalenders auf den 7. November fällt, hat nichts von einer ausschweifenden Feierlichkeit gehabt. Es haben Versammlungen stattgefunden, in den staatlichen Theatern fanden besondere Vorstellungen statt — in der Oper tanzte Isadora Duncan einen symbolischen Tanz, in dem der Untergang des Zarentums und der Aufgang der Volksherrschaft dargestellt wurde —, die Zeitungen brachten Artikel von allen führenden Männern. Von Ueberschwenglichkeit war nirgends eine Spur zu entdecken, und wer sich auf das Straßenbild beschränkte, konnte den offiziellen Revolutionsfeiertag nicht von einem gewöhnlichen Sonntagsruhetag unterscheiden. Es sei denn, daß man den Unterschied im Fehlen der üblichen sonntäglichen Gottesdienste erblickt. Das alles sind Zeichen der Zeit. In seinem Beitrag zur Festnummer der „Iswestija“ hat Kalinin, der Vorsitzende des „Allrussischen zentralen ausführenden Ausschusses“, der höchste Beamte der Sowjet-Republik, die Lage vielleicht am besten gezeichnet. Er betonte, daß die Revolution jetzt in eine Periode „prosaischer Kleinarbeit“ eingetreten sei und nichts mehr von dem Gewaltigen habe, das die erste Etappe besaß. Er wies auch erneut darauf hin, daß nunmehr die „wirtschaftliche Berechnung“ die Grundlage der Vorwärtsbewegung sein müsse. Mit anderen Worten: die Ableitung aller Regierungsmaßnahmen aus einem theoretischen staatlichen und wirtschaftlichen System

hat einer nüchternen Verwaltungstätigkeit Platz zu machen. Lenin, der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, den man sonstwo Ministerpräsident nennen würde, hat seinen bekannten Gedanken in der taktisch vielleicht nicht ungeschickten Formel geprägt: Die Reformen sind ein Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes.

Die von den Führern eingeleitete „Neue Wirtschaftspolitik“ hat erst kurze Zeit hinter sich. Sie hat auch noch nicht die Probe einer restlosen Durchführung bestanden, und daß sie in den Gemütern aller kommunistischen Parteigänger bereits turmfest verankert sei, kann niemand behaupten. Im November hielt Lenin in der Konferenz des Moskauer Parteiverbandes eine große Rede, in der er sein Programm noch erweiterte. Aber er fand eine erhebliche Opposition, die sich vielleicht zunächst dagegen richtete, daß Lenin zu laut das offene Eingeständnis der begangenen „Fehler“ forderte und es selbst mit dürren Worten aussprach. Die entscheidende Stelle der Rede Lenins lautete:

„Im Frühjahr haben wir uns die Rückkehr zum Kapitalismus in Form von Warenaustausch gedacht. Eine ganze Reihe von Dekreten und Verfügungen, die gesamte Propaganda seit dem Frühjahr war auf die Hebung des Warenaustausches zugeschnitten. Der Warenaustausch ist durchgefallen, er ist in einen Kauf und Verkauf ausgeartet. Unser Rückzug war also nicht ausreichend. Wir müssen noch einen weiteren Rückzug machen. Wir müssen jetzt vom Staatskapitalismus zur Schaffung einer staatlichen Regulierung von Kauf und Verkauf und des Geldumlaufs übergehen. Der private Markt erwies sich stärker als wir, und statt Warenaustausch haben wir einen ganz gewöhnlichen Handel. Bemüht euch nun jetzt, euch an diese elementare Handelsmacht anzupassen, sonst wirft sie euch um. Wir werden also noch weitere Rückzüge machen müssen...“

Man sieht den tiefen Schnitt, den Lenin vollführen möchte. Bisher war die Entwicklung die folgende: Aus der reinen kommunistischen Wirtschaft, in der Lebensmittel und Produkte nur gegen Arbeit verabreicht wurden — sie war praktisch nicht bis ins letzte durchgeführt —, ging man zum System des „Staatskapitalismus“ über. Damit kamen gewisse Grundsätze des kapitalistischen Betriebs wieder zur Geltung. Man führte ein gemischtes System ein, die Akkordarbeit, die dem Arbeiter den Ueberschuß seiner Produktion über die geforderte Erzeugung überließ. Diesen Ueberschuß sollte er für sich zum Warenaustausch oder auch gegen Geld verwenden können. Der weitere Schritt bestand dann in der Freigabe des Kleingewerbes und des Kleinhandels. Dann ging man zur „Arende“, zur Verpachtung von Fabriken und Unternehmungen mit Begünstigung der Genossenschaften über. Grundlage blieb jedoch, daß im Lande zwischen den einzelnen Gouvernements ein Austausch der produzierten Fabrikate und der landwirtschaftlichen Produkte in Natur stattfinden sollte. Diese Position will Lenin jetzt ebenfalls den Notwendigkeiten des praktischen Lebens opfern. Er hat jedenfalls darin recht, daß das von oben dekretierte System in der Wirklichkeit Schiffbruch erlitten hat. Seine Gegner leugnen diese Tatsachen an sich nicht. Aber es erscheint ihnen doch nicht richtig, nicht zulässig, nur von „Fehlern“ und „Rückzügen“ zu sprechen. Bei der erwähnten Parteikonferenz, die übrigens nicht öffentlich war und nur durch einen Pressebericht bekannt wurde, machte ihm eine Reihe von Rednern Vorwürfe darüber. Sorin sagte: „Grundsätzlich hatten wir recht. Unter den Existenzbedingungen eines belagerten Landes mußten wir außerordentliche Maßnahmen treffen, es blieb uns keine andere Wahl übrig.“ Am bemerkenswertesten waren die Ausführungen Larins, der auf dem Boden der neuen Wirtschaftspolitik steht. Larin will abwarten. Er meint:

„Wenn unsere frühere Politik in beträchtlichem Maße durch den Krieg bedingt war, so sind unsere wirtschaftlichen Verhältnisse jetzt durch das Kriegsende bestimmt. Die Vergrößerung der Quellen unserer Großindustrie gibt uns Grund zu hoffen, daß die Lage der Großindustrie und der gesamten Volkswirtschaft besser wird. Solange das nicht widerlegt ist, kann von einem Uebergang vom System des „Staatskapitalismus“ zum System der „staatlichen Regulierung“ nicht die Rede sein. Wenn von immer weiteren Rückzügen gesprochen wird, so müßte zuerst bewiesen werden, daß die bisherige Politik der Partei mißlungen ist. Warum gerade jetzt ein neuer Rückzug notwendig sein soll, ist unklar, und in der neuen Linie Lenins ist dieser Punkt nicht genügend begründet.“

Die Gefahren, die der neuen Wirtschaftspolitik drohen, kommen nicht allein von der Opposition des dogmatischen Kommunismus oder der Furcht der Radikalen, auf einen abschüssigen Weg gedrängt zu werden, der zur Auflösung des Regimes führen könnte. Gefahren liegen auch in der Wirklichkeit selbst. Rußland ist in eine große Preisrevolution hineingeraten. In den letzten Monaten sind die Preise für Lebensmittel im freien Handel rasend gestiegen. Der freie Handel verdrängt oder umgeht auch unwiderstehlich den offiziellen „Warenaustausch“. Man will nun den in Rußland vor dem Kriege schon stark ausgebildeten Genossenschaften eine erweiterte Rolle zuweisen, um der Güterbewegung eine Art autonomer, aber doch kontrollierter Leitung zu geben. Aber es erscheint sehr fraglich, ob es gelingen wird, die Fluten der Preissteigerungen einzudämmen. Trotz des Abschlusses vom Weltmarkt, zu dem das staatliche Außenhandelsmonopol das einzige Tor sein soll, dringen bereits Einflüsse von draußen auf die Preisbewegung im Innern herein. Die bei der Versteigerung der russischen Felle in Leipzig erzielten Preise haben in Ruß-

land automatisch eine Steigerung in den Preisen der Pelze zur Folge gehabt, obwohl es sich hier nicht einmal um neue Ware handelt. Es wird darauf ankommen, ob der Staat solche „Imponderabilien“ durch sein Außenhandelsmonopol wird meistern können. Dann aber entsteht die ernste Frage, ob er ein „Loch im Westen“ absolut verhindern kann. Denn bei der Ausdehnung der russischen Grenzen, bei den allgemeinen Verhältnissen kann der kaum zu unterdrückende Schmuggel einen bedeutenden Umfang annehmen und alle Hebel, die im Innern gegen die Preissteigerung angewendet werden könnten, zerbrechen.

Mit solchen Möglichkeiten muß jedenfalls gerechnet werden. Alles wird davon abhängen, wie das Land die Preisrevolution erträgt. Und hier wird die Opposition in der Kommunistischen Partei einen bequemen Einsatzpunkt finden. Sie wird damit werben können, daß die neue Wirtschaftspolitik das „Spekulantentum“ ebenso wenig beseitigt hat wie die frühere. Lenin hat zweifellos recht, wenn er die Rettung im Fortschritt und nicht im Anhalten oder gar in der Umkehr erblickt. Vielleicht können die in Deutschland gemachten Erfahrungen aus dem Uebergang des geschlossenen Handelsstaates der Kriegswirtschaft in den Anschluß an den Weltmarkt für die Russen von Nutzen sein. Nun sind die Dinge freilich so sehr im Lauf, daß sie kaum aufgehalten werden können, auch nicht durch Parteibeschlüsse. Denn die natürliche Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß die Preisrevolution bereits die nächstliegende Gegenwehr erzeugt hat, die Steigerung der Löhne. Seit langem schon ist eine Revision des Lohntarifs in Vorbereitung. Der Gewerkschaftsverband hat die Sätze genehmigt. Man geht von dem Standpunkt aus, daß der Staat nicht allen Arbeitern, die seiner Lebensmittelversorgung unterliegen, das Existenzminimum garantieren kann. Er beschränkt die Lebensmittel-

ration also auf die niedrigsten, das heißt die ersten sechs Klassen des Tarifs. Die erste Klasse soll im Durchschnitt 400 000 Rubel im Monat erhalten, die 6. Klasse 1 125 000 Rubel. Der Tarif steigt bis Klasse 17 auf 2 250 000 Rubel, die sich auf das verwaltungstechnische Personal bezieht. Das Wesentliche ist jedoch, daß jeden Monat eine Regulierung der Lohnsätze stattfinden soll, wobei die tatsächlich nicht gelieferten Lebensmittelrationen nach den Marktpreisen vergütet werden sollen. Der Mechanismus für die weitere Anpassung der Löhne an die Lebenskosten ist also bereits geschaffen.

Der Hunger.

Die Moskauer Zeitungen haben eine ständige Rubrik „Der Kampf mit dem Hunger“. Sie zählen darin täglich auf, was im großen und kleinen zur Linderung der ungeheuren Not geschieht. Auch in Sowjet-Rußland fehlte nichts von dem, was man sonstwo tut, wenn man für wohltätige Zwecke Geld sammelt. Es gab eine Ausstellung der Hausindustrie, deren Erträge für die Hungernden bestimmt waren, eine ganze „Hungerwoche“ mit Sammlungen auf der Straße, Theatervorstellungen mit erhöhten Preisen usw. An den Hauswänden redeten künstlerische Plakate den Vorübergehenden das Elend an der Wolga ins Gewissen. Die Regierung hat eine besondere Behördenorganisation ins Leben gerufen, die alle diese Hilfsbestrebungen zentralisiert. Ihre erfolgreichste Maßnahme bestand in der Eröffnung großer Kredite für den Ankauf von Getreide und in der Erhebung einer besonderen Naturalsteuer von Getreide und Mehl in den von der Katastrophe verschont gebliebenen Gegenden des Reichs. Das alles sind aber nur Tropfen auf einen heißen Stein. Man kann auch fragen, ob nicht wirksamere Anstrengungen hätten gemacht werden können. Ernsthafte Hilfe kann nur vom Auslande kommen, da Rußlands eigene Ernte nicht ausreicht, den riesigen Ausfall im Hungergebiet zu decken. Es war darum kaum richtig, daß die Sowjet-Regierung aus politischen Gründen die Organisation des internationalen Hilfswerkes nicht auch auf russischem Boden sich frei entfalten ließ. Die Errichtung eines besonderen russischen Verbandes zur Verteilung der ausländischen Sendungen hätte

zweifelloos politisch gegen die Sowjets ausgenützt werden können. Aber wo lag der höhere Gedanke, in der Staatsraison oder in der bedenkenlosen Hingabe an ein großes Liebeswerk? Der Stimme des einfach menschlichen Gefühls zu folgen, ist oft höchste Vernunft. Nachträgliche Kritik ändert nichts mehr an den Tatsachen. Tatsache ist jedenfalls auch, daß die von den Franzosen an die Gewährung der Hilfe geknüpften politischen Forderungen in allen russischen Bevölkerungskreisen einen miserablen Eindruck machten. Vor einer Not, wie sie hier aufgetreten ist, bleibt jeder Gedanke, der nicht dem reinen Mitgefühl entspringt, niedrig und verächtlich.

Es erübrigt sich heute, die oft veröffentlichten eingehenden statistischen Zahlen über den Umfang des Hungers zu wiederholen. Auf dem Rätekongreß hat Kalinin, der Präsident des Zentralen Vollzugsausschusses, das ganze Ziffernmateriale ausgebreitet. Wir erwähnen nur die Grundzahlen: Nach den amtlichen Feststellungen erstreckt sich das Elend im eigentlich betroffenen Gebiet auf 22 Millionen Menschen, zu denen noch 5 Millionen in angrenzenden Gegenden zu rechnen sind. Man sieht jetzt auf den Eisenbahnlinien riesige Züge der „American Relief Administration“ rollen, aber was bedeuten selbst diese Sendungen gegenüber dem Umfang der wirklich effektiven Hilfeleistung, die notwendig ist? Und diese Hilfeleistung wird mit jeder Woche dringender. Denn die schlimmsten Zeiten stehen noch bevor. Die Vorräte haben sich auch in den weniger hart mitgenommenen Gebieten erschöpft, und bis zur neuen Ernte vergehen noch lange Monate. Man kann nur wünschen, daß es Nansen gelingt, seine Propaganda endlich zu großem, tatsächlichem Erfolg zu führen, ehe es zu spät ist.

Tausende von Menschen sterben vor Hunger. Daran besteht kein Zweifel mehr. Die Volkskrankheiten wie der Flecktyphus, die bei gut Ernährten vielleicht nicht so verheerend wirken, tun das Uebrige, um das Uebel ins Unendliche zu steigern. Rußland hat solche Heimsuchungen von elementarer Gewalt immer

gehabt. Die letzte große Hungerkatastrophe fiel in die Jahre 1891 und 1892. Die Jahre 1898, dann 1908 und 1911 brachten ebenfalls große Mißernten. Diese Gefahren sind auch in der Zukunft nicht mit einfachen administrativen Maßregeln im voraus zu beschwören. Sie hängen zusammen mit dem primitiven Stand der russischen Landwirtschaft, mit den Gewohnheiten der Bauern, im ganzen und großen nur für den notwendigen Eigenbedarf auszusäen, mit den allgemeinen kulturellen Zuständen, schließlich mit den meteorologischen Verhältnissen. Die Trockenheitsperioden sind eine regelmäßig wiederkehrende Erscheinung, die sich leider niemals mit einem einzigen Jahr begnügt, sondern sich auf mehrere Sommer zu verteilen pflegt. So befürchtet man auch für das neue Jahr noch schwere Schädigungen. Die meteorologischen Beobachtungen haben gezeigt, daß bis jetzt nur ungenügende Feuchtigkeitsmengen niedergegangen sind. Wenn nicht reichliche Regenfälle das Defizit ausgleichen, dann ist die Gefahr sehr groß, um so größer, als die Trockenzone sich auf die Gegenden erstrecken dürfte, die in diesem Jahre verschont geblieben sind. Ein verfrühter Pessimismus ist vielleicht nicht am Platz, aber es ist nötig zu wissen, daß man es mit elementaren Grundlagen des Elends zu tun hat. Zu diesen Grundursachen sind auch die leider schwer zu ändernden Gewohnheiten der russischen Bauern zu rechnen. Sie halten in ihrem Feldbau an unerschütterlichen Traditionen fest. Dazu gehört vor allem der Umstand, daß sie zu spät umpflügen, um das Ackerland für die Aufnahme der Feuchtigkeit richtig empfänglich zu machen.

Die Sowjets kämpfen jetzt gegen diese Gewohnheiten an, wie es früher die zaristische Regierung ohne Erfolg getan hat. Verhängnisvoll ist ferner die festgewurzelte Neigung der Bauern, nur das umzupflügen, was sie für den Eigenbedarf brauchen. Der frühere Export von Getreide kam fast nur aus dem Bereich der „Schwarzen Erde“. Diese Einschränkung im Anbau hängt freilich mit der Verteilung des Besitzes zusammen. Wo die

Ackerbaufläche des einzelnen, gleichviel ob in Gemein- oder Eigenbesitz, nur so groß ist, daß sie die arbeitende Bauernfamilie knapp ernährt, da bringt der geringste Mißertrag schon schwere Ausfälle an Nahrungsmitteln. Daher rühren übrigens auch die widersprechenden Nachrichten aus den gegenwärtigen Hungergebieten. Die reicheren Bauern haben für sich genug, können aber kaum etwas abgeben. Dem Hunger ausgeliefert ist die Masse der Kleinbauern und des Dorfproletariats. Das Elend nimmt hier die grauenhaftesten Formen an. Die Leute hätten anfangs besser daran getan, ihr bißchen Brot rein zu backen und keine Zusätze von allen möglichen und unmöglichen Stoffen zu nehmen, die ihnen die Verdauungsorgane krank machten. Sie essen auch, um das brutalste Hungergefühl zu stillen, reine Erde. Das „Lehmessen“ macht sie, wenn die Hilfe wirklich kommt, unfähig, davon noch Nutzen zu haben. Die bessere Ernährung wird ihnen geradezu zur Gefahr, wenn nicht Aerzte mit vorsichtiger Behandlung die zerstörten Organe wieder einer Gesundung zuführen können. Ob dieses falsche Verhalten der Armen hätte vermieden werden können, ist heute eine akademische Frage. Jedenfalls muß man nunmehr mit den Wirkungen rechnen, die zur Folge haben, daß für viele die Hilfe zu spät kommt, daß ganze Dörfer einfach aussterben, soweit sie nicht schon von den Bewohnern verlassen sind. Vielleicht sind diese Wanderungen auch zu frühzeitig begonnen worden. Denn sie haben offenbar die Ungeheuerlichkeit der wirklichen Gefahr zunächst nicht im vollen Umfang erkennen lassen, da der russische Bauer vielfach noch leicht zum Verlassen seiner Heimstätte geneigt ist und gern neue Siedelungen aufsucht. Diese Entvölkerung ist übrigens auch eine Gefahr für die Ernten der kommenden Jahre; denn weite Strecken werden unangebaut liegen bleiben, und es wird Jahre dauern, bis sie selbst für die primitive russische Ackerbaukultur zurückgewonnen werden.

Die Not wurde verschlimmert durch die Vernichtung des Viehstandes. Er ist dem Hunger zum Opfer gefallen. Er war

schon in den letzten Jahren sehr zurückgegangen. Die Requisitionen des Bürgerkriegs — die Sowjets trifft daran so viel Schuld wie die tief eingedrungenen Heere der gegenrevolutionären Generale — haben große Lücken geschaffen. Der Futtermangel infolge der Trockenheit hat das Unglück vollendet. Dieser Mangel an Vieh erscheint jetzt als eine große Behinderung der Hilfsaktionen. Man kann sich denken, daß in der Nähe der Eisenbahnlinien genügende Transporte herangeschafft werden können. Aber es wäre nötig, sie auch auf Hunderte von Kilometer ins Land zu tragen. Der vollständige Mangel an Zugtieren macht das absolut unmöglich. Das ist um so verhängnisvoller, als die russischen Straßen in den abgelegenen Gegenden den Verkehr mit jedem anderen Zugmittel, Kraftwagen u. s. w., ausschließen.

Diese Schwierigkeiten dürfen das Hilfswerk selbstverständlich nicht entmutigen. Aber es wäre auch ein Verbrechen, wenn auf irgendeiner Seite politische Hintergedanken es in seiner vollen Wirkung irgendwie beeinträchtigten. In der Ukraine ist jetzt der Dichter Korolenko gestorben, der bei der Hungersnot von 1891/92 durch seine Schilderungen Rußland und die ganze Welt erschüttert hat. Vielleicht wäre es seiner Feder diesmal wieder gelungen, das Gewissen der Menschheit zu einer Aktion aufzurütteln, die dem Elend wirklich hätte abhelfen können.

Rätekongreß.

Im „Großen Theater“, dem alten Kaiserlichen Opernhaus mit seiner verschwenderischen Pracht, tagte der neunte All-russische Rätekongreß. Ueber den Proszeniumslogen und der früheren Zarenloge sind die Wappen mit Adler und Krone nur durch rote Drapierung verhüllt. Man hat sie nicht weggerissen und nicht durch Hammer und Sichel ersetzt, vielleicht weil man die Empfindung hatte, daß diese Symbole der Arbeiter- und Bauernrepublik nicht passen würden in den altgoldenfarbigen Stuck. Die Revolution hatte den simpleren Stil der modernsten Ausdruckskunst bevorzugt, der weder im Material noch in der Ueppigkeit der dekorativen Formen die Wirkung sucht. Es mag ein Zeichen für das Gefühl der eigenen Stärke sein, daß man hier keine Bilderstürmerei trieb. In diesem Saal sitzen die Delegierten der Räte, die so etwas wie das russische Parlament darstellen. Die übrigen Plätze sind bis an die Decke hinauf von den Glücklichen besetzt, die eine Zutrittskarte eroberten. Rechts ist eine Loge für das diplomatische Korps, über ihnen für die viel zahlreichere amerikanische Hilfsmission eingeräumt worden. Auf der Bühne ist die Szenerie eines großen Empfangs-raumes im Barockstile gestellt. In Tschaikowskis „Pique-Dame“ erscheint darin Katharina II. mit ihrem Hofgefolge. Die Rampe entlang steht ein einfacher langer, mit rotem Tuch bedeckter Tisch, links davon eine rot umhüllte Rednertribüne. Daneben der Tisch für die Stenographen, alles jüngere Frauen. Im Hintergrunde sitzen die Privilegierten, die, ohne Mitglieder des Kongresses zu sein, Wert darauf legen, den Sitzungen beizuwohnen. Wir erkennen Lunartscharski, den Volksbeauftragten

für Volksaufklärung, mit seinen scharfen Zügen, den Gelehrtenkopf von Riasanow, dem Leiter des Karl-Marx-Institutes, Radek, der sein bewegliches Gesicht unter einer großen Hornbrille und einer Art Sportmütze versteckt. Alle sind im Alltagskostüm, wie es sich im Staate der Arbeit schickt. Die Tagung ist öffentlich, aber um zu ihr durch eine nicht leicht zu erlangende Karte Einlaß zu finden, hatte man drei oder vier Kontrollen zu passieren. Das Opernhaus ist militärisch abgesperrt, nicht strenger übrigens als bei besonderen Gelegenheiten die französische Deputiertenkammer oder irgendein anderes Parlament. Die jungen Rotgardisten nehmen ihre Aufgabe ernst, sind aber, wenn sie Karten prüfen, nicht geizig mit dem „Paschalsta“ (Bitte!), dem repräsentativsten Worte der ausgeprägten russischen Höflichkeitskultur, das auf Schritt und Tritt in die Ohren klingt.

Der Beginn war auf sechs Uhr abends festgesetzt, es ist beinahe sieben, als der „W. Z. J. K.“, der „Allrussische Zentrale Vollziehungs - Ausschuß“ mit seinem Präsidenten Kalinin am Tische erscheint. Neben ihm nehmen der blondbärtige Kamenew, der Wirtschaftsmann für industriellen Aufbau, und Sinowiew mit dem scharf geschnittenen Schauspielerkopf Platz. Eine ebenso auffallende interessante Erscheinung ist Jenukydse, der ständige Sekretär des Ausschusses, ein großer starker blonder Mann von gewinnender Haltung. Abstechend ist auch die zierliche Figur des Landwirtschaftsministers Ossinski aus dem Fürstengeschlecht der Obolenski. Der Ausschuß ist die höchste Behörde der Republik, er wird alljährlich vom Rätekongreß gewählt. Kalinin ist also der höchste Beamte. Er ist nicht mehr jung, der Typus des bebrillten Gewerkschaftsführers, den man in einer deutschen Arbeiterversammlung kaum für einen Fremden halten würde. Durch Akklamation wird die vom Präsidium vorgeschlagene Liste der Büromitglieder gebilligt. Kalinin erhält das Präsidium des ganzen Kongresses. Er erledigt sich seiner Aufgabe mit einfacher Natürlichkeit. Ohne jede rhetorische Ausschweifung hatte er die Tagung für eröffnet

erklärt. Er stellte nur vorläufig fest, daß 1606 Delegierte erschienen sind, davon 346 stimmberechtigte. Dann wird die Kommission für die Prüfung der Mandate ernannt. Die Vertreter der föderierten Republiken begrüßen die Versammlung. Ein stattlicher Mann, Mdivani, spricht für Georgien, das zum ersten Male am Sowjet-Kongreß teilnimmt. Ein Arbeiter, der bald ins Persische übergeht, spricht für Aserbeidschan, ein anderer für das sozialistische Armenien. Auch für die fernöstliche Republik tritt ein Arbeiter auf. Ein schneidiger Kerl ist Rakowski, der die Loyalität der Ukraine bezeugt. Vom Ausland bringen kommunistische Grüße der alte Kata Yama aus Japan, ein Amerikaner, ein Deutscher, deren Reden Frau Kollontai, die russische Frauenrechtlerin, ins Russische übersetzt.

Was wir bis jetzt erlebt haben, ist ungefähr das, was sich auf den Arbeiterkongressen abspielt. Die Atmosphäre, die Geschäftsordnung ist die gleiche. Nur sehen die Kongressisten hier zum guten Teil asiatisch aus, mit den hohen zottigen Schaffellmützen auf dem Kopf oder in Pelzen mit der nach außen gekehrten Haut, den großen Filzstiefeln, in denen die Bauern den Winter durchleben. Man sieht viele von den typischen russischen Bauern mit wenig geschnittenem Bart und Haar. Ein Parlament im eigentlichen Sinne ist der Rätekongreß nicht. Seine Aufgabe ist begrenzt auf die Diskussion und Beschließung von Leitsätzen, welche der Regierung als Richtschnur dienen für die Gesetzgebung und Verwaltung. Er tagt nur einmal im Jahr. Er darf dann freilich Kritik an der Regierung üben, und übt sie auch. Aber bei der Beurteilung des ganzen Kongresses ist zu beachten, daß die „Kommunistische Partei“ drei Tage vorher ebenfalls eine allrussische Konferenz abgehalten hat. Sie ist die stärkste Fraktion. Sie umfaßt etwa drei Viertel der Delegierten. In der amtlichen Statistik werden alle übrigen als „parteilos“ bezeichnet. Die eigentlichen Kämpfe haben sich in den Geheimsitzungen der Kommunistischen Partei abgespielt, die im Rätekongreß als geschlossene und einige Fraktion auftritt. Man hält

freilich darauf, die Politik der Regierung vor diesem größeren Forum zu erörtern und billigen zu lassen. Denn die Räte sind keine kommunistische Schöpfung. Sie sind eine spontane Schöpfung des Volkswillens gewesen, in dem die Bolschewisten zuerst mit der Losung: „Alle Macht den Räten“ die Ueberzahl erlangten und sie bis jetzt behalten haben, weil das indirekte Wahlrecht auf die Diktatur der Arbeiterschaft zugeschnitten ist, die in Wirklichkeit und in offener programmatischer Formulierung die Diktatur der Kommunistischen Partei ist.

Die Eröffnungsrede hält Lenin. Sein Auftreten ist das „Ereignis“ des Kongresses. Man hatte in den letzten Wochen allerhand gemurmelt über eine mögliche Isolierung Lenins in der Partei. Hier ist nichts davon zu merken. Vor allem, er nimmt kein Jota zurück von dem, was er seit dem Frühjahr als „Neue Wirtschaftspolitik“ predigt und was manchem nicht vereinbar scheint mit dem kommunistischen Werben. Die Kommunistische Partei hat sich übrigens auch für diese neue Politik ausgesprochen, wenn auch unter Verklausulierungen, die das Endziel retten. Lenins Ausführungen gipfeln in dem Satze: „Lernt wirtschaften!“ Man muß aus den Methoden, die unter dem Zwange des Krieges und Bürgerkrieges eingeführt wurden, zurückkehren zu einer wirtschaftlichen Betriebsführung. Das heißt, es darf nicht mehr ausschließlich darauf ankommen, zu produzieren ohne Rücksicht auf Kosten, sondern jede Unternehmung, auch die staatlichen, muß ihre Kosten decken. Wir berichten über diese Wandlungen in anderen Kapiteln ausführlich. Hier handelt es sich nur darum, die Zustimmung des Rätekongresses zu erlangen, die zweifellos gegeben wird. Lenin beschäftigte sich in seiner Rede mit der gesamten außen- und innerpolitischen Lage. Rußland will Frieden halten, nicht gerade um jeden Preis. Die Bolschewiken haben im Jahre 1917 erkannt, daß der einzige Ausweg aus dem imperialistischen Weltkrieg die Revolution war. Sie eröffneten damit auch den Ausweg auf den Frieden für die anderen Völker. Diesem ihrem Programm ist die

Sowjet-Republik treu geblieben, und der Bund der arbeitenden Klassen aller Länder wird dazu dienen, die Idee zu verwirklichen. Aber es ist nicht zu verkennen, und Sowjet - Rußland muß es direkt anerkennen, daß der Imperialismus und der Kapitalismus in den anderen Ländern noch bestehen und herrschen. Die sonderbare Lage, die für die Sowjets daraus entsteht, wird nur klar, wenn sie mit vollkommener Kaltblütigkeit die internationale Lage prüfen. Die wirtschaftliche Krisis ist für die Bourgeoisie der siegreichen Länder viel schwerer. Der Kapitalismus ist in Zersetzung begriffen. Die Frage der Annullierung der interalliierten Schulden ist ein Beweis für die Hilflosigkeit. Lenin erheiterte hier seine Zuhörer mit der Bemerkung: „Sehr gut, meine Herren (die Staatsmänner der Entente), wir warten längst darauf, daß Sie unserem Beispiele folgen werden!“ Das schloß indessen nicht aus, daß Lloyd George für seinen in der Presse gemeldeten Vorschlag über die Aufhebung der alliierten Schulden in Verbindung mit den deutschen Reparationen von Lenin als einer der verständigsten und geschicktesten Führer der kapitalistischen Welt bezeichnet wurde.

In humoristischer Form gab Lenin der Versammlung auch beruhigende Versicherungen über die „Tscheka“. Mit dieser Abkürzung wird hier die „Allrussische außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, der Spekulation und dienstlicher Vergehen“ bezeichnet. Die „Tscheka“ besaß infolge ihrer weitgehenden Befugnisse eine ungeheure Macht. Es wurde sogar gesagt, sie sei die eigentliche Regierung des Landes. Jedenfalls ist sie eine gefürchtete Organisation. Lenin teilte mit, daß sie in Zukunft nur noch eine politische Polizei sein soll. Aber — und das war wohl ein Wink für alle gegenrevolutionär Gesinnten — die Einschränkung der Gewalt der „Tscheka“, die im Grunde nach dem französischen Sprichwort nur die Schattenseite ihrer Vorzüge habe, hänge ab von der allgemeinen Beruhigung.

Der andere große Redner des Kongresses ist Trotzki, der Volkskommissar für das Kriegswesen. Er spricht nur von der „Roten Armee“, aber der Gegenstand gibt ihm Gelegenheit, überall Ausblicke auf das allgemeine politische Gebiet zu machen.

Der „Ssiesd“ hat sieben Tage gedauert mit zwei Sitzungen täglich. Er hat die Aufmerksamkeit verdient, mit der er von den Russen erwartet worden war, und er hat gebracht, was man erhoffte, die Bekräftigung der seit dem Frühjahr eingeleiteten neuen Politik. Grundsätzliche Beschlüsse, die in einem Dutzend ausschweifend langer Resolutionen niedergelegt werden, tun es nicht, wenn es sich darum handelt, praktisch einzugreifen. Aber so wie die Dinge in Rußland liegen, haben diese Kongreßbeschlüsse ihre große Bedeutung. Ein staatliches System, das von einer theoretischen Konzeption ausging, kann sich nur in theoretischer Rechtfertigung jeder Wandlungsphase fortbewegen. Und eine herrschende politische Partei, die ihr Programm den Umständen anpaßt, braucht ausführliche Begründungen, mit denen sich die verschiedenen Strömungen in der Partei zufrieden geben können. Daß es gelungen ist, die Kompromißlinie zwischen der Regierungspolitik und der Parteidroktin zu finden, das stellt den Erfolg des Kongresses dar. Der neue Kurs wird auf allen Gebieten fortgesetzt, mit Beschleunigung sogar.

In historischer Perspektive gesehen, mag es wenig Bedeutung haben, daß der Kongreß kein Parlament darstellt, wenn die auf der Diktatur des Proletariats aufgebauten Machtfaktoren auf dem richtigen Wege wandeln. Ihre langsame Einpassung in die Notwendigkeiten der Wirklichkeit mag eine Bürgschaft für eine ruhige Entwicklung enthalten. Aber darum ist auch klar, daß dieses auf einem ständischen Wahlrecht mit Bevorzugung der Arbeitermassen beruhende Rätesystem nur für Rußland gelten kann, das auch mit seinem Wahlrecht für die letzte Duma noch weit entfernt war von einer demokratischen Ordnung. Man kann beinahe sagen, die Revolution habe die zaristische

Pyramide des politischen Aufbaus auf den Kopf gestellt. Nun regiert die Kommunistische Partei autokratisch, mit vollem Bewußtsein und ohne Beschönigung, an Stelle des Zaren. Sie ist mit ihrer halben Million überzeugter Anhänger eine Minderheit, aber sie beherrscht die Machtorganisation vollkommen. Nach dem Bericht der Kommission für die Prüfung der Mandate bestand der Kongreß aus 1991 Delegierten, davon 1631 mit Stimmrecht. Von den Stimmberechtigten gehören 1522 der Kommunistischen Partei an — die sich in Fraktionssitzungen zu einem einheitlichen Auftreten im Plenum einigt —, 109 sind „Parteilose“. Die Rote Armee hatte 76 Delegierte geschickt. Von den 360 Delegierten mit bloß beratender Stimme sind 328 Kommunisten. Die absolute Mehrheit der Partei ist also reichlich gesichert. Unter den „Parteilosen“ figurieren ein Sozialrevolutionär, ein Vertreter der jüdischen Arbeiterpartei (Zionisten) und ein Anhänger der Sekte der Molokaner (Milchtrinker). Es ist übrigens bemerkenswert, daß der Minderheitsgruppe der Sozialrevolutionäre wieder eine gewisse Bewegungsfreiheit gegeben wurde. Sie wird Ende Januar einen Kongreß abhalten. Ihr halbmonatliches Organ „Narod“ fängt wieder zu erscheinen an. Damit wiederholt man nur ein früher schon gemachtes Experiment. Ob es diesmal gelingen wird, hängt von dem politischen Sinn der Sozialrevolutionäre und der Kommunisten ab. Es wäre der Anfang zu einem Regime der Freiheit, einer Freiheit allerdings, die an der Diktatur des Proletariats ihre Grenzen finden würde.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, daß man den Zentralen Vollzugsausschuß, die oberste Regierungsbehörde, auf 380 Mitglieder erweitert und 40 parteilose Bauern darin aufgenommen hat. Die Erweiterung war zum Teil notwendig, weil auch Vertreter der neuen föderierten Republiken aufgenommen werden sollten. Der Ausschuß wird sich dreimal im Jahre versammeln. Er stellt ein kleines Parlament dar, das zu den Einzelheiten der Regierungsarbeit herangezogen wird. Darin liegt

nicht formal — denn die Mitgliederzahl des Vollzugausschusses war nicht begrenzt —, aber doch tatsächlich eine Verfassungsänderung. Es fragt sich nun, wie dieser vergrößerte Apparat der Diktatur wirken wird, hemmend oder fördernd für die Tätigkeit der Regierung. Denn es ist nach außen hin nicht ganz klar geworden, ob man mit dieser Änderung nicht nur die Kampfhähne in den Korb hereinnehmen wollte. Arbeitet der Apparat ohne schwere innere Reibungen, dann dürfte er allerdings geeignet sein, die gesetzgeberische Arbeit zu verbessern und ihr eine größere Autorität zu geben.

Wir können uns ersparen, auf die Einzelpunkte der Tagesordnung näher einzugehen, da wir die Probleme in anderen Kapiteln ausführlich behandelt haben und da die neuen Resolutionen die „Neue Wirtschaftspolitik“ nach jeder Richtung hin bestätigen und bekräftigen. Das gilt für die Industriepolitik, ganz besonders für die Landwirtschaftspolitik, in der der Kongreß seinen Schwerpunkt hatte. Grundsatz bleibt die Begünstigung der kleinen und Mittelbetriebe. Praktisch bedeutet die Regierungspolitik die Durchführung von technischen Maßnahmen zur Hebung der bäuerlichen Produktion, Beschaffung von Saatgut, Entsendung wissenschaftlich gebildeter Agronomen u. s. w. Ein großes Gewicht wird auf die Wiederherstellung des ländlichen Genossenschaftswesens gelegt. In einer direkten Verbindung damit steht das Problem des Hungers, über das der Präsident des Vollzugausschusses, Kalinin, einen eingehenden Vortrag hielt. Die außerordentliche Notlage in den Gegenden der Mißernte wurde offen dargelegt. Kalinin gab auch zu, daß alles bisher Geschehene ungenügend ist. Wir haben diese Frage in einem besonderen Kapitel behandelt. Der russische Vertreter in Berlin, Krestinski, war zur Tagung nach Moskau gekommen, um in seiner Eigenschaft als Finanzkommissar für eine energische Sanierung der staatlichen Finanzwirtschaft einzutreten. Man wird also mit allen Mitteln versuchen, Ordnung ins Budget zu bringen.

Die Rote Armee.

„Es ist offenbar, daß es ohne Rote Armee den Arbeitern und Bauern Rußlands unmöglich wäre, irgend eine Eroberung ihrer Revolution festzuhalten und die Mächte der eigenen und internationalen Reaktion zurückzuschlagen.“ So schreibt Bucharin, einer der führenden Theoretiker der Kommunistischen Partei. Was er schreibt, ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn nach der sozialistischen Auffassung die stehenden Heere der bürgerlichen Staaten einen Klassenschutz darstellten, so ist es im proletarischen Klassenstaate nicht anders. Die Rote Armee ist das stärkste Machtmittel der Sowjet-Republik, und die seit Jahrzehnten von dem revolutionären Sozialismus gepredigte Forderung auf Abschaffung der stehenden Heere bricht sich hier an der Staatsraison des proletarischen Staates. Darum ist auch nicht viel darüber zu rechten, sondern einfach damit zu rechnen, wie mit so manchem, was in Sowjet-Rußland den alten Theorien und Programmen der Arbeiterparteien widerspricht. Die Rote Armee ist im übrigen weit mehr eine Klassenarmee als irgend eine Armee der kapitalistischen Staaten. Denn sie geht nicht aus der allgemeinen Wehrpflicht hervor. Sie ist durch ihre Rekrutierung eine ausgesprochene Klassenarmee. „Das Ehrenrecht, die Revolution mit den Waffen in der Hand zu verteidigen, wird nur dem werktätigen Volke gewährt, den andern Elementen werden sonstige Militärpflichten auferlegt,“ heißt es in der Staatsverfassung. Aber noch mehr als durch ihre Zusammen-

setzung, die sich schon geändert hat, wird die Rote Armee durch ihren Geist zu einer Klassenarmee. Im Innern der rein militärischen Organisation zieht sich ein fein verzweigtes Geäder von kommunistischen Parteizellen, die in allen Formationen die Staatsgesinnung züchten und nähren sollen. Es ist das gleiche System, mit dem die Minderheit der Kommunisten auch alle Organisationen des Wirtschaftslebens zu beherrschen strebt, die Gewerkschaften, die Genossenschaften, die Räte sogar, auf denen die höchste Staatsgewalt aufgebaut ist. Ueberall führt eine kleine Zahl entschlossener und wohl ausgewählter Kommunisten das Wort. Sie üben die Kontrolle, sei es als Kommissare, sei es in den Ausschüssen. Sie sind aber auch die Träger der Propaganda. Ganz beonders durch die Armee hoffen die Kommunisten das ganze Land mit ihrer Doktrin zu durchdringen. Die Bauernsöhne gehen in der Kaserne in die Schule des Kommunismus, und wenn man dem glauben darf, was die Sowjetpolitiker mit Stolz erzählen, dann sind die entlassenen Soldaten die wirksamsten Apostel der kommunistischen Lehren auf dem Lande.

Auch hier stößt man auf die Unterschiede zwischen Theorie und Praxis. Die mit so großer Rührigkeit und Ausdauer betriebene Proselytenmacherei in der Armee hat ihre natürlichen Begrenzungen. Die Rote Armee mußte auch nach militärischen Prinzipien aufgebaut werden. Man brauchte „Spezialisten“ und diese Spezialisten, Berufssoldaten, sind keineswegs ohne weiteres für die kommunistischen Ideale zu gewinnen. Daraus entstand eine Reihe von delikaten Problemen innerhalb der Armee selbst, die vielleicht nur provisorisch gelöst sind. Zweifellos hängt auch die Zukunft der Armee davon ab, daß diese Probleme mit aller Behutsamkeit behandelt werden. Niemand hat diese Dinge besser und offener geschildert als Trotzki selbst in seiner großen Rede auf dem letzten Rätekongreß. Hier die wichtigsten Stellen:

„Wie lebt jetzt im Frieden die Rote Armee? Die Natur der Sowjet-Politik befiehlt, immer und in allem die Wahrheit zu sagen. Man muß es auch hier tun. Schwer war die Lage und sie ist es auch jetzt noch. Die Armee hat sich von den kriegerischen Taten entfernt und ihrem Leben wird nach und nach immer weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Es sind neue scharfe Fragen aufgetreten. Die Verpflegung und Kleidung sind sehr schmerzhaft Probleme, und sogar jetzt, wo die Armee auf ein Drittel zusammengeschmolzen ist, gelingt es nicht, sie immer mit dem Notwendigsten zu versehen und in die Lage zu versetzen, sich ihrer Friedensaufgabe, d. h. der Instruktion und Vorbereitung, hinzugeben. Bei all unserer Armut könnten wir noch viel für die Rote Armee tun. Ihr Leben in der Kaserne müßte gemütlich, reinlich und warm gemacht werden . . .

Der Bestand ist ziemlich bunt: Es gibt Arbeiter, Bauern, ehemalige Unteroffiziere und Offiziere der Kriegszeit und auch Teile vom aktiven Kommando der Vorkriegszeit. Im Oktober und November 1921 waren 43,4 Prozent des Kommandopersonals ohne spezielle militärische Ausbildung. Vom Standpunkt der aktiven Armee aus ist das ein großer Mißstand. Aber wir sind stolz auf dieses Prozentverhältnis. Diese 43,4 Prozent sind der Grundstein unseres Kommandobestandes, sie sind die echten gestählten Arbeiter und Bauern. Sie sind die roten Offiziere der Revolution, welche noch keine Zeit hatten, eine spezielle militärische Ausbildung zu erhalten, welche von der Revolution ganz plötzlich aus ihren Fabriken und von der Egge weggerufen wurden . . .

Ehemalige Unteroffiziere gibt es 13 Prozent, also viel zu wenig, rote Kommandeure, die die militärischen Sowjetschulen absolviert haben, ungefähr 10 Prozent, Offiziere aus der Kriegszeit 22,1 Prozent, frühere aktive Offiziere 5,6 Prozent und Militärbeamte 6 Prozent. Die Rote Armee hat in ihrem kolossalen Kessel dieses verschiedene Menschenmaterial einge-

schmolzen. In aller Eile haben wir uns den Kommandobestand aus allen möglichen Quellen zusammengeholt, darunter auch aus den früheren aktiven Offizierskreisen. Die Kommandeure aus diesen Kreisen haben uns große Dienste geleistet. Sie waren uns nötig, sie lehrten uns. Aber man muß auch darauf hinweisen, daß sie zu gleicher Zeit viel von uns gelernt haben.

Der sozialen Herkunft nach besteht das Kommando aus 67,3 Prozent Bauern, 12 Prozent Arbeitern und etwa 20 Prozent anderen Schichten. Ihr, Bauerngenossen, die ihr hier sitzt, merkt euch das, 67,3 Prozent sind aus euren Reihen hervorgegangen. Ihr werdet das im Dorf erzählen. Kommunisten waren im Kommando bis zur Reinigung 20 Prozent. (Die Partei hat neuerdings alle unsicheren Elemente ausgestoßen.) In der ganzen Armee gibt es jetzt weniger als 10 Prozent Kommunisten.

... unsere Armee ist die demokratischste Armee der Welt, und man könnte uns vielleicht voller Hohn fragen, warum wir einen Unterschied machen zwischen der Lage der Kommandeure und Kommissare und der einfachen Soldaten. Mit ruhigem Gewissen können wir darauf antworten, daß dazu durchaus genügende, vernünftige und mit dem demokratischen Regime vereinbare Gründe vorliegen. Die Sache liegt so, daß der junge Rotarmist auf dem Wege der Einberufung in die Armee eintritt. Er kommt nur auf kurze Zeit und kehrt dann nach Hause zurück. Ganz anders verhält es sich mit unseren militärischen Spezialisten, unseren Kommandeuren und Kommissaren. Der Militärdienst ist ihre berufliche Tätigkeit. Sie weihen ihm ihr ganzes Leben, und wir müssen ihnen daher entgegenkommen und dieses Leben wenigstens in ein Verhältnis der elementarsten und bescheidensten Sicherstellung bringen.“

Jedes Wort über diese Ausführungen Trotzki's wäre zu viel. Mit den paar Strichen hat er die innere und äußere Lage der Roten Armee scharf gekennzeichnet und, soweit man das

beurteilen kann, richtig gekennzeichnet. Die Russen ohne Ausnahme wissen aber, daß ein äußerer Krieg die Armee zu den höchsten Anstrengungen bringen würde. Auch Trotzki hat das mehrmals unter dem tosenden Beifall des Kongresses versichert.

Der Heeresbestand ist durch die Demobilmachung im vorigen Jahre von 5 300 000 Mann auf 1 595 000 zurückgebracht worden. In dieser Ziffer sind die Flotte und die Militärschulen inbegriffen. Die Kampfarmee zählt 1 370 000 Mann, die in 95 Infanterie- und 49 Kavalleriebrigaden gegliedert sind.



Die Sowjet-Diplomatie.

In Genua tritt die Sowjet-Regierung aus der Isolierung heraus, in der sie freiwillig und unfreiwillig verharret hatte. Ob es dort bloß bei einer tatsächlichen Anerkennung bleibt oder ob man zur Aufnahme der vollen völkerrechtlichen Beziehungen gelangt, mag für die wirklichen politischen Machtverhältnisse nicht von großer Bedeutung sein. Das sind Formfragen, an denen die wahren politischen Interessen nicht zu scheitern pflegen. Wichtig ist, daß Rußland jetzt entschlossen ist, die Idee der Weltrevolution hinter die aktive Diplomatie zurückzustellen. Mit der Note Tschitscherins vom Monat November über die Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden hatte die russische Regierung schon den entscheidenden Schritt getan. Die Note, die als Gegenwert die völkerrechtliche Anerkennung der Sowjet-Republik verlangte, war der erste formale Ausdruck dafür, daß Rußland aktiv in die Weltpolitik eintreten wollte. Der Gedanke war nicht neu. Krassin hatte ihn früher schon Lloyd George persönlich eindringlich genug ins Ohr geraunt. Aber der englische Premier ließ es damals bei seinem Lächeln bewenden, und man mußte sehr naiv sein, anzunehmen, daß die Ohren aller übrigen europäischen Staatsmänner von der Moskauer Note völlig überrascht worden wären. Dazu hatte man zwischen den westlichen Hauptstädten und Moskau schon zu viel offen und verschwiegen geplaudert. Der „Narkominodiel“, das Außenministerium, wußte, was es tat. Die Anerkennung der Vorkriegsschulden ist der Weg zur Aussöhnung mit der Entente. Es wäre verfehlt zu glauben, das neue Rußland wolle einfach die Politik des zaristischen Regimes aufnehmen. Dazu hat sich

die Welt zu sehr verschoben, dazu fehlt vor allem die waffenstarke Gruppe der alten Zentralmächte, deren Stellungnahme zu den europäischen und asiatischen Problemen für Rußland von bestimmender Bedeutung war. Berlin ist keineswegs gleichgültig geworden für Moskau, nichts weniger als das. Aber wir Deutschen dürfen keinen Augenblick vergessen, daß wir heute geringen oder gar keinen Einfluß ausüben können auf die Gleichgewichtslage der Weltpolitik. Deutschland ist mehr Objekt als Subjekt der Diplomatie. Damit wird in Rußland jede Regierung rechnen müssen, ob sie auf den Sowjets oder auf irgendeinem anderen Regime ruht, ob sie deutsche Sympathien hegt oder nicht. Der „Njemetz“, der durch das neue „Germanetz“ noch nicht verdrängt ist, war im Grunde früher auch mehr geachtet als geliebt. Wirtschaftlich werden wir unsere Rolle zu spielen haben, auch für Rußland, das von uns die Menschen und Waren für seinen Wiederaufbau billiger bezieht als von den Ländern der Hochvaluta, billiger auch als durch den Zwischenhandel der Randstaaten, die selbstverständlich nicht umsonst arbeiten wollen und können. Nur fragt es sich auch hier, ob wir unser wirtschaftliches Schwergewicht ganz nach unserem Belieben in die Wagschale werfen können. Darüber muß man sich in aller Nüchternheit klar werden, und es nützt auch nichts, die Dinge nicht beim richtigen Namen nennen zu wollen. Die feinen Analysen außenpolitischer Chemie, die Bismarck in seinen Reden zu geben pflegte, können das Muster bleiben, mit der solche Fragen zu behandeln sind. Denn nur wenn man den Boden kennt, auf dem man steht, wird man wissen, welche diplomatischen Fundierungen er zu tragen vermag. Mit anderen Worten: wir müssen abwägen, was wir für Rußland sind und was Rußland für uns sein kann.

Die deutsch-russische Politik kann sich heute und in der nächsten Zukunft eigentlich nur um die wirtschaftlichen Fragen drehen. Jedes der beiden Länder hat ein gebieterisches Interesse an der Förderung des Warenaustausches, der keines-

wegs auf die Durchführung des „Remont“, des Wiederaufbaus Rußlands, beschränkt zu bleiben braucht. Aber es wäre gründlich verfehlt, hier an wunderbare Ueberraschungen zu glauben. Nur Geduld und gute Arbeit können etwas erreichen. Ein Sowjetpolitiker sagte mir wiederholt: „Wenn das ausländische Kapital sich einbildet, in drei Jahren auf seine Kosten zu kommen, dann wird es eine schwere Enttäuschung erleben.“ Der Schwerpunkt wird in die Anbahnung eines geregelten Austauschs zwischen russischem Rohstoff und deutschem Fabrikat zu legen sein. Wenn aus hochentwickeltem Wirtschaftsverkehr eine politische Annäherung sich ergeben kann, so darf doch die Festigkeit rein wirtschaftlicher Bande nicht überschätzt werden. Man hört hier immer wieder die Hoffnung aussprechen, daß Rußland und Deutschland als Opfer des Weltkrieges die Solidarität ihrer Interessen erkennen werden. Aber wie soll das politisch ausgewertet werden? Das russische Volk, dem das genaue Verständnis der westeuropäischen Verhältnisse fehlt, phantasiert bei jedem polnischen Streit davon, Polen zwischen die deutsch-russische Militärzange zu nehmen. Mit solchen Träumen geben sich die gewiegten Köpfe nicht ab. Sie sehen auch nicht mit unbedingter Vertrauensseligkeit auf die deutsche Politik gegenüber Rußland. Die Errichtung der beiderseitigen Vertretungen in Moskau und Berlin von etwas undefinierbarem Charakter bedeutete den Russen noch keine volle politische Genugtuung. Diplomatisch sind diese Vertretungen nicht klassifiziert. Sie beruhen auch auf einem Abkommen, das eigentlich nur der Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen die Wege ebnen soll.

Was den Sowjets nahegeht, ist die Duldung der Emigrantenpolitik in Deutschland. Mit dieser Klage müssen sie sich allerdings so ziemlich an ganz Europa wenden. Sie wissen zwar, daß sie nichts Ernstes zu befürchten haben. Denn erstens ist die Politik der Emigranten zu zerfahren, um eine unmittelbare Gefahr darzustellen. Zweitens wird ihr durch die langsame

Annäherung der Sowjets an die kapitalistischen Weststaaten der Boden unter den Füßen entzogen. Das gilt auch, wenn diese Annäherung nur zu einer kühlen Vernunft Ehe führt, in der sich die Weststaaten nicht zu sentimentaler Treue verpflichtet halten. Diese Dinge werden sich von selbst auf das richtige Maß einstellen, wenn man sich beiderseits vor Augen hält, was Deutschland für Rußland und Rußland für Deutschland sein kann. Eine sehr kühle Realpolitik in Berlin und Moskau ist das einzig Mögliche, das einzig Notwendige und das Beste für die beiden Länder.

Die neue russische Diplomatie offenbart ihre volle Bedeutung erst, wenn man sie als das Ergebnis einer Entwicklung ansieht. Diese Entwicklung war zu wenig beachtet worden. Sie erscheint keineswegs wie eine Ueberraschung. Die Außenpolitik der Sowjets war lange durch die Achtung gehemmt, die die russische Revolution im Auslande erfuhr. Der von der Entente unterstützte Bürgerkrieg der Denikin, Judenitsch, Wrangel hatte alle Energie der Bolschewiken auf die nackte Verteidigung eingestellt. In einem Zustand relativen Friedens treten jetzt die Strömungen auf, die ihre Quellen in dem eigentlichen Erdreich der dauernden russischen Interessen haben. Die Ententestaaten, als einzelne wie als Ganzes, Amerika, Japan sind heute die Träger der Weltpolitik. Rußland wirkt in diesem System vorläufig nur als negative Größe. Aber man spürt seine Anziehungskraft in den Bewegungskurven der westlichen und fernöstlichen Diplomatie, die in Washington in eine Gleichgewichtslage zu kommen strebte. Rußland kann diesen Entwicklungen nicht gleichgültig zusehen, weder was die allgemeine Gruppierung der großen Mächte anbelangt, noch in Bezug auf die möglichen örtlichen Entwicklungen in Ostasien. Sein Eintreten in die aktive Diplomatie könnte vor allem die Position, die Frankreich einzunehmen gedenkt, das Jonglieren zwischen England und Amerika, ihrer monopolartigen Stärke entkleiden. Wenn man sich auf der anderen Seite vorstellt, daß Frankreich und Ruß-

land im stillen Einvernehmen wirkten, dann wäre freilich die Lage Englands, das mit den Sowjets eine Reihe von Reibungsflächen hat, noch weniger beneidenswert. Sehr bald wird indessen das raffinierte Präzisionsinstrument kaum aufgestellt werden können, mit dem sich diese Kräfteverhältnisse in ihren feinsten Einspielungen messen lassen. Aber man muß sich klar sein, auf welchen Linien die Möglichkeiten für die künftige Politik Rußlands liegen. Man muß sich bewußt werden, welche Richtung die Interessen Rußlands einzuschlagen gebieten. Und das steht heute schon fest, die Sowjets denken nur daran, eine Politik zu verfolgen, die diesen Interessen dienen kann.

Das Verhältnis Rußlands und Frankreichs wird für die Weltpolitik von größter Bedeutung sein. Wir sind nicht der Meinung, daß hier nun alles auf des Messers Schneide sich abspielen und haarscharf nach rechts oder links entscheiden wird. Auch da wird es halbe und schiefe Lösungen geben, Kompromisse, in denen die politischen und wirtschaftlichen Interessen sich gegenseitig belasten. Weder Frankreich kann sich aus dem Zwang seiner bisherigen Bündnisse und Einvernehmen lösen, noch können die Sowjets ohne Bedenken den Vertrag von Versailles anerkennen, der ihnen unbequeme staatliche Neubildungen und ernste territoriale Streitfragen an ihrer Westgrenze beschert hat. Mit keinem anderen Lande als gerade Frankreich wird es ihnen so schwer fallen, zu einem Einvernehmen zu gelangen. Frankreich erhebt die höchsten wirtschaftlichen Ansprüche. Es hat rund zwanzig Milliarden Goldfranken aus den Vorkriegsschulden des Staates zu fordern. Es hatte in den russischen Aktienunternehmungen von allen europäischen Ländern den größten Anteil, doppelt so viel wie England, dreimal so viel wie Deutschland. Von den Staatsschulden und den privaten Verpflichtungen muß billigerweise den auf dem früheren russischen Gebiete entstandenen neuen Staaten ihre Quote zugemessen werden. Aber vielleicht wird Frankreich in dieser Beziehung nicht so völlig unerweichbar

sein wie in seinen Reparationsforderungen an Deutschland. Denn in absehbarer Zeit ist nicht daran zu denken, von Rußland Leistungen in bar zu erhalten. Der französische Bedarf an russischen Rohstoffen ist nicht entscheidend für die Blüte der französischen Industrie.

Die Bezahlung der russischen Schulden kann nur auf dem Wege der Erteilung von großen Konzessionen erfolgen. Man könnte sich noch andere Lösungen vorstellen. Im Artikel 116 des Vertrages von Versailles behalten sich die Alliierten „ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland jene Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entsprechen“. Man könnte sich also vorstellen, daß diese Forderungen Rußlands gegen Deutschland an Frankreich übertragen würden. Die erste Voraussetzung dazu wäre, daß Rußland diese Forderungen geltend macht und sie nachweist. Aber zweifellos könnte dieses Geschäft nicht allein zwischen Paris und Moskau erledigt werden. Das ist eine gemeinsame Angelegenheit der Alliierten, in der jeder erhebliche Interessen zu vertreten hätte. Ob Deutschland sich so sehr davor zu fürchten hätte, wie jetzt einzelne Sowjetleute hören lassen, um einen Druck auf uns auszuüben, steht keineswegs fest. Denn die Reparationsleistungen Deutschlands sind im Londoner Abkommen festgelegt und nach oben hin begrenzt. Es könnte also höchstens die Frage entstehen, die möglichen russischen Forderungen in dieses Maximum hineinzunehmen. Wir wollen nicht sagen, daß uns das vollkommen gleichgültig sein könnte, aber ein Druckmittel, dem wir uns ohne weiteres willig fügen müßten, stellt der Artikel 116 nicht dar. Er könnte freilich ausgenützt werden, um die Russen auf die Ententeseite zu ziehen. Aber auch dafür gibt es noch Vorbedingungen, das Vorhandensein einer alliierten Einheitsfront. Bisher hat sie gegen Sowjet - Rußland nicht bestanden. Der Nachweis fehlt noch, daß sie mit Rußland hergestellt werden kann.

Wir sagten, daß Frankreich bei seinen wirtschaftlichen Ansprüchen an Rußland vielleicht nicht unnachgiebig sein würde, erstens aus den eben geschilderten sachlichen Schwierigkeiten heraus, dann aber wegen der politischen Tragweite, die der Vertrag von Versailles für die politische Neugestaltung Europas hat. Hier ist Rußlands Gewicht von großer Bedeutung. Den Franzosen kommt es in erster Linie darauf an, die Barrière, die im Osten Deutschlands errichtet wurde, zu erhalten und sie nicht dadurch untergraben zu lassen, daß Rußland mit offener oder latenter Feindseligkeit ihr gegenübersteht. Das hier gestellte französisch-russische Problem ist nicht leicht zu entwirren. Die Russen wären wohl zu gewinnen, wenn Frankreich sich dazu entschließen würde, Polen die Kosten tragen zu lassen. Daß sie das tun werden, ist nicht anzunehmen. Denn damit würde es auch die Polen von sich wegtreiben. Sie werden es um so weniger tun, als sie wissen, daß hier auch die verwundbarste Stelle Sowjet-Rußlands sich befindet. Die von einer möglichen Koalition der Randstaaten gegen Rußland erwachsenden militärischen Gefahren werden in Moskau voll begriffen. Nicht daß die Rote Armee sich der Drohung nicht gewachsen fühlte. Aber es wäre für die Bolschewiken verhängnisvoll, das Land noch einmal in Krieg stürzen zu müssen. Sie müßten den Wiederaufbau im Innern wieder aufschieben, sie würden verlieren, was sie seit Ende des Bürgerkriegs mühsam an Festigung ihres Regimes gewonnen haben. Bei einem Einvernehmen mit Frankreich, das jedenfalls auf Polen einen entscheidenden Einfluß ausüben würde, wäre die militärische Bedrohung weniger stark, jedenfalls weniger akut.

Wenn es sich hier um Fragen handelt, deren Lösung mehr auf der Bewältigung von lokalen und nachbarlichen Schwierigkeiten beruht, so führt die ganze Orientpolitik der Sowjets mitten ins Getriebe der Weltpolitik. Fast auf dieser ganzen Linie begegnet Rußland den englischen Bestrebungen, und die von Moskau ausgegangene revolutionäre Propaganda hat mit der

Aufrufung der Völker zur Selbstbestimmung für England starke Gegenströmungen entfesselt. Ob man Moskau indessen für alle den Engländern erwachsenen Hindernisse verantwortlich machen kann, ist eine andere Frage. So dumm sind die Sowjets nicht, Feuerchen anzuzünden, wo bereits große Flammen von selbst gegen den englischen Einfluß lohen. In Persien, wo eine starke demokratische Bewegung die anti-englische Politik führt, wäre es jedenfalls verkehrt, eine bolschewistische Propaganda zu entfachen, die die Demokraten in Gefahr brächte. Auch in Afghanistan ist die Sache nicht so einfach. Religiöse Empfindungen halten den Emir vielleicht vor einer zu engen Verbrüderung mit dem Bolschewismus zurück. Im großen und ganzen wird hier eine abwartende Politik Moskaus wahrscheinlich leichter zu ihren Zielen gelangen als zu viel Eifer. Trotzdem wird diese ganze orientalische Sphäre den Raum bieten, wo die englisch - russischen Beziehungen die Probe auf ihre Entwicklungsfähigkeit bestehen müssen. Daß die Sowjets hier wie an den Dardanellen auf den auch durch den Weltkrieg nicht ausgetragenen englisch - russischen Gegensatz stoßen, ist selbstverständlich.

Die föderative Sowjet - Republik wird keine Diplomatie betreiben können, die losgelöst wäre von ihrer Geschichte und staatlichen Struktur. Darauf beruht ihre Stärke und ihre Schwäche. Der Außenminister Tschitscherin, der eine Zeitlang der alten zaristischen Diplomatie angehört hatte, aber wegen seiner freiheitlichen Gesinnung ausschied, ist keineswegs vom theoretischen Marxismus beherrscht wie Lenin oder Trotzki. Aber das rote Rußland kann sich nicht entfernen von der Doktrin, die es mit dem Proletariat der ganzen Welt verbindet. Die Macht der Sowjets in Rußland selbst beruht auf ihrem Eintreten für die extremsten Arbeiterinteressen. Sie stürzt sich selbst, sobald sie diesen Standpunkt aufgibt. Dieses Fundament ihrer Macht zu erhalten, ist das ganze Bestreben ihrer inneren Politik. Das gilt auch noch für ihre Bemühungen, die Massen

der Bauern unter ihrer Fahne zu halten. Daß die internationalen Imponderabilien dieser Arbeiterpolitik nicht zu unterschätzen sind, hat im vorigen Jahre schon der polnische Krieg bewiesen. Nicht nur die kommunistischen Parteien der europäischen Länder wandten sich gegen die „Interventionsgelüste, die in Paris vorhanden sein mochten. Auch die gemäßigten Gruppen, die sich der Propaganda der kommunistischen Internationale entzogen, traten dagegen auf. Dabei machte es wenig Unterschied, ob sie es mehr aus allgemeiner Friedensliebe als aus besonderer Hinneigung zum Rußland der „Towarischtschi“, der Genossen, taten. Die Voraussetzung für den starken moralischen Beistand der westeuropäischen Arbeiter bleibt selbstverständlich eine ausgesprochene und entschlossene Friedenspolitik der Sowjet-Regierung selbst. In seinem lesenswerten Büchlein „Die auswärtige Politik Sowjet-Rußlands“ hat Radek sehr klar erkennen lassen, daß die führenden Geister sich dieser Zusammenhänge längst und sehr wohl bewußt sind und keineswegs aus einem fanatischen Dogmatismus heraus handeln. Im Jahre 1917, nach der Revolution Kerenskis, der sich vom Bündnis mit dem Imperialismus und Kapitalismus der Entente nicht zu trennen vermochte, brachten die Bolschewisten Rußland die erste Erlösung, den Frieden von Brest-Litowsk. Es war kein Friede nach ihren Wünschen, aber ein Ende des gefährlichsten Kampfes. Sie hatten die tiefe Bewegung des russischen Volkes, das genug hatte vom Krieg, besser erkannt als Kerenski, Miljukow und Gutschkow. Sie haben im Innern die Früchte nicht voll geerntet, die an diesem Baume reifen konnten, weil ihr kommunistisches Programm und dessen revolutionäre Verwirklichung ihnen gewaltigen Eintrag taten. Und zweifellos hat die radikale theoretische Einstellung auf den Marxismus mit den Hoffnungen auf die Weltrevolution ihnen bei der Bevölkerung auch später nicht viel genützt. Nichtsdestoweniger umspannt der Marxismus noch die geistigen Ideenkreise, in denen sich auch die sowjetistische Außenpolitik bewegt.

Eine historische Parallele zu dieser Entwicklung gibt es vielleicht in dem kapitalistischen Gegenstück dazu, in der manchesterlichen Freihandelsdoktrin, die im vorigen Jahrhundert ungefähr im gleichen Sinne die Basis der englischen Politik abgab, ohne die Diplomatie völlig zu beherrschen. England hat seine wirtschaftlichen Lehren propagiert, ohne darum mit den protektionistischen Staaten in Feindschaft zu leben. Der große Unterschied soll bei diesem Vergleich nicht übersehen werden. Cobden forderte keinen Umsturz in den anderen Ländern, er war ein Apostel des Pazifismus. Die kommunistische Propaganda von heute greift direkt ins öffentliche Leben der anderen Völker ein, sie ist auch keine rein wirtschaftliche, sondern eine das ganze Volksleben umfassende politisch-soziale Angelegenheit revolutionären Charakters. Die Sowjet-Regierung selbst kann ihre Hände aus dem Spiel zurückziehen. Aber die spontane Ideenpropaganda wird in dem Staate ihre lebendigen Quellen haben müssen, in dem die Idee als die Grundlage der Gesellschaftsverfassung proklamiert wird. Die Parallele mit der Freihandelsdoktrin wird indessen volle Geltung haben von dem Augenblicke an, von dem die kommunistische Propaganda auf revolutionäre Ziele verzichtet. Dieser Zustand ist noch nicht praktisch erreicht. Aber es ist doch hochbedeutsam, daß die Sowjetleute heute anfangen, die Periode des Kampfes gegen die Staaten des Kapitalismus vorläufig als abgeschlossen anzusehen, daß sie geneigt sind, mit ihnen zu paktieren.

Die neueren Reden Lenins und Trozki's haben kaum einen anderen Zweck, als ihre Partei zur Ueberzeugung zu bringen, daß die Propagation der unmittelbaren Weltrevolution gescheitert ist. Radek erinnert in seinem erwähnten Büchlein daran, daß er schon im Januar 1920 geschrieben hat: „Von dem Moment an, wo der Weltkrieg zu Ende war, wurde es auch klar, daß die äußere Politik des einstweilen allein dastehenden proletarischen Staates keinesfalls auf den Krieg mit allen anderen kapitalistischen Staaten eingestellt sein kann, sondern

daß sie umgekehrt auf den Versuch der Schaffung eines *modus vivendi* eingestellt sein muß." Was wir heute erleben, die Anbahnung von geregelten Beziehungen zwischen Sowjet-Rußland und der kapitalistischen Welt, ist also nur die Ausreifung von Gedanken, die längst gekeimt haben. Es ist notwendig, das festzustellen. Denn es ist wichtig zur Beurteilung der inneren Begründung der heutigen Vorgänge. Sie erscheinen dann nicht mehr als eine Laune oder als eine Verlegenheitstaktik. Das Paradoxe ihrer Lage sahen die Führer in Rußland selbst ein. Radek schrieb im November 1920: „Es ist natürlich sehr widerspruchsvoll, wenn das kommunistische Rußland genötigt wird, sein Gold in die Taschen der europäischen Kapitalisten überzuführen, wenn es genötigt ist, den Kapitalisten Konzessionen auf russischem Territorium zu machen. Es wäre lächerlich, zu leugnen, daß dies die Kapitalisten stärken wird. Wir haben zu wenig Bedürfnis nach Illusionen, um das zu leugnen. Aber erstens ist stärker als alle Bedenken die Notwendigkeit, den Volksmassen Sowjet - Rußlands, den Volksmassen der Welt immer wieder zu zeigen, daß die Sowjet - Regierung den Frieden will.“

Sowjet - Rußland hat noch eine Reihe schwerster innerer und äußerer Aufgaben zu lösen, bevor es daran denken kann, eine absolute Friedenspolitik zu treiben. Darum hält es sich eine respektable Armee, die man nicht nach den zerrissenen Hosen des Bahnschutzes an der Grenze beurteilen darf. Und wenn es sich in drohender Gefahr um nationale Interessen Rußlands handelt, haben die Sowjets nicht nur die Kommunisten auf ihrer Seite. Das ist die bedeutungsschwere Tatsache, mit der seit dem letzten Jahre auch die mehr oder weniger restaurationsfreundliche Politik des russischen Emigrantentums im Auslande rechnet.

V.

Die neue Herrschaft.



Die Tempel des Marxismus.


Wer künftig die Geschichte der sozialen Bewegung studieren will, wird nirgends die ungeheure Literatur so vollständig und systematisch vereinigt finden wie in der „Sozialistischen Akademie“ und dem „Institut Marx - Engels“ in Moskau, die unter der sachkundigen Leitung von Rjasanoff hier ihrer Vollendung entgegengehen. Dreihunderttausend Bände ungefähr sind bereits gesammelt. Man wird auch kaum anderswo die wissenschaftliche Arbeit so bequem haben. Die Anlage der beiden Bibliotheken ist musterhaft in ihrer Einteilung nach den verschiedenen Spezialgebieten. Und kein Fetischismus wird getrieben: das Institut Marx-Engels ist kein Kabinett von allerhand persönlichen Andenken. Nur was wissenschaftliches Interesse bietet und was von Bedeutung ist für die geistige Entwicklung der beiden Denker und ihrer Weltanschauung, findet Einlaß.

Rußland, das den großartigsten Versuch zur Verwirklichung des Sozialismus unternommen hat, war es sich schuldig, sozusagen den Nachweis zu führen, daß sein Umsturz aus einer gewaltigen Geistesarbeit der Vergangenheit hervorgegangen ist. Hier sind alle Quellen gefaßt, aus denen der revolutionäre Strom zusammenfloß. Was auch immer aus der Sowjetrepublik werden mag, sie ist jedenfalls selbst eine Erscheinung von so gewaltigen Dimensionen, daß sie der sozialen Forschung der nächsten und fernsten Zukunft eine unerschöpfliche Fundgrube, ein Dokument von unschätzbarem Werte sein wird. Auch dafür sollen die Sammlungen denkbar vollständig werden.

Die beiden Institute werden mit einem sachlichen Ernste ausgestaltet, vor dem selbst eine Gegenrevolution in Rußland achtungsvoll stehen bleiben müßte. Gewiß, es gehörte der bergeversetzende Glaube der überzeugten Anhänger dazu, das Werk zu schaffen, aber kein Zug darin verrät eine Einseitigkeit der Gesinnung, die den wissenschaftlichen Charakter schwächte. Die „Sozialistische Akademie“ als Kollegium, das sich später selbst die wissenschaftliche Weiterarbeit im Geiste des Sozialismus zur Aufgabe machen will, wird sich ihren Grundauffassungen nicht entziehen. Aber ihr „Laboratorium“ verliert darum nichts von seinem Werte für alle jene, die auf anderem Boden stehen. Die Anstalt stellt sich zunächst als eine Bibliothek dar. Noch fehlt es am Katalog. Aber durch die praktische Einteilung, die Rjasanoff getroffen hat, wird die ausgedehnte Büchersammlung sofort benutzbar. Er zerlegte sie in eine Reihe von Kabinetten, die Spezialgebieten gewidmet sind und alles enthalten, was man zur Arbeit auf diesem Gebiete gebraucht: Quellenwerke, Literatur, Zeitschriften. Ausgehend von der Tatsache, daß der Weltkrieg auch sozial die größte Bedeutung gewonnen hat, wird in einem Kabinett „1914 bis 1918“ alles gesammelt, was auf den Krieg Bezug hat. Ein weiteres Kabinett enthält „Auswärtige Politik“. Die Abteilung „Oekonomik“ (auch Sozialismus einschließend) widmet der Wirtschaft während des Krieges und dessen wirtschaftlichen Wirkungen besondere Aufmerksamkeit. Das Kabinett „Arbeiterfrage“ enthält das Material zu Gewerkschaftsbewegung, Arbeiterschutz, Versicherung usw. Besondere Kabinette sind für die „Geschichte der russischen sozialen Bewegung“ und „Sowjetrußland“ eingerichtet. Die Geschichte der Kunst, Literatur, Religion in ihren Zusammenhängen mit der Gesellschaft ist ebenfalls besonders untergebracht. Als Umrahmung oder als Grundlage dieser Spezialkabinette ist eine große allgemeine Bibliothek vorhanden. Das ist, in ein paar Strichen gezeichnet, die Anlage der Sozia-

listischen Akademie. Diese Laboratorien, wie Rjasanoff sie nennt, enthalten die notwendigen Einrichtungen für die Arbeit, Luxus wird dabei nicht entfaltet. Alles sieht spartanisch einfach aus.

Das „Institut Marx-Engels“, in einem benachbarten Hause untergebracht, wird nach dem gleichen System angelegt, aber mit der Beschränkung auf das Studium des Marxismus. Auch Lassalle findet darin seinen Platz. Zunächst sind die Werke von Marx, Engels, Lassalle in allen Ausgaben in einem Zentralkabinett gesammelt. Noch fehlt die „Rheinische Zeitung“, aber was fehlt, wird durch photographische Wiedergaben der in anderen Bibliotheken vorhandenen Kollektionen und Exemplare ersetzt. Hier finden auch Briefe, Tagebücher usw. Unterkunft. Daran schließen sich an die Sonderkabinette für die Geschichte des Sozialismus als System und Theorie, für die Geschichte der ökonomischen Theorien vor Marx, dann des philosophischen Materialismus und der gesamten Philosophie, die auf Marx' Denken eingewirkt hat. Hier ist, nebenbei bemerkt, wahrscheinlich die vollständigste Sammlung zum Studium Fichtes vorhanden. Auch für die Entwicklung der Anschauungen Marx' und Engels' über den Staat, über die auswärtige Politik ist reichstes Material da. Eine „Ikonographie“, eine Sammlung von zeitgenössischen Bildnissen, Aufrufen, Plakaten usw., wie sie im Museum Carnavalet in Paris für die französischen Revolutionen besteht, soll hier für die ganze soziale Bewegung angelegt werden.



Lenin.

Um Lenin rankt bereits die Legende, nicht bloß bei den russischen Bauern. Durch die Zeitungen gehen wirre Nachrichten über eine geheimnisvolle Krankheit, und plötzlich hält der halb Totgesagte auf einem Kongreß eine anstrengende Rede von drei Stunden Länge. Und man muß gesehen haben, wie er redet. Man kann sich dann nicht vorstellen, daß er einem Siechtum verfallen sei. Ich sah ihn auf dem letzten Allrussischen Rätekongreß im Dezember. „Das Wort hat Genosse Lenin,“ sagte der Vorsitzende Kalinin. Ein kleiner Mann, im dunklen Sackanzug, weichen Kragen mit Selbstbinder, schießt mit kurzen Schritten hinter der Rednertribüne hervor bis an die Rampe. Ein Beifallssturm, in dem die ganze Autorität des Gefeierten durchzufühlen ist, empfängt ihn. Dreimal unterbrechen erneute Stürme den Anfang der Rede, die dann über zwei Stunden lang fast ohne Beifall unerschöpflich frisch und beweglich dahinfließt. Lenin ist ein bedeutender Redner. Oratorischen Aufwand braucht er nicht. Vor den Tausenden spricht er einfach und natürlich. So redet man, wenn man weiß, was man will, und wenn man die Empfindung hat, die Menge zu führen, ohne daß sie es richtig merkt. Lenin verfügt über alles, über trockene statistische Beweisführung, über keckes Selbstvertrauen auf die russische Republik, das die Herausforderung an die möglichen Feinde jenseits der Grenzen streift, über Ironie, die ihre Pointen geschickt zuspitzt. Nur das Pathos fehlt. Die Rede wird abstrakt, wenn es sich um vorsichtig anzufassende Dinge handelt, derb humorvoll, wenn die eigenen Parteigänger verulkt

werden sollen, die glauben, man könne mit Programmen allein die Welt regieren. Oft genug treibt Lenin Spott mit ihnen, und eine zischende Welle, die ihm entgegenwallt, bringt ihn nicht außer Fassung. Er ruht in sich, er ist auch vollkommen ruhig. Er hat nur ein paar nervöse Fingerbewegungen, wenn er von Zeit zu Zeit nach seiner Armbanduhr schaut oder die paar Papierblätter durchsucht, auf denen er sich seine Ziffern notiert hat. Er spricht vollkommen frei, geht vor der Rampe hin und her, fuchtelte manchmal auch ein bißchen mit den Armen, um den Zuhörern die Ideen recht in den Kopf zu hämmern.

Das ist der Mann, in dem die russischen Kommunisten ihren Größten erblicken. Er ist der einzige unter ihnen, den sie würdig gehalten haben, mit Karl Marx in einem Atem genannt zu werden. Seine Büste ist oft als Gegenstück zur Büste von Marx aufgestellt worden, der Mann der Tat gegenüber dem Mann der Doktrin. Der Künstler hat ihn stilisiert, aber nicht verfälscht. Gewiß, wenn man nicht wüßte, wen die Physiognomie deckt, würde sie kaum auffallen. Es ist das Gesicht des russischen Bauern unter einem mächtigen kahlen Schädel, mit gelblicher Haut, von einem kurz gehaltenen Kinnbart umrahmt. Aber wenn der ganze Mensch in Aktion ist wie auf der Rednerbühne, dann fühlt man, daß in ihm ein auf sich selbst gestellter, in sich selbst ruhender Geist lebt. Die dunklen, kleinen Augen bewegen sich unaufhörlich zwischen den etwas zusammengekniffenen Lidern. Sie allein verraten die geistige Energie dieses Mannes, ohne den die russische Revolution vielleicht andere Wege gegangen wäre. Und das ist das Merkwürdige, Lenin leugnet die Bedeutung der Persönlichkeit in der geschichtlichen Entwicklung, die er allzu sehr durch die Brille von Karl Marx sieht. „Mir scheint,“ sagte Gorki von ihm, „daß das individuell Menschliche ihn fast gar nicht interessiert, er denkt nur an Parteien, Massen, Staaten, und hier verfügt er über die Gaben des Hellsehers, die geniale Erleuchtung des Denkers und des Experimentators.“ Und doch kann man historisch fest-

stellen, daß in den entscheidenden Augenblicken Lenin allein es war, der durch seinen persönlichen Eingriff den Gang und die Richtung der Entwicklung bestimmte. Er selbst hat einmal Vertreter der anderen russischen Arbeiterparteien verhöhnt. Er stellte sie als Zauderer hin, als Leute, die glauben, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung sei wie ein Eisenbahnzug, und man könne ruhig warten, bis der Schaffner rufe: „Station Soziale Revolution, alles aussteigen.“ Aber er hat selbst an diesen Zug geglaubt und den Lokomotivführer gespielt, der genau wußte, bei welchem Kilometerstein die Station der Sozialen Revolution lag.

Die Russen haben ihn den Strategen der Revolution genannt. Wie er im Sommer 1917 die bolschewistische Partei führte, wie er vor zu frühem Angriff warnte, die Stellungen vorbereitete und erst den Befehl zum Vorstoß gab, als die Gegner in ihrer schwächsten Position standen, darin liegt in der Tat etwas vom Geist des Feldherrn. Da ist die ruhige Sicherheit des Blicks, der in einer gegebenen politischen Lage alle in ihr wirksamen Kräfte klar erkennt, ihre Stärkeverhältnisse richtig einschätzt und auch mit kühlem Verstande die Reichweite der eigenen Aktion übersieht. Lenin hat sich und seiner Partei niemals mehr zugemutet, als sie in dem bestimmten Zeitpunkte durchsetzen konnten. Er hat sich auch nicht gescheut, entschlossen Rückzugsbewegungen anzuordnen, wenn es notwendig war. Dieser Theoretiker, der Jahre seines Lebens in den Bibliotheken des Exils verbracht hat, besitzt die Eigenschaften des Mannes der Tat im höchsten Maße.

Wladimir Ilitsch Uljanow ist im April 1870 geboren, in Simbirsk an der mittleren Wolga, wo die Bevölkerung starken tatarischen Einschlag besitzt. Er entstammt einer Familie, die einen kleinen Gutsbesitz hatte. Der Vater war im späten Alter Direktor des Volksschulwesens der Gegend gewesen. Der ältere Bruder Lenins wurde wegen politischer Agitation als Student hingerichtet, und er selbst durfte darum seine juristischen

Studien nicht an den Universitäten der Hauptstädte aufnehmen. Er studierte also in Kasan, wurde aber bald wegen Beteiligung an der politischen Bewegung ausgeschlossen. Erst nach vier verlorenen Jahren wurde er zum Examen zugelassen. Er hätte Advokat werden können. Er zog es vor, sich in die Arbeiterbewegung zu stürzen. In Petersburg fing er an, die Arbeiter zu organisieren, die ersten Streiks zu leiten. Es war der Moment, in dem aus den allgemeinen revolutionären Strömungen in Rußland, aus dem rein terroristischen Nihilismus, sich die Arbeiterbewegung auslöste und auf einen eigenen Weg begab. Der Weg war der Marxismus. Auch da hat Lenin eine entscheidende Wirksamkeit ausgeübt. Es gelang ihm zwar nicht, die ganzen Arbeitermassen in seine Bahnen zu ziehen. Aber er hielt an seinem Gedanken fest, der damals eine ungeheure Kühnheit darstellte: „Wir sind in Rußland zehn Jahre zurück hinter dem übrigen Europa,“ schrieb er damals, „wir dürfen mit der Errichtung unserer Partei nicht warten, bis die Bourgeoisie die Macht übernommen hat. Nein, sofort, unter dem Joch des Zarismus, unter solch außerordentlich schwierigen Bedingungen müssen wir eine autonome sozialistische Klassenpartei schaffen, um sofort den Kampf gegen den Zarismus und gegen die Bourgeoisie aufzunehmen.“ Mit dieser kecken Theorie stellte Lenin sich der unter anderen Marxisten herrschenden Auffassung entgegen, daß das zurückgebliebene Rußland wie die westlichen Länder zuerst die Stufe der politischen Demokratie und des integralen Kapitalismus durchlaufen müsse.

Lenin entging den Gefahren der unterirdischen Agitation nicht. Er mußte ins Gefängnis und ins Exil. Seine persönlichen Schicksale, in denen die Jugenderinnerung an den hingerichteten Bruder unauslöschbar geblieben sein mag, verknüpften ihn stets fester mit seinen politischen und sozialen Anschauungen. Er blieb auch in den Wechselfällen der Einigungen und Spaltungen, von denen die Geschichte der russischen Arbeiterbewegung erfüllt ist, stets der konsequente Marxist. Und die Idee des

Klassenkampfes erschien ihm, der auf die lebendige Aktion eingestellt war, das Primäre im Marxschen Lehrgebäude. Lenins kritische Schriften haben ihm einen Namen als Theoretiker gesichert. Seine Studie über die russischen Agrarverhältnisse stellt die eindringlichste Arbeit dar, die über den Gegenstand geschrieben wurde. Er wird diesen Ruhm nicht gerne missen wollen, wenn er in den Polemiken mit Kautsky auch einmal schrieb: „Es ist angenehmer und nützlicher, die Erfahrungen der Revolution mitzumachen als über sie zu schreiben.“ Lenin ist trotz allem der Mann des Schreibtischs geblieben. Heute noch formuliert er alles selbst schriftlich, mag es sich um wichtige Dekrete oder um Thesen zur Diskussion auf dem Parteikongreß handeln. Weil er nichts aus der Hand gibt, trägt auch alles, was er im Staate als Ministerpräsident, als Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, tut, das Gepräge seiner eigenen nüchternen und selbstsicheren Persönlichkeit.

„Lenin ist mehr Mensch als irgend jemand von meinen Zeitgenossen“, sagt Gorki von ihm, „und wenn sein Gedanke auch vornehmlich beschäftigt ist mit den Erwägungen der Politik, die der Romantiker als „eng praktische“ bezeichnen muß, so bin ich doch überzeugt, daß in den Augenblicken der Erholung dieser Kampfgedanke weiter in die schöne Zukunft hineinfliegt und bedeutend mehr sieht, als ich mir vorstellen kann. Das Hauptziel des ganzen Lebens Lenins ist das Wohl der gesamten Menschheit, und er muß unweigerlich in der Ferne der Jahrhunderte das Ende des großen Prozesses vorausschauen, für dessen Beginn sein ganzer Wille asketisch und mannhaft dient. Er ist ein Idealist, wenn man in diesen Begriff die Vereinigung aller Kräfte der Natur in eine Idee hineinlegt — die Idee des allgemeinen Wohls. Sein persönliches Leben ist derart, daß man in einer Epoche überwiegend religiöser Stimmungen Lenin als einen Heiligen betrachtet hätte.“

Und weiter schreibt Gorki, „daß Lenin die Impulse der Freundschaft und überhaupt nichts Menschliches fremd ist“. Er

schildert ihn als einen schroffen Politiker, in dem zuweilen das Licht einer fast frauenhaften Zartheit zu den Menschen aufleuchtet. Gorki ist überzeugt, daß Lenin der Terror, den er ausübte, unerträgliche, wenn auch sehr geschickt verborgene Qualen kostet. Das Bild, vom Freunde entworfen, mag etwas milde getönt sein. Aber es widerspricht durchaus nicht der Wahrscheinlichkeit. In Lenin würde sich nicht zum ersten Male in der Geschichte ein allen weichen Empfindungen zugängliches Herz unter einem Staatsmann von rücksichtsloser Energie verbergen.

Ist Lenin wirklich der große Staatsmann? Die Frage ist heute noch nicht zu beantworten. Es sind zwei verschiedene Dinge, eine Revolution zu entfesseln, zu ihrem Höhepunkte hinzuführen, zu dem sie die innere Schwungkraft treibt, und nachher, wenn dieser Elan erloschen ist, das Leben der Gesellschaft wieder in ruhige Bahnen zu lenken. Es ist schwerer, die Eroberungen einer Revolution zu behaupten als sie zu machen. Zweifellos ist auch Lenin von der Gewalt der Volksbewegung weiter getrieben worden, als der nüchterne Marxist wünschte. „Wir sind keine Utopisten,“ hat er oft gesagt. Aber es kann schon eine Utopie sein, wenn man sich auch nur einen Fuß hoch über den wirklichen Boden erhebt. Haben die Bolschewiken, weltgeschichtlich gesehen, in Rußland nicht doch zu früh die Macht ergriffen, ehe nach ihrem marxistischen Credo die Entwicklung des Kapitalismus reif war zur Vernichtung? Das ist die Frage, die die Geschichte an Lenin stellen wird. Die Antwort kann nur dann günstig ausfallen, wenn es den Bolschewiken gelingt, Rußland als Staat, als Volk, als Wirtschaft voll aufzurichten aus den Ruinen.

Trotzki.

Lenin ist einer der starken Menschen, von denen Rußlands Schicksal abhängt. Der andere ist Trotzki, aber auch eine ganz andere Art von Mensch. Bei ihm ist alles vibrierende Intelligenz und Energie, kein dogmatisierender Marxismus. Trotzki ist Politiker. Zum ersten Male sah ich ihn in einer Versammlung, in der er als Redner auftrat. Er hielt eine scharfe Rede gegen Polen, in der eine versöhnliche und eine bewaffnete Hand sich zugleich ausstreckte. Ich habe viele berühmte Parlamentsredner gehört. Trotzki kann sich an die Seite eines Clemenceau stellen. Er hat die Schärfe des Ausdrucks, aber nicht die zersetzende Ironie des Franzosen. Seine Rede geht in gerader Linie, und sie ist straff gezogen wie ein Faden, der zwischen Anfang und Ende nicht einen Augenblick gelockert wird. Er läßt den Zuhörern kaum die kleinste Pause zum Beifall, der sich erst am Schluß wie nach einer nervösen Ueberspannung rauschend auslöst.

Dieser haarscharfen Dialektik, von einer haarscharfen, aber leicht tremolierenden Stimme in den Saal getragen, widersteht keiner von den Proletariern, die vor ihm sitzen, auf die Ballustraden klettern und lautlos zuhören. Man wünscht sich das dünne Bärtchen von der Kinnspitze weg. Die starke vorspringende spitze Nase gibt dem Gesicht schon einen zu glasklaren Ausdruck, und unter dem glitzernden Kneifer erscheinen die Augen noch schärfer. Die hohe gewölbte Stirn ist von einem starken zurückgekämmten schwarzen Haarschwall

umrahmt, der sich auch scharf ins Profil einfügt. Der Kopf ist beinahe zu groß für die kleine sehnige Figur, die in einem eng-anliegenden uniformartigen Sportanzug steckt.

Es ist ein Gemeinplatz geworden, ihn den Napoleon Rußlands zu nennen. Er ist schon eine Art „petit caporal“, wenn er auf dem weiten Platz vor dem Kreml eine Truppenschau hält, mit seinem Stabe die Regimentsfronten abgeht und zum Schluß auf die weiße Tribüne tritt, um eine Ansprache an die fünfzehntausend Mann zu halten. Wie Metall klingt jetzt die Stimme. Jedes Wort wird langsam, fast silbenweise skandiert. Drüben von den Fassaden der Handelsreihen schallt das Echo zurück, aber Trotzki weiß es in den Rhythmus der eigenen Laute einzufügen. Das „Krasnie Armie“ hört man immer wieder wie eine Flintenkugel durch die Luft sausen. Sie steht stumm da, seine Schöpfung, die „Rote Armee“, und erst am Ende kommt ein „Urrah“ von den langen Kolonnen zum Redner zurück, der mit militärischem Gruße dankt. Die Armee hat übrigens das Lob ihres Führers verdient. Sie ist gut gekleidet, ihr Vorbeimarsch hätte in Potsdam vielleicht die schärfste Kritik erfahren, aber darauf kommt es heute nicht mehr an. Gewiß, wir hatten bei der Parade nur die bevorzugte Moskauer Garnison vor uns, aber schließlich stellen die Garnisonen der Hauptstädte überall ein Muster dar, das nicht von jeder Provinzstadt erreicht wird.

Ohne Trotzki wäre die bolschewistische Revolution kaum denkbar. War Lenin das Gehirn, der Stratege dieses Sieges der extremen Linken, dann war Trotzki das Herz, das heiße Blutwellen aussandte, als die höchste Entschlußkraft notwendig war. Trotzki wurde der Taktiker, der das revolutionäre Programm an die praktische Verwirklichung heraufführte. Die demokratische Februarrevolution hatte Rußland in ein Chaos von Unentschlossenheit geworfen. Die provisorische Regierung war schwach, weil sie den Wünschen der Arbeiter und Bauern

weder zu widerstehen noch sie zu erfüllen vermöchte. Im Mai kam Trotzki aus Amerika zurück. Er wurde im Triumph empfangen. Er hatte schon in der Revolution von 1905 eine führende Rolle gespielt, im Petersburger Arbeiterrat, der damals der gleiche glühende Herd des revolutionären Feuers gewesen war wie 1917. Die bald einsetzende Reaktion trieb Trotzki ins Exil, das er zunächst in Wien verbrachte. Der Krieg führte ihn nach Paris und, als er dort nicht mehr geduldet wurde, nach Amerika.

Bei seiner Heimkehr fand er bereits den neuen Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg vor. Rechtsstehende Sozialdemokraten herrschten darin. Die Pläne der aus dem Exil kommenden Bolschewiken wurden von der Mehrheit für tollkühn angesehen. Lenin selbst, der Anfang April aus der Schweiz angekommen war, fand mit seiner ersten Rede im Rat wenig Erfolg. „Ein Mensch, der solche Dummheiten redet, ist ungefährlich,“ sagte man von ihm. Aber der Rat hatte auch mit seiner rechtssozialistischen Mehrheit schon eine Art Nebenregierung gebildet. Zuerst war eine „Kontaktkommission“ gebildet worden, die die Fühlung zwischen der provisorischen Regierung und dem Arbeiterrat herstellen sollte. Diese Fühlung bestand tatsächlich in einem täglich stärker werdenden Druck. Trotzki erkannte sofort, daß der Eintritt der Sozialisten in die Regierung im Grunde nichts ändern würde an der „Doppelregierung“, die sich selber lähmte, und daß eine „einheitliche Regierung“ allein Kraft genug besitzen würde, um die begonnene Revolution zu retten und fortzuführen. Er machte sich zum stärksten Vertreter der Forderung: „Alle Macht den Räten“. Was der Uebergang der Staatsgewalt an die Räte bedeuten würde, wußte Trotzki: den Kampf unter Aufgebot aller Kräfte und aller Mittel. Und er sah diesen Kampf nicht mehr als Völkerkrieg, sondern als Klassenkampf des Weltproletariats, zu dem die russische Revolution nur der „Prolog“ sein könne und sein müsse.

Es wurde Herbst, bis die Bolschewiken die Mehrheit in den Räten erlangten. Trotzki stand immer auf dem exponiertesten Posten während des zähen Ringens. Es war nur natürlich, daß ihm nach dem Siege der Oktoberrevolution eine führende Rolle in der neuen Regierung der Volksbeauftragten zufiel, zunächst als Leiter der auswärtigen Politik. Sein Auftreten in Brest-Litowsk, bei den Friedensverhandlungen mit Deutschland, zeigten ihn als einen Realisten. Die Ideologie der Weltrevolution saß ihm indessen noch so tief im Gemüte, daß sie ihn zu der trügerischen Hoffnung bewog, die deutsche und die westliche Arbeiterschaft sei bereits zur sozialen Revolution reif. Solche vom glühenden Wunsche eingegebenen Ideen haben Trotzki's politische Taktik immer beherrscht, auch in weniger bedeutsamen Fragen wie beim Friedensschluß mit Deutschland. Er ist ein deduktives Gehirn, das die Wirklichkeit nach dem theoretisch formulierten Programm modeln möchte. Darum erscheint Trotzki's Politik in vielem weniger zielsicher als die Lenins. Er glaubt vielleicht auch zu sehr an die Wunderkraft der „Organisation“, und dieser Glaube kann ihn sogar zur „Ueberorganisation“ verleiten. Er ist selber ein großer Organisator. Die „Rote Armee“ ist seine Schöpfung. Aber wenn das rein Militärische in gewissem Sinne nur eine Frage der Organisation ist, dann entziehen sich doch weite Gebiete des Volkslebens, erst recht eines revolutionierten Volkslebens, einer geradlinigen Befehlsführung von oben. Hier gilt es mehr, die Bewegung zu steuern als zu kommandieren. Darin liegt die Gabe und die Kunst Lenins. Aber Trotzki hat sich nie auf seine Idee versteift. Seine Energie des Charakters steht im Dienste eines beweglichen Geistes, der Realist genug ist, die notwendigen Kompromisse mit der Wirklichkeit zu schließen und zuletzt den vibrierenden Willen an den Grenzen des unmittelbar Möglichen zu mäßigen. Wie er die Rote Armee aus der improvisierten revolutionären Kampftruppe der Bolsche-

wiken zu einem mit Hilfe der wieder angenommenen alten Offiziere technisch vollendeten Organismus umschuf, zeigt am besten, was Trotzki zu leisten vermag. Er ist beweglich und zäh zugleich. Aber heute sieht es freilich auch so aus, als ob alles, was diese starke Persönlichkeit schafft, auch ganz auf diese Persönlichkeit gestellt sei.

Trotzki ist jetzt Kriegsminister. Er ist die Seele der Armee. Aber er geht darum nicht im Ressort auf. Bei allen großen Fragen der inneren und äußeren Politik tritt er neben Lenin in die erste Linie der Diskussion. Seine stark polemisch angelegte Natur treibt ihn in jedes Geplänkel und jede Schlacht der eigenen Parteikämpfe hinein. So wurde er auch in seinen berühmten Polemiken mit Kautsky über die Berechtigung der bolschewistischen Revolution zum Apologeten dessen, was in Sowjetrußland geschehen ist.

Die kommunistische Partei.

„Die Bolschewiken waren gut, die Kommunisten sind es nicht“, sagen jetzt die russischen Bauern. Hätten die Bolschewiken sich im Frühjahr 1918 nicht offiziell in „Kommunistische Partei“ umbenannt, so hätte das den Temperaturwechsel in den bäuerlichen Sympathien nicht verhindert. Denn die Bolschewiken vom Sommer 1917 waren den Bauern genehm, weil sie die etwas gewaltsame und formlose Aufteilung des Großgrundbesitzes gut hießen und forderten. Die Kommunisten, die die Regierung in Händen hatten, legten aber der Landwirtschaft die Zwangsablieferung der Lebensmittel ob. Im ganzen wissen die Bauern freilich, daß die neue Besitzordnung, an der die theoretisch-prinzipielle Sozialisierung von Grund und Boden praktisch nichts änderte, ihnen nur von den Kommunisten gewährleistet wird.

In dieser positiven und negativen Verkettung mit den Interessen des „Krestjanstwo“ liegt die Stärke und Schwäche der „Kommunistischen Partei“, die jetzt Sowjet-Rußland und damit Rußland beherrscht. So schleppt sich wie ein unzerstörbarer Atavismus die Land- und Bauernfrage, an der das Reich des Zaren ewig krankte, in die Diktatur des Proletariats hinüber. Es wurde schon in einem früheren Kapitel ausgeführt, daß das Verhältnis zu den Bauern eines der Kernprobleme bleibt, das die kommunistische Partei zu lösen hat, wenn sie ihre Herrschaft dauernd behalten will. Die Partei hat das wohl begriffen. Wird sie imstande sein, die Lösung zu finden?

Damit ist auch die Frage nach der künftigen Entwicklung in Rußland überhaupt gestellt. Nur ein Narr wartet auf eine ganz bestimmte Antwort, und nur ein Narr wird es wagen, eine ganz bestimmte Antwort zu geben. Was der Beobachter, der historischen Sinn hat, tun kann, besteht nur darin, die verschiedenen Träger der Entwicklung zu erkennen und ihre Stärke abzuschätzen. Wir haben draußen kein richtiges Bild von den russischen Zuständen. Man ist entweder pessimistisch und träumt von einer absoluten und bloßen Blutherrschaft, mit der ein paar falsche Dimitris sich an der Macht erhalten. Oder man sieht den baldigen Sturz des kommunistischen Regimes voraus und erwartet sich ein Fest von der Herstellung eines demokratischen Staatswesens, wenn nicht gar von der Wiederkehr eines Zaren. Beides ist falsch. Nicht daß solche Umschwingungsmöglichkeiten durchaus ausgeschlossen wären. Wer wagte es rund heraus zu verneinen oder zu bejahen, ob eine Geheimorganisation bestehe, die nicht eines Tages einen Gewaltstreich im Kreml verüben könnte? Der erste Erfolg einer solchen Geheimorganisation bestände jedenfalls in der vorläufigen Geheimhaltung der eigenen Existenz. Zweifellos gehen auch in der Bevölkerung starke politische und geistige Strömungen, die auf ein demokratisches System hinzielen, und sie haben sicherlich den Vorrang vor den Wünschen nach einer zaristischen Restauration. Aber heute ist es sehr schwer, die innere lebendige Kraft solcher Strömungen abzuschätzen und ihren praktischen Nutzeffekt zu berechnen. Durch die Diktatur, unter der das Land lebt, werden die oppositionellen Regungen und Bestrebungen wieder unter die Oberfläche gedrängt. Die Agitation vollzieht sich in den „Kellern“ wie unterm alten Regime die liberale und revolutionäre Bewegung, die ein ganzes Jahrhundert gebraucht hat, um zum ersten groß angelegten Umsturzversuche wie im Jahre 1905 zu gelangen, die zuletzt die Katastrophe eines verlorenen Krieges nötig hatte, um überhaupt die

Macht an sich reißen zu können. Daß heute eine „unterirdische Arbeit“ im Gange ist, daran besteht kein Zweifel. Sie wird am stärksten betrieben von den nächsten Gesinnungsverwandten der Bolschewiken, den Sozialrevolutionären, die sich mehr auf die Bauern als auf die Arbeiter stützen, und von den rechtsstehenden Sozialdemokraten, die den Marxismus als Revisionismus und Evolutionismus auslegen. Sehr intensiv scheint diese Agitation nicht zu sein. Ihre bisherigen Verdichtungen zu Aufstandsbewegungen haben fehlgeschlagen. Die Führer leben im Auslande. Es gelingt ihnen freilich, mit ihren Gesinnungsgenossen in Rußland Fühlung zu halten. In weiten Kreisen der nichtbolschewistischen Arbeiterschaft herrscht indessen eine Resignation, die eine ernsthafte Anstrengung kaum aufkommen läßt. Das Proletariat ist wirtschaftlich zu schwach. Es kämpft zunächst zu hart um die materielle Existenz, um überschüssige Kraft für die Vorbereitung eines entschlossenen politischen Kampfes zur Verfügung zu haben. Viele der Unzufriedenen haben auch Furcht vor der neuen Anarchie, die ein gewaltsamer Sturz der kommunistischen Machthaber im Gefolge haben würde. Sie trösten sich mit der Hoffnung auf einen friedlichen Umschwung, auf eine langsame Selbst-Unterminierung des kommunistischen Regimes, auf dessen Ausleben und Absterben. Entscheidend für dieses Verhalten bleibt indessen der starke Druck, mit dem die Regierung die Gegner unter der Sorge für die persönliche Sicherheit in Schach hält. Dieser Terror ist heute unblutig geworden, aber er übt noch immer seine Wirkung aus.

Noch tiefer geschwächt als die oppositionelle Arbeiterschaft ist das Bürgertum. Es ist in seiner wirtschaftlichen Kraft vernichtet. Wenn das System des heutigen Staatskapitalismus aufrecht erhalten werden kann, dann sieht man auch nicht die Möglichkeit, daß das in seinen Gewinnen beschränkte private

Unternehmertum wieder seine alte Machtstellung erlange. Neue Vermögen werden sich bilden. Sie werden auch die Schichten des Volkes stärken, die individualistisch gesinnt sind, aber heute resigniert dahinleben, weil sie sich zu schwach fühlen. In gewissem Sinne gräbt die Regierung mit der „Neuen Wirtschaftspolitik“ ihr eigenes Grab. Denn mit ihrer wachsenden wirtschaftlichen Unabhängigkeit wird auch das politische Kraftgefühl dieser Klassen wachsen. Man kann freilich auch die Frage stellen, ob dieses neu erstehende Bürgertum nicht wieder in die alte Sünde zurückfällt und wie unter der Autokratie des Zaren die politische Freiheit hinter die wirtschaftliche Freiheit zurückstellt. Das sind Dinge, die tief mit dem Volkscharakter und dem niedrigen Stande der politischen Bildung in Rußland zusammenhängen, den eine Revolution nicht von heute auf morgen ändern kann. Ein Mann wie der Kadett Miljukow macht den politischen Kulturzustand der Russen fast allein für den Verlauf der Revolution verantwortlich.

In der Tat, vielleicht liegt das eigentliche Kriterium für den Gang der Dinge in Rußland nicht in dem Erfolg der Bolschewiken, sondern in der Ratlosigkeit, in der Unfähigkeit des aus der Februar- und Märzrevolution hervorgegangenen demokratischen Regimes. Das Duma - Komitee, das den Zaren absetzte, die provisorische Regierung, welche zuerst die Verwaltung des Landes übernahm, die Koalitionsregierung mit den rechtsstehenden Sozialisten, sie alle handelten nicht aus einer inneren lebendigen Energie. Sie folgten nur dem Druck der spontanen revolutionären Volksbewegung und später dem kaum durch parlamentarische Formen beschönigten Eingriff des Petersburger Sowjets. Der Mangel an Initiative in der Regierung ließ die Führung ganz in die Hände der Bolschewiken übergehen, die mit ihrem Staatsstreich vom Oktober fast mühelos nur eine reife Frucht zu pflücken brauchten.

War diese Frucht reif? War Rußland für den sozialen Umbau und war das russische Proletariat selbst reif für die Ergreifung der politischen Macht? Es liegt nicht im Zweck dieser Untersuchungen, auf den darüber zwischen den rechtsstehenden Sozialisten und den Kommunisten entbrannten Streit einzugehen. Der Broschürenkampf Kautsky-Trotsky hat die Frage theoretisch nicht gelöst. Sie kann auch nur durch die Praxis beantwortet werden. Die Kommunisten haben den Beweis zu erbringen, daß sie Rußland wieder neuem Leben entgegenführen. Man kann höchstens untersuchen, ob ihre bisherige Wirksamkeit Schlüsse zuläßt auf ihre künftige staatsmännische Einsicht und Tatkraft. Davon wird zuletzt alles abhängen. Ein neuer gewaltsamer Umsturz würde Rußland ins Verderben stürzen. Mit der Ergreifung der Staatsgewalt, zu der sich Lenin schon im April 1917 bereit erklärte, haben die Kommunisten die Verantwortung für Rußlands Zukunft übernommen. Sie sind heute nicht bereit, von der Staatsmacht zurückzutreten. Im Gegenteil, ihre ganze Arbeit ist darauf konzentriert, die Macht zu behaupten. Ein Erlahmen ihres Willens wäre ihr Untergang. Bis jetzt ist von einem solchen Nachlassen der geistigen Elastizität und der Kraft der Selbsterhaltung kaum etwas zu spüren. Die kommunistische Partei paart in sich eine feste Geschlossenheit und taktische Beweglichkeit, die ihr für absehbare Zeit die Herrschaft sichert. In der Arbeiterbewegung der ganzen Welt gibt es keine andere Gruppierung, die seit zwei Jahrzehnten so unerschütterlich an ihrem theoretischen Programm hängt. Die ununterbrochene kritische Auseinandersetzung im Marxismus, die die internationale Arbeiterbewegung erfüllt, hat die Bolschewiken niemals wanken gemacht. An ihren Grundsätzen halten sie fest. Nur in der Taktik machen sie Zugeständnisse. Ihre Taktik, die sie jetzt zu weitgehenden Anpassungen an den Kapitalismus führt, begründen sie aber auch theoretisch mit dem „ökonomischen Transformismus“.

den die Verwirklichung des Marxismus erfordert. Das ist nun die Lehre, die namentlich Bucharin ausbaut. Eine eifrige Propaganda soll sie in die Massen tragen, um da den Glauben an den Marxismus selbst zu erwecken und zu erhalten.

Als politische Organisation entfaltet die Partei eine ungeheure Tätigkeit. Ihr „Zellensystem“ ist mit Geschick und Ausdauer ausgebaut worden. Ueberall, wo ein lokaler oder zentraler Machtkomplex vorhanden ist, sitzen entschlossene Kommunisten an leitender Stelle. Ihr geistiger Terrorismus scheint die Andersdenkenden zu hypnotisieren. Es wäre sonst gar nicht denkbar, daß die Wahlen zu den Räten eine kommunistische Mehrheit ergeben. Freilich muß auch dieser Wahlterrorismus einmal damit rechnen, daß er an sich selbst zu Grunde geht. Dann gibt es nur noch einen Ausweg. Das ist die Verständigung mit den übrigen Arbeiterparteien, zu der diese noch nicht bereit sind, die aber verhüllt im Programm der Bolschewiken liegt. Der Weg dazu ist offenbar die Herstellung einer Einheitsfront des Weltproletariats, die jetzt von Moskau betrieben wird. Noch sind die richtigen Methoden dafür nicht gefunden. Aber es ist deutlich sichtbar, daß die internationale Einheitsfront, die den Verzicht auf die Weltrevolution voraussetzen muß, auch eine Rückwirkung auf das Verhältnis der russischen Arbeiterparteien unter sich haben müßte. In diesem Problem liegt vielleicht der für die nächste Zukunft wichtigste Faktor, der die Entwicklung in Sowjetrußland bestimmt. Die kommunistische Partei als Inhaberin der Macht und aller Machtmittel des Staates trägt dabei die schwerste Verantwortung. Es ist an ihr, den Weg zu bahnen.

Der Sinn der Revolution.

„Der höhere russische Gedanke ist — die Versöhnung aller Ideen.“ Diesen Ausspruch legt Dostojewski, an die Pariser Kommune anknüpfend, einer seiner Romanfiguren in den Mund, in der er einen Typus des „Westlers“ zeichnet. Die Versöhnung aller Ideen bildet hier den Gegensatz zu der Verwirklichung einer einzigen Idee. Zur Erläuterung wird im Roman noch ausgeführt, daß der Franzose in erster Linie Franzose sei, der Deutsche Deutscher, aber der Russe sei Russe und Europäer. Jedes Volk hält sich mehr oder weniger für das auserwählte, dem große Aufgaben in der Welt beschieden seien. Auch die Russen glauben an eine solche Mission ihres Volkes, und ganz besonders die Russen, die heute die Herrschaft in Händen halten. Die Versöhnung aller Ideen, nennt es Dostojewskis Westler. Was soll das heißen? Es wäre die Synthese aller Kulturen zu einem Ideale, vor dem die ganze Menschheit knien dürfte. Nur ein hochstehendes, bei seiner vollen Reife angelangtes Volk könnte fähig sein, ein solches Apostolat zu erfüllen. Wenn ein junges Volk sich dazu berufen glaubt, dann beweist es nur, daß es jung ist und einen ungeklärten Sturm und Drang für wirkliche Kraft hält. Es leidet im Wirbel der Ideen, die es in sich einströmen oder in sich selbst aufquellen fühlt, und es möchte den inneren Widerstreit lösen, in dem es das Ganze krampfhaft umfaßt hält.

Die Russen sind ein junges Volk. Auch jene raschen Wandlungen von naiver Heiterkeit und plötzlichem wütenden Schmerz, von Vertrauen und Verzweiflung, die die Entwicklung

Rußlands charakterisieren, sind jugendlich und russisch. Und so ist es auch dieser himmelstürmende Gedanke, Rußland habe die Versöhnung aller Ideen zu vollführen.

Seit der Zeit der Waräger ist die russische Geschichte ein stetes Mischen verschiedener Elemente. Das russische Volk konnte nicht leben ohne seine eigene primitive Kultur, in der seine Gefühlswelt wurzelt, und nicht ohne Europa, das ihm in stetem Fluß die Ideen einer verfeinerten oder verkünstelten geistigen Entwicklung in die Seele leitete. Das war so, als Byzanz in das unberührte Slawentum seine greisenhafte Erstarrung hineintrug. Das war der historische Antagonismus Peters des Großen und des Moskowitertums. Es war im neunzehnten Jahrhundert der Kampf zwischen dem Liberalismus und den Slawophilen. Es ist jetzt die Infiltrierung des Marxismus, dieses Produktes der raffinierten kapitalistischen Organisation Westeuropas, in eine Volksseele, die sich kaum dem geistigen Horizonte einer mittelalterlichen Wirtschaftsverfassung entwunden hat. Je heftiger die beiden Elemente sich zu durchdringen suchen, je näher die völlige Verschmelzung erscheint, desto schwerer reiben sie sich aneinander, desto weiter entschwindet der befreiende und erlösende Ausgleich der Kräfte. Das ist die Tragödie, die sich in Sowjetrußland abspielt. Ihr Ausgang ist nicht zweifelhaft. Das fremde Gedankensystem, das sich aufzwingen wollte, erschöpfte sich in eigener Ueberanstrengung. Es unterliegt den Kräften der Wirklichkeit, die noch nicht bereit waren, es glatt aufzunehmen, sondern es nach ihrem Model formen. Das Russische in der russischen Revolution ist stärker als alles, was der revolutionäre Sozialismus von den Früchten der westlichen Revolutionen darin angesät hat. Die Umwälzung war nicht vergebens. Nichts ist vergebens in der Geschichte. Die Saat geht auf, aber die aufsprießenden Aehren sind russisch wie der Boden, auf dem sie gewachsen sind. Darum ist das russische Volk aus der Autokratie, der es entflohen, in die

andere Autokratie geraten, die sich Diktatur des Proletariats nennt. Darum sind die neuen Autokraten — die fünfhunderttausend Kommunisten — überzeugt, daß nur ihre Diktatur das Land und das Volk beglücken könne. Und darum hat sich Land und Volk auch in sein Schicksal ergeben. Alexander Herzen könnte auch von der Gegenwart Rußlands sagen: „Wir sind keineswegs zu einer bestimmten Stabilität gelangt, wir suchen sie, wir streben nach einer mehr unserer Natur gemäßen sozialen Ordnung und bleiben in einem Provisorium der Willkür, das wir verabscheuen und doch annehmen, von dem wir uns befreien möchten und das wir doch wider Willen dulden.“

Was ist in Rußland geschehen? Ein Krieg, der aus dem Imperialismus des zaristischen Staatsgedankens hervorgegangen war, hat durch die Niederlage die Autorität und Gewalt dieses Staates zerstört. Es war eine Katastrophe politischer Art. Aber sie hat, indem sie die alte Organisation in sich zusammenfallen ließ, der sozialen Revolution die Bresche geöffnet. Gewiß, die revolutionäre Arbeit hatte lange schon an diesem Bau genagt. Der Umsturz war in den Geistern vorbereitet. Die historischen Tatsachen sprechen jedenfalls mehr für sich als eine Hypothese über die wahrscheinliche Entwicklung unter andern Voraussetzungen. Man darf also sagen, daß eine rein politische Katastrophe den sozialen Umsturz erst möglich gemacht hat. Das ist noch kein ausreichender Grund für den gegen die Bolschewiken geschleuderten Vorwurf, daß sie die Macht ergriffen hätten, ehe sie und die durch sie zur obersten Gewalt gerufene Gesellschaftsklasse regierungsfähig waren. Denn die Bolschewiken ergriffen nur eine Macht, die ein Chaos von Unentschlossenheit darstellte. Ihre Revolution schuf dem Staate wieder einen Kopf, der feste Ziele setzte, und eine Hand, die die Zügel straff erfaßte. Man braucht nicht an eine absolute Zwangsläufigkeit der Geschichte zu glauben. Aber vor dem, was in Rußland sich vollzog, kann man nicht anders als annehmen, daß

es so kommen mußte, wie es gekommen ist. Es war keine Kraft mehr da, die dieser Entwicklung Widerstand leistete oder leisten konnte.

Die Besitzergreifung der Staatsgewalt durch das Proletariat kann man sich ohne die Führung durch Persönlichkeiten wie Lenin und Trotzki kaum vorstellen. Aber im Grunde sind diese die Exponenten einer Entwicklung, die ohne sie nur chaotischere Formen angenommen hätte. Und wenn man mit dem Marxismus die politisch-soziale Gestaltung ausschließlich auf die wirtschaftlichen Grundlagen zurückführen will, dann waren in Rußland solche Voraussetzungen für die bolschewistische Revolution geschaffen, sozusagen künstlich geschaffen. Die fast gewaltsame Industrialisierung des Landes, die Witte mit Hilfe des fremden Kapitals betrieben hatte, ist der Anfang zu diesem Ende gewesen. Neben der Feldgemeinschaft der Bauern, einer Mauer gegen den einfachsten rationellen Fortschritt in der Bodenkultur, erstand plötzlich die Fabrik voll modernster Maschinen. Rußland stand mit einem Fuß in der primitivsten mit dem andern in der höchst entwickelten Wirtschaftsform. Es verlor darüber, oder besser, es gewann darum niemals das Gleichgewicht eines innerlich ausgeglichenen Gesellschaftsaufbaus. Unter der forcierten Industriepolitik der letzten Jahrzehnte bildete sich, wie im Treibhaus, eine proletarische Arbeitermasse, ehe sich ein Mittelstand gebildet hatte. Und diese Arbeitermasse wurde politisch rascher und stärker revolutioniert als die schwache bürgerliche Schicht. So schien es geschichtliche Notwendigkeit zu sein, daß das Industrieproletariat zur Führung in der Revolution gelangte. Denn die gewaltige Masse der Bauern war amorph. Sie reagierte nur auf Anreize brennender Not, und auch dann nur mit dem mehr als Gefühlsausbruch erscheinenden Ruf nach „Land“. Das Programm der „Sozialrevolutionären Partei“, die am meisten Anhänger unter den Bauern hatte, kann sich an logischer Durcharbeitung nicht

mit der Doktrin der Sozialdemokratie messen, die in ihrer menschewistischen oder bolschewistischen Interpretation auf dem Marxismus ruhte. Aber auch die industrielle Arbeiterschaft war politisch noch wenig erfahren. Ein brutaler Polizeistaat hatte ihr die volle Freiheit der Organisation und damit die Schulung in der Praxis versagt, die aus der Masse eine wirklich reife und einflußreiche Führerschaft ausgesondert hätte. Der im Westen erzeugte Marxismus fiel in diese Bewegung als ein fertiges Gedankensystem, wie eine aus England oder Deutschland bezogene vollendete Kraftmaschine, die man in Rußland selbst noch nicht zu bauen vermochte, deren man sich aber mit höchster seelischer Hingabe bediente.

Der Marxismus konnte seinen faszinierenden Glanz nur durch den praktischen Gebrauch verlieren. Aber durch die Abnutzung im täglichen Leben ist er auch erst gebrauchsfähig geworden. Seine letzte Forderung verflüchtigte sich wieder zu dem Ideal, das als fernes Endziel leuchtet und für die Gegenwart den Machthabern eine nüchterne Verwaltungspraxis zurückläßt. Der Marxismus ist in Sowjet-Rußland Staatsdoktrin, aber man könnte das System des „Staatskapitalismus“, zu dem er sich jetzt verdichtet, auch aus jeder andern Staatsauffassung ableiten, die sich dem manchesterlichen Liberalismus entgegenstellt. Man möchte sagen, die Bolschewiken haben die Organisation verwirklicht, die im tiefsten Grunde und auf der Linie von Wittes forcierter staatlicher Industriepolitik lag. Die Rückbildungen aus dem wirtschaftlichen Zwangssystem, das die Bolschewiken heute als „Kriegskommunismus“ bezeichnen, zu dem System der „neuen Wirtschaftspolitik“ gleichen in vielem den Sozialisierungsprojekten der westlichen Länder. Wenn diese durchgeführt worden wären, dann hätte man sich, die Russen von links her, die westlichen Völker von rechts her, auf einer gemeinsamen Linie getroffen. Auf dieser Mittellinie liegt vielleicht die Linie der künftigen Entwicklung. Aber der eine Unter-

schied dürfte nicht verschwinden: die westlichen demokratisch eingestellten Völker werden den Sozialisierungsgedanken ihrer politischen Lebensform anpassen, die Russen der ihrigen, die der Diktatur einer führenden Minderheit nicht entbehren zu können scheint. Durch die gewaltsamen Umwälzungen im Staatswesen ändert sich in der Tat nur Aeüßerliches, das allerdings beseitigt werden muß, um auch der Strukturveränderung die Freiheit und die Lebensluft zuzuführen. Das Niveau der politischen Kultur eines Landes hebt sich nicht in Eruptionen, sondern nur in langsamerem, organischem Wachstum. Das alles ist den leitenden Sowjet-Männern nichts Neues: Im Titel, den sie ihrem Staatswesen gegeben haben, „Russische sozialistische föderative Sowjet-Republik“, kommt das Wort kommunistisch nicht vor. Sie wissen, daß nach Marx-Engels der Sozialismus die Vorstufe zum Kommunismus sein muß. Sie erstreben also zunächst den Sozialismus, das heißt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die mit Hilfe der vom Proletariat ergriffenen Staatsgewalt durchgeführt wird. In diesem Uebergangszustande, der selbst eine Reihe von Phasen durchläuft, muß sich die Menschheit innerlich umbilden, um für den Kommunismus, für die glückliche Gesellschaft reif zu werden, die keinen Staat, keine Gewalt, kein Eigentum, keine Klassenunterschiede mehr kennt.

Alexander Herzen machte dem alten Rußland zum Vorwurf: „Es gibt hinter dem sichtbaren Staate keinen unsichtbaren Staat, der nur die Apotheose, die Verklärung des wirklichen Zustandes der Dinge wäre — es gibt kein Ideal, das, obschon immer verheißen, doch niemals zur Wirklichkeit wird.“ Der Zarismus, der ein Zäsaropapismus war, gab sich und seiner Großmachtpolitik in der Tat nur den Selbstzweck. Das war bei den aufgeklärten Zaren nichts anders wie bei den reinen Despoten. Die Sowjet-Republik hat Rußland einen „unsichtbaren Staat“ gegeben. Es ist das Ideal, von dem seit Plato die Besten der

Menschheit geträumt haben. Das ist das idealistische Element im geistigen Bereich der sowjetistischen Staatsraison, die aufgeht in der praktischen Organisation einer mechanisierten und rein ökonomisch gerichteten Politik. Es wird nun auf zweierlei ankommen: ob diese ferne Sonne soviel leuchtende, wärmende, schöpferische Strahlen in die trübe, kalte, mühevollle Gegenwart senden kann, um die Hoffenden hoffnungsvoll zu erhalten. Und dann ob die Menschheit, der dieses Ziel vorschwebt, sich selbst ihm psychologisch anpaßt. Die beiden Fragen hängen in sich zusammen. Wie man sie beantwortet, hängt vom Pessimismus oder Optimismus der eigenen Persönlichkeit ab. Vielleicht darf man Platos Antwort zitieren: Am Schlusse seines Werkes, in dem er sein Staatsideal beschreibt, erzählt er die Legende von dem Boten, der aus dem Jenseits kam und berichtete, was er dort gesehen. Den Seelen der Toten war die Wahl gegeben, sich ein neues Erdenlos auszuwählen. „... und nun sei es ein ansehenswertes Schauspiel gewesen, wie eine jede Seele sich ihr Leben erwählt habe. Ebenso erbarmenswert wie lächerlich und wunderbar sei es anzuschauen gewesen. Denn meistens trafen sie ihre Wahl gemäß ihren früheren Lebensgewohnheiten.“



Inhalt.

	Seite
Vorwort	3
I. Bilder der Wirklichkeit.	5
Petersburg	7
Moskau	12
Der Friedhof der Bourgeoisie	18
Der Garten des Proletariats	26
Theater in Moskau	33
Das Recht auf Kunst	40
Bei den deutschen Lokomotiven	44
II. Die Kräfte des Alten	49
Die Kirche	51
Die Bauern	58
Die Intelligenz	67
III. Die Wirtschaft	75
Die russische Wirtschaft und das Ausland	77
Die neue Wirtschaftspolitik	82
Die Konzessionen	90
Aufbau der Industrie	99
Das Problem der Arbeit	106
Die Gewerkschaften	113
Die Ohnmacht des Geldes	118
IV. Innere und äußere Politik	125
Abbau und Umbau	127
Klippen der inneren Politik	132
Der Hunger	138
Rätekongreß	143
Die Rote Armee	151
Sowjet-Diplomatie	156
V. Die neue Herrschaft	167
Die Tempel des Marxismus	169
Lenin	172
Trotzki	178
Die kommunistische Partei	183
Der Sinn der Revolution	189

Druck der
Frankfurter Societäts-Druckerei
G. m. b. H., Frankfurt am Main

In steigendem Masse richtet sich in der Welt die Aufmerksamkeit auf Südslawien (Jugoslawien, Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen).

Wirkliche Erkenntnis über Land und Leute vermitteln die Werke von
Hermann Wendel

Von **Belgrad** bis **Buccari**

Eine unphilosophische Reise durch Westserbien, Bosnien, Hercegovina, Montenegro und Dalmatien

Mit zahlreichen Illustrationen in Kupfertiefdruck
nach Originalaufnahmen des Verfassers.

Preis des gut ausgestatteten Buches:

broschiert: Mark 40.—, in Halbleinen gebunden: Mark 60.—.

Einmalig, in kleiner Auflage erscheinende Vorzugsausgabe auf besserem Papier
in Ganzleinen gebunden Mark 100.—.

Von **Marburg** bis **Monastir**

Eine südslawische Reise.

Mit zahlreichen Abbildungen in Kupfertiefdruck
nach Originalaufnahmen des Verfassers.

Eine fesselnde Schilderung von Land und Leuten, Sitten und Gebräuchen in dem neuen Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen mit zahlreichen vortrefflichen Illustrationen. Keine trockene Beschreibung, sondern frische, lebendige Schilderung von Erlebtem, Gehörtem und Gesehenem.

Nur noch ungebunden vorrätig.

Preis: Mk. 20.— zuzüglich ortsüblichem Sortimentszuschlag.

Ferner ist im gleichen Verlag erschienen:

Genua

Aus dem Tagebuch eines Illusionisten von H. S.

Preis: Mk. 10.—

Die Preise verstehen sich ohne den ortsüblichen Sortimentszuschlag.
Lieferungen in das valutastärkere Ausland bedingen Valutazuschlag.

Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M.

Im gleichen Verlag ist erschienen:

FRANCESCO NITTI

Ehemaliger Ministerpräsident a. D.

Das friedlose Europa

Einzig berechtigte deutsche Ausgabe.

Die **Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung** rühmt die „sorgfältige, dem Original getreue Uebersetzung“ und hebt in spaltenlangen eingehenden Würdigungen und Auszügen noch besonders hervor, daß „von den Kritikern im Lager der Entente, die offen ihre Stimme gegen die Friedensverträge erhoben haben, der englische Professor Keynes und der frühere italienische Ministerpräsident Francesco Nitti ohne Zweifel die prominentesten sind.“

Freiheit: . . . Um es vorweg zu sagen: Seit dem Erscheinen des . . . Buches . . . „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags“ ist in der internationalen Literatur wohl kaum eine Publikation zu verzeichnen, die mit solcher Sachkunde und Gründlichkeit dem in Versailles geschaffenen Friedensvertrag auf den Leib rückt wie das Buch von Nitti . . .

Kölnische Zeitung: . . . Das Buch Nittis . . . ist die vernichtendste Kritik, die das Versailler Vertragssystem jemals erfahren hat . . .

Germania: . . . verdienen die Gedanken dieses klugen, weitschauenden Italieners vollste Beachtung.

Berliner Morgenzeitung: Nittis Buch muß aber vor allem wegen seines sachlichen Inhaltes in aller Welt das größte Aufsehen erregen.

Danziger Zeitung: Mit diesem Buch will Nitti helfen, den „Wall von 30 Millionn Toten, der sich hemmend zwischen zwei Zeitaltern erhebt,“, wegzuräumen und empor auf den Weg des Friedens führen, „auf den es wartet und der nicht kommen kann“.

Dresdner Neueste Nachrichten: . . . das zusammen mit den Büchern des englischen Nationalökonomen Keynes, wohl zu den bedeutsamsten politischen Publikationen der letzten Jahre gehört.

Hamburger Echo: . . . und es dadurch dem deutschen Volke ermöglicht, sich selbst und das Bild des heutigen Europa im Spiegel der Anschauungen eines Mannes kennen zu lernen, der während des Kriegs als Staatsmann an der Spitze einer der damals uns feindlichen Großmächte stand und während der Friedensverhandlungen mit am Tische zu Versailles gesessen hat.

Metzer Freies Journal — Le Républicain Lorrain: — und mit der ganzen Kenntnis eines Mannes, der die Versailler Verhandlungen von A bis Z miterlebt hat, geht der italienische Politiker mit dem Versailler Vertrag ins Gericht. — — —

Ueberall erhältlich.

Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.

Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M.

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY



A 000 681 137 6

46

1814